

Expertise

**Wie werden sich die Materiellen
Lebensverhältnisse in den nächsten
10-15 Jahren entwickeln?**

**Prof. Dr. phil. Ronald Lutz
FH Erfurt**

Dezember 2010/Januar 2011

Auftragsbeschreibung

Es sollen existierende Studien, Expertisen, Untersuchungen und Statistiken überprüft werden, ob und wenn, welche Aussagen sie zu den folgenden Fragenstellungen enthalten:

Wie werden sich die Materiellen Lebensverhältnisse in den nächsten 10-15 Jahren entwickeln?

Welche Auswirkungen wird dies auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD haben?

Welche wichtigen Entwicklungen im Hinblick auf spezifische Zielgruppen und Fragestellungen lassen sich aus der vorhandenen Expertise, Studien etc. zusammenfassen?

Welche Auswirkungen hat die demografische Entwicklung auf die materiellen Lebensverhältnisse?

Wie werden sich Löhne und Gehälter entwickeln?

Wie wird sich diese Entwicklung auswirken auf

- den Sozialraum
- die Stadtentwicklung
- die Mobilität (Stadt/Land) soziale Mobilität
- Arbeitsverhältnisse
- Bildung
- Wohnen
- gesellschaftliche Partizipation?

Welche Armutgruppen lassen sich identifizieren?

Zeichnen sich soziale Dienstleistungsbedarfe für reiche/vermögende Menschen ab?

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Materiellen Lebensverhältnisse unter den Aspekten Migration/Wanderungsbewegungen, Aus- und Einwanderung?

Wie wirkt sich die technologische Entwicklung auf die Unterschiede zwischen Arm und Reich /auf die Lebensverhältnisse armer Menschen aus?

Gibt es Vorstellungen davon, wie sich die staatliche Unterstützung für sozial Schwache entwickeln wird?

Inhalt

| | |
|--|-----------------|
| Vorbemerkung | Seite 4 |
| 1. Ausgangslage: Armut, Kinder- und Jugendarmut, Reichtum | Seite 6 |
| 2. Ursachen, Hintergründe und Folgen ungleicher Lebensbedingungen | Seite 29 |
| 3. Soziale Spaltung | Seite 35 |
| 4. Wohin geht die wirtschaftliche Entwicklung? Wie entwickeln sich die materiellen Lebensbedingungen? | Seite 50 |
| 5. Verdichtung und Konkretisierung | Seite 65 |
| Literatur | Seite 92 |

Vorbemerkung

Am 15.06.2010 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin in seiner Wochenmitteilung eine viel beachtete Studie zur Einkommensentwicklung in Deutschland. Darin wird ein weiteres Auseinanderdriften zwischen den Armen und Reichen prognostiziert. Die Entwicklung verlaufe nicht nur quantitativ, sondern leider auch qualitativ intensiver als bisher.

Die Studie des DIW macht deutlich, dass nicht nur die Anzahl Ärmere und Reicherer immer weiter wächst – seit zehn Jahren werden ärmere Haushalte auch immer ärmer. Für die DIW-Experten ist das eine besorgniserregende Entwicklung, ein Trend der vor allem auch die Mittelschicht verunsichert, die aber für den Erhalt der gesellschaftlichen Stabilität wichtig ist. Die nackten Zahlen verdeutlichen dies:

- Nur 60 Prozent der Menschen in Deutschland gehören noch zur Mittelschicht, mit Nettoeinkommen zwischen 860 und 1.844 Euro. 2000 waren es noch mehr als 66 Prozent.
- Stark gestiegen ist vor allem die Zahl der Menschen mit niedrigem Einkommen, von 18 Prozent 2000 auf fast 22 Prozent 2009.
- Zudem steigt die Zahl der Menschen mit Niedrigeinkommen nicht nur immer mehr an – diese Gruppe verdient auch in absoluten Zahlen immer weniger: Verdiente ein Singlehaushalt der unteren Einkommensgruppe 2000 im Schnitt noch 680 Euro, waren es 2008 nur noch 645 Euro.
- Gleichzeitig ist auch der mittlere Verdienst höherer Einkommensgruppen gestiegen, von 2.400 auf 2.700 Euro – der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte sich also erheblich.

Das heißt für die nächsten Jahre: Arme werden noch ärmer, die "Mittelschicht" wird durch das Tempo des Vorgangs stark verunsichert, es formiert sich eine „Zwischenschicht“, das so genannte Prekariat, die Zahl der Beschäftigten geht kontinuierlich zurück oder verweilt in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Die Einkommenspolarisierung sei im Hinblick auf die schrumpfende Mittelschicht durchaus dramatisch, da mittlere Schichten ihren Status nicht auf Vermögen, sondern auf Einkommen begründen. Die erkennbare Entwicklung kann große Verunsicherungen in diesen Schichten auslösen. Dies kann dann problematisch werden, wenn andere Bevölkerungsgruppen für den drohenden Statusverlust verantwortlich gemacht werden. Aber auch in anderen Bereichen kann das „allmähliche Verschwinden“ der Mittelschicht sich zu Risiken verdichten, in der Stadtentwicklung kann eine steigende Anzahl von Ärmern das Entstehen von Armenvierteln beschleunigen.

Die materiellen Lebensbedingungen in den nächsten Jahren werden wesentlich, und das hat die Studie des DIW aus 2010 noch einmal verdeutlicht, von einer sich seit Jahren verschärfenden Sozialen Ungleichheit und Sozialen Spaltung geprägt werden. Diese wird sich nicht abbauen, sie wird verfestigt werden.

Dies macht es notwendig zunächst die aktuelle Situation genauer zu betrachten. Dies soll durch Blicke auf Armut, unter besonderer Berücksichtigung von Kinder- und Jugendarmut, sowie Reichtumsentwicklungen geschehen. In einem zweiten Kapitel werden die aktuellen und erkennbaren gesellschaftlichen Hintergründe und Trends

der materiellen Lebensbedingungen reflektiert. Die These dabei ist, dass sich Ungleichheit verfestigen wird. Im dritten Kapitel sollen diese Tendenzen mit dem Begriff "Soziale Spaltung" verdichtet und begriffen werden.

Das vierte Kapitel widmet sich der Frage nach den wirtschaftlichen, der Zukunft der Arbeit und den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die materiellen Lebensverhältnisse. Dabei werden unterschiedliche Prognosen heran gezogen, die verschiedene Zeiträume im Blick haben. Eine generelle Aussage zu Lebensbedingungen in 10 oder 15 Jahren kann dabei nicht umfassend getroffen werden; es können, bezogen auf einzelne Bereiche, und vor dem Hintergrund der ersten drei Kapitel, lediglich Thesen formuliert werden.

Mit diesen Trends soll abschließend die Studie auf einzelnen Fragen zugespitzt werden

Kapitel 1: Ausgangslage

In diesem Kapitel werden die grundlegenden Konzepte, Daten und Fakten zu aktuellen materiellen Lebensbedingungen in der BRD dargestellt und diskutiert:

1. Armut
2. Kinder- und Jugendarmut
3. Reichtum

Armut

Trotz eines inzwischen einheitlichen Begriffes von Armut, der Ableitung der Quoten zur Armutsbetroffenheit mit Hilfe einer klar definierten Grenze, die bei 60 % des Medians der Einkommen liegt¹, und der durch eine Pro-Kopf-Gewichtung mit Hilfe eines Äquivalenzeinkommens hergestellter Vergleichbarkeit unterschiedlicher Haushalte², schwanken die Zahlen zur Armut in Deutschland erheblich.

¹ Der Median als statistischer Wert teilt die Einkommen in zwei Hälften, er ist das Einkommen, von dem aus gesehen nach oben und nach unten gleich viele Einkommen liegen. Gegenüber dem arithmetischen Mittel, auch Durchschnitt genannt, hat der Median den Vorteil, robuster gegenüber Ausreißern (extrem abweichenden Werten) zu sein und sich auch auf ordinal skalierte Variablen anwenden zu lassen. Das ist aber auch sein Nachteil: der Median bildet nicht ab, wenn sich ausschließlich die Einkommen im oberen Bereich erhöhen und somit die Einkommensverteilung ungleicher wird. Hierzu muss der Gini-Koeffizient zusätzlich heran gezogen werden. Dieser ist ein statistisches Maß, das zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Koeffizient kann als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen eingesetzt werden. Er nimmt Werte zwischen 0 (das Vermögen eines Staates ist auf alle Bewohner gleichmäßig verteilt) und 1 (das gesamte Vermögen eines Staates gehört einem einzigen Bewohner) an. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit einer Einkommensverteilung. Dieser Koeffizient ist in den letzten Jahren (1991 bis 2008) von 0,27 auf 0,29 angestiegen, insbesondere auch in Ostdeutschland (Quelle: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/ga06_ana.pdf; Zugriff am 3.8.2010). Insofern steigt in der BRD die Ungleichheit der Einkommen (siehe auch DIW, Wochenbericht, 7/2010).

² Das Äquivalenzeinkommen ist ein Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Das Äquivalenzeinkommen wird vor allem für die Berechnung von Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und Armut verwendet. Mithilfe einer Äquivalenzskala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet. Grund dafür ist, dass die Einkommen von Personen, die in unterschiedlich großen Haushalten leben, nicht miteinander vergleichbar sind, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). Unter der Annahme, dass sämtliche Einkommen unter allen Haushaltsmitgliedern gleichmäßig geteilt werden, werden die Einkommen des gesamten Haushalts addiert und anschließend nach Haushaltsgröße gewichtet den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugerechnet. Die Gewichtung kann auf unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Die relevanteste ist die Gewichtung der OECD, die für internationale Vergleiche meist verwendet wird. (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84quivalenzeinkommen>)

Nach der neuen bzw. modifizierten OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle anderen mit 0,3. Dies sind auch die Gewichtungsfaktoren, die das Statistische Bundesamt derzeit verwendet. Das Nettoäquivalenzeinkommen wird für die Berechnung der Armutsrisikogrenze herangezogen. (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/OECD-Skala>)

So lassen sich bspw. im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die folgenden unterschiedlichen Armutsrisikoquoten für die BRD finden³:

| Datenbasis | Armutsrisikoschwelle, 60% Median Nettoäquivalenzeinkommen | Armutsrisikoquote | Stichprobengröße |
|-----------------------------|---|-------------------|------------------|
| EU-SILC 2006 | 781 Euro | 13% | 13.800 |
| EVS 2003 | 980 Euro | 14% | 53.400 |
| Mikrozensus 2005 | 736 Euro | 15% | 322.700 |
| SOEP 2006 | 880 Euro | 18% | 11.500 |

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichtes liegen auf der Basis von 2008 neuere Berechnungen vor, nach denen etwa jeder Sechste in Deutschland als arm gilt. Im Frühjahr 2010 legte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine neue Studie vor, nach der in 2008 11,5 Millionen Deutsche, das sind 14%, unter der nach EU-Kriterien definierten Armutsschwelle⁴ lebten; dies sind ein Drittel mehr als vor zehn Jahren - Grundlage für die Zahlen ist dabei das SOEP⁵. Der Studie zufolge sind vor allem junge Erwachsene von Armut betroffen. Die DIW-Forscher machen dafür vor allem drei Gründe aus:

- Die Dauer der Ausbildung und der Anteil der Hochschulabsolventen haben zugenommen, was den Einstieg ins Berufsleben verzögert.
- Viele Berufsanfänger steigen über schlecht bezahlte Praktika und prekäre Arbeitsverhältnisse ins Arbeitsleben ein.
- Schließlich gibt es einen Trend, das Elternhaus früher zu verlassen.

Eine zweite Risikogruppe sind größere Familien. Für Familien mit drei Kindern liegt die Armutsgefahr laut der Studie bereits bei knapp 22 Prozent, bei vier Kindern und mehr sogar bei 36 Prozent. Bei Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern liegt die Armutsrate demnach bei mehr als 40 Prozent. "Gegenüber 1998 ist das Armutsrisiko kinderreicher Haushalte beträchtlich gestiegen", sagte Joachim Frick, Co-Autor der Studie, "obwohl der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und das Elterngeld diese Entwicklung bereits entlastet haben."

³ Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008, S. 39

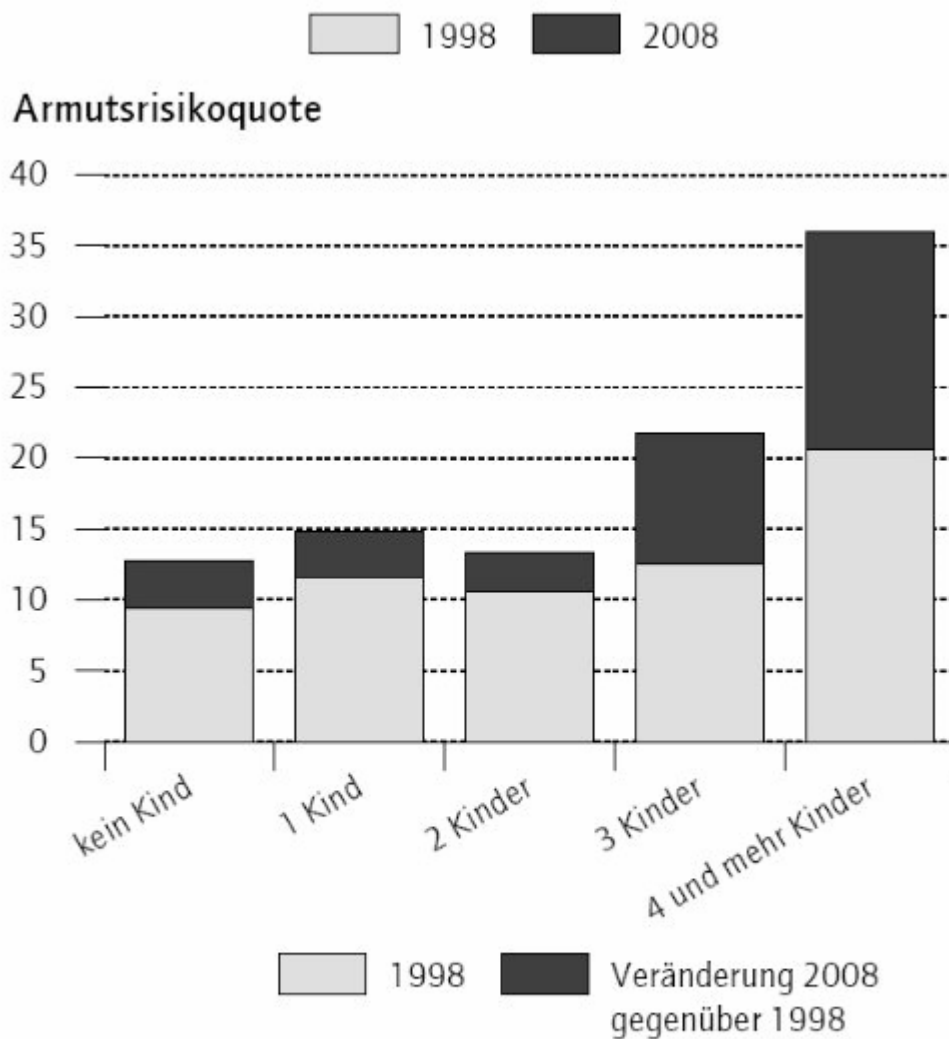
⁴ 60 % des Medians der jährlichen Haushalts-Netto-Äquivalenzeinkommen auf der Basis von Gesamtdeutschland; dabei werden auch fiktive Einkommensvorteile wie Mietwerte berücksichtigt. Die Gewichtung erfolgt auf der Basis von: Haushaltsvorstand = 1, weitere erwachsene Person = 0,5, Kinder bis 14 Jahre = 0,3. Insofern müssen die vorgelegten Zahlen mit der Armutsrisikoschwelle von EU-SILC verglichen werden, die im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht bei 13% lag. Das nun bedeutet einen Anstieg!

⁵ DIW: Wochenbericht, 7/2010

Grundlage sind Daten des sogenannten Sozioökonomischen Panels (SOEP), eine seit 25 Jahren laufende Langzeitbefragung von mehr als 10.000 privaten Haushalten. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens seines Landes zur Verfügung hat; so hat es die Europäische Kommission festgelegt.

Relativ gut steht dagegen die Altersklasse der 46- bis 55-Jährigen da. Auch Personen am Ende ihres Berufslebens und am Anfang ihres Ruhestandes sind aktuell weniger stark gefährdet, in die Armut abzurutschen. Erst ab dem 75. Lebensjahr wird diese Entwicklung wieder ungünstiger.

Die folgenden Tabellen zeigen die Daten des DIW im Überblick⁶. In der ersten Tabelle werden die Armutsrisikoquoten von Familien mit Kindern von 1998 mit denen von 2008 verglichen, deutlich wird eine Steigerung über alle Familientypen. In der zweiten Tabelle wird eine sehr genaue Differenzierung nach Alter und Familientyp vorgenommen; zugleich wird aber auch das jeweilige Armutspotential mit der Gesamtbevölkerung verglichen.

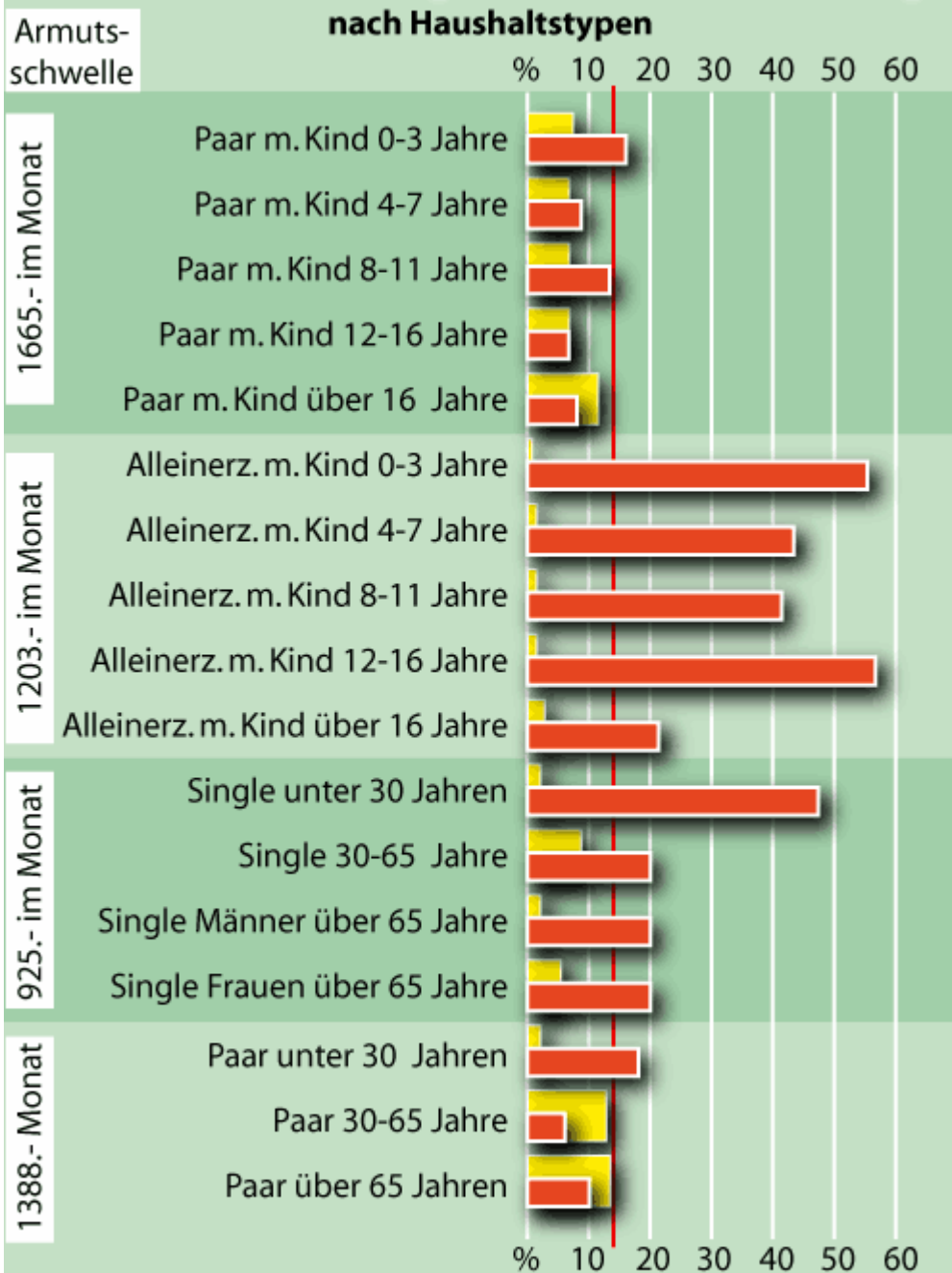


1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,678397,00.html>; Zugriff am 4.1.11

Armut in Deutschland 2008

Gesamtbevölkerung und Armutsbevölkerung



In Armut lebten 2008 rund 11,5 Mio. Menschen in Deutschland, 14% der Gesamtbevölkerung (rote Linie)

Quelle: DIW

FROSCHE 100217

Neben den Daten des DIW liegen aktuell auch Zahlen aus der europaweiten Erhebung EU-SILC vor⁷, die vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden für Deutschland durchgeführt wird⁸. Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 17% der Bevölkerung in der Europäischen Union armutsgefährdet. Dieser Anteil entspricht rund 85 Millionen Menschen⁹. In Deutschland lag die Armutsgefährdungsquote mit 15,5% (rund 12,5 Millionen Menschen) unter dem EU-Durchschnitt; das Armutsniveau 2008 lag dabei etwas höher wie im Vorjahr (15,2 Prozent in 2007). Danach beginnt für einen Single in Deutschland die Armut bei rund 930 Euro verfügbarem Geld im Monat; für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt die Schwelle bei 1950 Euro.

Erkennbar sind in den kurz zitierten Zahlenwerken Unterschiede; die wesentlichen Ursachen dafür liegen in differierenden Einkommensmittelwerten und der daraus abgeleiteten Armutsrisikoschwelle, aber auch in Stichprobenschwankungen, in unterschiedlichen Einkommensbegriffen (z.B. Berücksichtigung des Mietwertes eines selbst genutzten Eigentums), der Repräsentativität erhobener Daten sowie der unterschiedlichen Behandlung fehlender und unplausibler Angaben

Deutlich wird aber, dass in einem Vergleich der aktuell vorliegenden Armutsberichte immer mehr Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche, unterhalb der Armutsschwelle leben. Die Armutsrisikoquoten steigen seit Jahren kontinuierlich an. Legt man die Daten des SOEP zugrunde, die neben der EVS¹⁰ eine wesentliche Basis der Berichterstattung sind, ist Armut von einem bereits hohen Wert von 12% in 1998 auf die im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht ausgewiesenen 18% angestiegen.

⁷ Die Armutsgefährdungsquote eines Landes wird nach einheitlicher EU-Definition auf der Basis eines Schwellenwertes berechnet, der als 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens dieses Landes festgelegt ist. Der Schwellenwert für Armutsgefährdung gibt die untere Einkommensgrenze an, ab der eine Person als armutsgefährdet gilt. Dabei werden die gesamten Einkommen einschließlich der Sozialleistungen des Staates berücksichtigt. In Deutschland lag der Schwellenwert im Jahr 2007 bei 10 953 Euro jährlich. In acht EU-Staaten, das sind Luxemburg (18 550 Euro), die skandinavischen Länder Dänemark (14 497 Euro), Schweden (12 178 Euro) und Finnland (11 800 Euro), Irland (13 760 Euro) und das Vereinigte Königreich (13 119 Euro), die Niederlande (11 694 Euro) und Österreich (11 406 Euro), fielen die Schwellenwerte für Armutsgefährdung höher aus als in Deutschland. Die mit Abstand niedrigsten Schwellenwerte ergaben sich für Rumänien (1 173 Euro) und Bulgarien (1 303 Euro). Sehr niedrige Schwellenwerte waren 2007 auch für eine Reihe weiterer EU-Länder, insbesondere für osteuropäische und baltische Länder, zu verzeichnen.

⁸ Pressemitteilung Nr.395 vom 29.10.2010 http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/10/P_D10_395_634,templateld=renderPrint.psml; Zugriff am 4.1.2011

⁹ Die meisten Armutsgefährdeten wies Lettland auf: Dort war 2007 mehr als jede/r Vierte (26%) armutsgefährdet, gefolgt von Rumänien (23%), Bulgarien (21%), Litauen (20%), Griechenland (20%) und Spanien (20%). Dagegen waren in der Tschechischen Republik nur 9% der Menschen armutsgefährdet, dies war 2007 die niedrigste Quote in der gesamten EU. Auch die Slowakei (11%) und die Niederlande (11%) wiesen ein vergleichsweise niedriges Armutsgefährdungsniveau auf.

¹⁰ Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, die alle 5 Jahre, zuletzt 2008, durchgeführt wird und als Datengrundlage für die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze heran gezogen wird.

Unabhängig von den unterschiedlichen Quoten¹¹ des Berichtes der Bundesregierung und der anderen Studien wird aber, wenn man die Armutsentwicklung im Blick aller Studien betrachtet, deutlich:

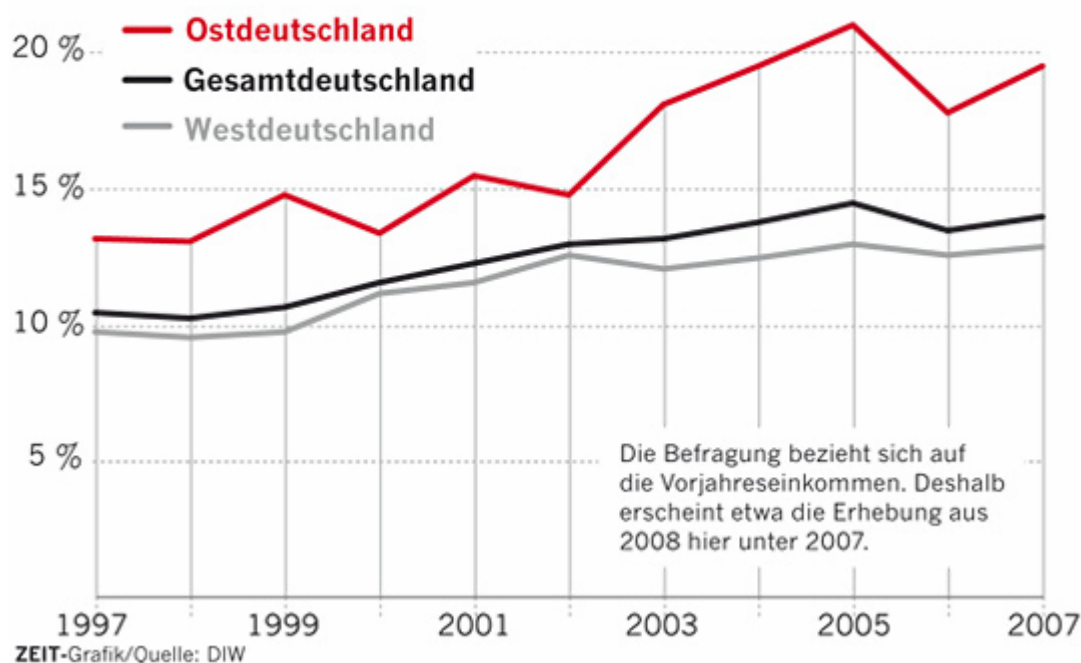
1. Armut ist über die Jahre angestiegen.
2. Armut ist zwischen den alten und neuen Ländern extrem ungleich verteilt.
3. Armut trifft spezifische Haushalte und Familienformen besonders.
4. Armut betrifft Kinder und Jugendliche in einem besonderen Maß.

1) Armut ist über die Jahre angestiegen.

Dieser kontinuierliche Anstieg der Armut über die Jahre wird durch eine Graphik der Wochenzeitung DIE ZEIT, die Daten des DIW eingepflegt hat, deutlich¹²:

Die Armut hat zugenommen

Anteil der Bevölkerung in Deutschland, der als »armutsgefährdet« gilt



Ähnliche Zahlen sind einem Textbeitrag von Rudolf Martens für eine Jugendarmutskonferenz im November 2009 zu entnehmen, die als Datengrundlage den Mikrozensus von 2008 haben und die Armutsschwelle ebenfalls bei 60% des Medians festlegen¹³. Danach errechnet sich eine Armutsquote von 14,4 % für Gesamtdeutschland¹⁴, in 2007 lag sie mit 14,3% etwas niedriger, die in etwa dem

¹¹ Hier zeigt sich das Dilemma der Armutsforschung: zum einen eben die noch immer prinzipielle Unklarheit des Begriffes und zum anderen die schwankenden und immer unterschiedlichen Datenlagen.

¹² <http://images.zeit.de/wirtschaft/2010-02/22-grafik-armut-1/22-grafik-armut-540.jpg>

¹³ Dr. Rudolf Martens, Leiter Forschung PARITÄTISCHER Gesamtverband, Wer ist arm, wie viele und wo?, Berlin 29. Januar 2010, siehe auch: <http://www.armutsatlas.de>

¹⁴ In einer anderen Betrachtung. Jeder siebte Einwohner.

Wert des Dritten Armuts- und Reichtumsberichtes entspricht. Die drastischsten Quoten werden bei erwerbslosen Personen gemessen; mehr als die Hälfte von ihnen lebt unterhalb der Armutsschwelle, im Osten der Republik sind es sogar mehr als 60 Prozent.

2) Armut ist zwischen den alten und neuen Ländern extrem ungleich verteilt

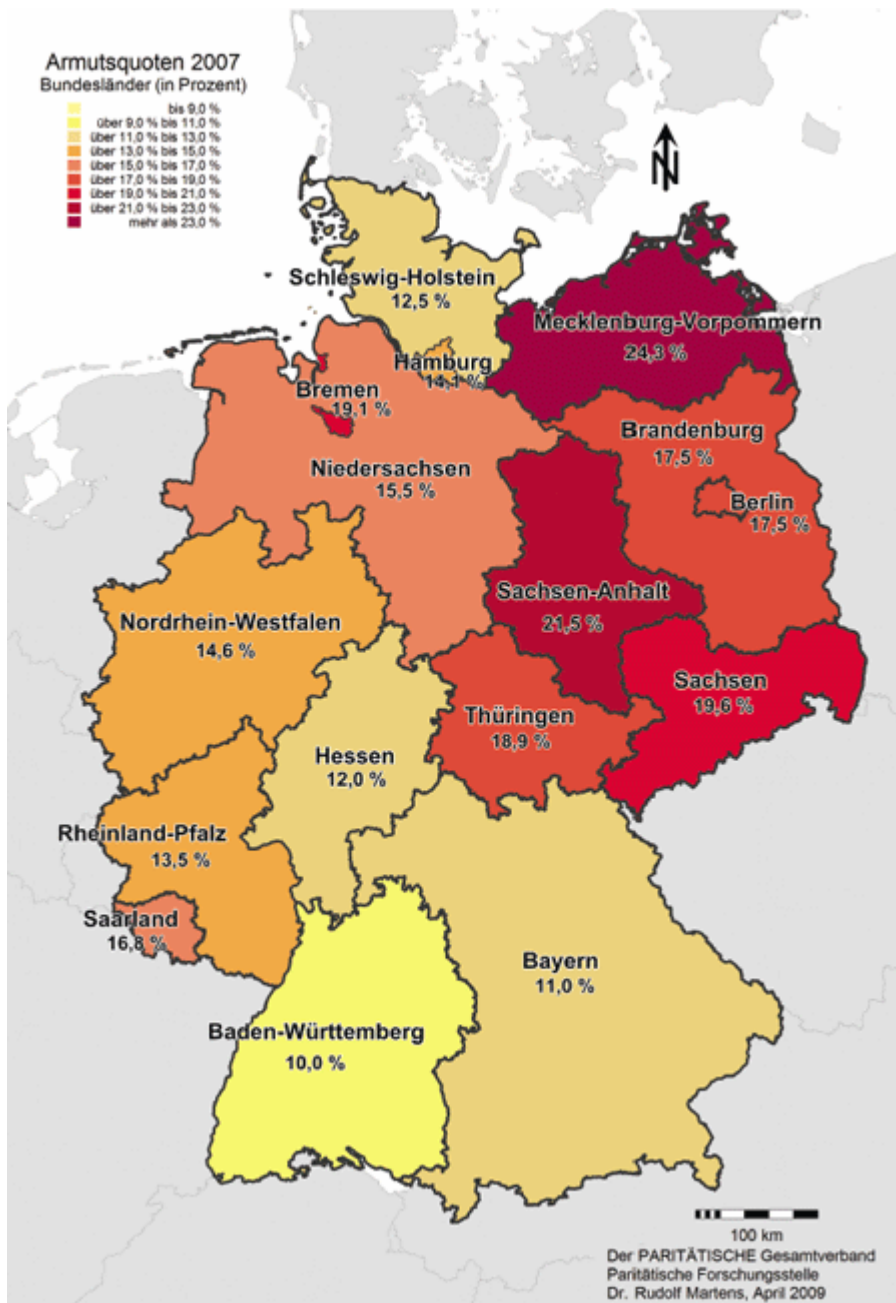
Das DIW stelle in seinem Bericht fest, dass die Armutsrisikoquote für Ostdeutschland in allen Jahren immer deutlich über dem westdeutschen Wert lag, dies wird vor allem mit der höheren Arbeitslosigkeit aber auch mit dem Fehlen alternativer Einkommensquellen wie Kapitalerträgen begründet. Im Rahmen des Transformationsprozesses sank zwar die Armutsquote zunächst durch hohe Einkommenssteigerungen stark ab, doch seit Ende der neunziger Jahre stieg sie wieder an und lag 2008 bei 19,5% - und damit um 6% höher als der westdeutsche Wert, der bei 13,5 % lag. Im Text von Martens wird erkennbar, dass sich die von ihm errechneten 14,4 % für Gesamtdeutschland auf 13,1% im Westen und auf 19,5% im Osten aufteilen¹⁵.

Im ebenfalls vom PARITÄTISCHEN Gesamtverband vorgelegten "Regionalen Armutsatlas" wird aufgelistet, wo viele und wo wenige arme Menschen leben¹⁶. Deutschland wird dabei in drei Zonen eingeteilt: einen süddeutschen, einen nordwestdeutschen und einen ostdeutschen Bereich. Am wenigsten von Armut betroffen sind die südlichen Bundesländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Dort liegt die Armutsquote bei elf Prozent. Im Nordwesten Deutschlands sowie in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen gelten etwa 15 Prozent der Bevölkerung als arm. In Ostdeutschland wird insgesamt jeder Fünfte, etwa 20 %, als arm eingestuft; nur zwei Raumordnungs- Regionen in Ostdeutschland haben eine Quote mit weniger als 17 Prozent.

Es ergibt sich ein deutliches Armutsrisikogefälle von Ost nach West. Die strukturellen Schwächen Ostdeutschlands, ausgedrückt in hohen Armutsquoten, besitzen einen flächendeckenden Charakter. Dies illustriert eine Karte aus dem regionalen Armutsatlas in überzeugender Klarheit:

¹⁵ Dr. Rudolf Martens, Leiter Forschung PARITÄTISCHER Gesamtverband, Wer ist arm, wie viele und wo?, Berlin 29. Januar 2010; S, 6

¹⁶ Auch darin werden Personen als arm eingestuft, denen weniger als 60 Prozent eines mittleren Einkommens zur Verfügung stehen. Insgesamt bezieht sich der Atlas dabei auf Daten des SOEP, die aber noch etwas weiter zurück liegen (aus den Jahre 2005 und 2007). Bundesweit schwanken die regionalen Armutsquoten weit auseinander; vor allem in den neuen Bundesländern drohen ganze Landstriche zu verarmen. Siehe: <http://www.armutsatlas.de>



Quelle: Regionaler Armutsatlas des Paritätischen Gesamtverbandes¹⁷

3) Armut trifft spezifische Haushalte und Familienformen besonders

Nicht alle Personen und Haushalte sind von Armut im gleichen Umfang betroffen. Das Armutsrisiko steigt mit der Kinderzahl und insofern ist das Armutsrisiko für Kinder besonders hoch: Es sind vor allem größere Familien mit drei und mehr Kindern, Migrantenfamilien sowie Allein Erziehende (vor allem Frauen), die mit weitem Abstand die höchsten Armutsraten aufweisen. Die Zahlen aus dem DIW-Wochenbericht zeigen dies deutlich:

¹⁷ <http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1428>

| Familientyp (Kinder bis 16 Jahre) | Risikoquote |
|---|--|
| Paare ohne Kind (30m bis 65 Jahre) | 5% |
| Familien mit einem Kind | 15% |
| Familien mit zwei Kindern | 13% |
| Familien mit drei Kindern | 22% |
| Familien mit vier und mehr Kindern | 36% |
| Allein Erziehende | 40% und mehr (abhängig von Anzahl der Kinder) |
| Allein Erziehende, jüngstes Kind unter drei Jahre | Über 50% |

Quelle: DIW, Wochenbericht 7/2010

Aus den Zahlen von Martens lässt sich diese besondere Betroffenheit bestimmter Familientypen noch etwas genauer filtern, auch hinsichtlich der Verteilung von Ost und West¹⁸:

| Haushaltstyp | Quote BRD | Quote West | Quote Ost |
|--------------------------------|------------------|-------------------|------------------|
| Singlehaushalt | 23,7 | 21,3 | 31,3 |
| Paar ohne Kinder | 8,6 | 8,0 | 10,4 |
| Einelternhaushalt | 39,7 | 37,5 | 46,4 |
| Paar mit einem Kind | 10,4 | 8,8 | 16,6 |
| Paar mit zwei Kindern | 10,5 | 9,2 | 18,6 |
| Paar mit drei und mehr Kindern | 24,5 | 23,4 | 33,5 |
| Mit Migrationshintergrund | 26,2 | 24,7 | 40,1 |
| Ohne Migrationshintergrund | 11,6 | 9,8 | 17,5 |
| | | | |

¹⁸ Dr. Rudolf Martens, Leiter Forschung PARITÄTISCHER Gesamtverband, Wer ist arm, wie viele und wo?, Berlin 29. Januar 2010; S, 6

Erkennbar wird eine deutlich höhere Quote von Haushalten mit Kindern, diese steigt mit der Kinderzahl sogar drastisch an. Aber auch die extrem hohe Betroffenheit von Einelternhaushalten ist unschwer zu erkennen sowie die Tatsache, dass der Migrationshintergrund ein zusätzliches Armutsrisiko bedeutet. Offenkundig wird zudem, dass Armut sich zwischen Ost und West deutlich scheidet; im Osten ist das Risiko deutlich höher.

4) Armut betrifft Kinder und Jugendliche in einem besonderen Maß.

Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene haben gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt deutlich erhöhte Armutsrisiken. Neben der Tatsache, dass Kinder über ihre Familien besonders betroffen sind, finden sich laut DIW dabei vor allem junge Erwachsene unter der Armutsschwelle¹⁹:

- Von den 19 bis 25-jährigen haben 2008 knapp ein Viertel (ca. 25%) unter der Armutsschwelle gelebt.

Gründe hierfür sind: Die Dauer der Ausbildung und der Anteil der Hochschulabsolventen haben zugenommen, dadurch wird der Einstieg ins Berufsleben verzögert. Viele Berufsanfänger steigen zudem über schlecht bezahlte Praktika und prekäre Beschäftigungsverhältnisse ins Berufsleben ein. Auch gibt es einen erkennbaren Trend das Elternhaus früher zu verlassen.

Die Armutsrisikoquoten für Kinder sind gleichfalls über die Jahre gestiegen²⁰:

- Die unter Dreijährige haben ein Risiko, das bei 17% liegt (1998 bei 13%).
- Das Risiko für 4 bis 12-Jährige ist von 11 % in 1998 auf 15% in 2008 geklettert.
- Die 13 bis 18-Jährigen sind zu 21% von Armut betroffen, vorher waren es 16%.

In einer anderen Lesart gelten inzwischen mehr als 2,4 Millionen Kinder (unter 18 Jahren) als arm, das sind 17% aller Kinder in diesem Alter. Hinzu kommen noch einmal 1,5 Millionen Kinder, deren Eltern sich im Niedriglohnbereich bewegen²¹. So ergibt sich jene von Sozial- und Kinderschutzverbänden, u. a. dem Deutschen Kinderschutzbund, skandalisierte Zahl von über 20 % der unter 18-Jährigen, die in prekären Verhältnissen aufwachsen und in ihren Teilhabechancen eingeschränkt sind

Zu ergänzen ist, dass der Bericht von Martens zusätzlich den Unterschied zwischen Ost und West rechnet, auch hier ist die Betroffenheit im Osten deutlich höher. Dies soll an den Quoten der unter 18-Jährigen sowie den Quoten der 18 bis 25-Jährigen in einer Tabelle kurz illustriert werden²²:

:

¹⁹ DIW, Wochenbericht 7/2010

²⁰ Ebda.

²¹ Susanne Dohrn: Die Not wird immer größer, vorwärts 2/2010

²² Dr. Rudolf Martens, Leiter Forschung PARITÄTISCHER Gesamtverband, Wer ist arm, wie viele und wo?, Berlin 29. Januar 2010; S, 6

| Alter | Quote BRD | Quote West | Quote Ost |
|-----------------|------------------|-------------------|------------------|
| Unter 18 | 18,4 | 16,8 | 26,7 |
| 18 bis unter 25 | 22,4 | 20,0 | 30,4 |

Die Quoten für Ostdeutschland lassen sich mit den Zahlen von Martens zusätzlich regional aufgliedern, erkennbar wird dabei, dass es im Oste selbst noch eklatante Unterschiede gibt: jedes viertes und mancherorts jedes dritte Kind bzw. Jugendliche unter 18 müssen als arm gelten:

| Land | Quote |
|------------------------|--------------|
| Brandenburg | 21,4 |
| Sachsen | 25,1 |
| Thüringen | 26,2 |
| Sachsen-Anhalt | 33,4 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 34,5 |

Weitere Armutskontexte

Interessant sind noch folgende Aspekte, die der aktuelle Bericht des DIW ebenfalls auflistet²³:

- Wenn das jüngste Kind noch im Haushalt lebt ist es schwierig Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, falls keine ausreichenden Betreuungseinrichtungen verfügbar sind. Mit dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur konnte offensichtlich das Armutsrisiko vermindert werden.
- Ein hoher Beschäftigungsgrad senkt das Armutsrisiko. Haushalte mit einer Vollerwerbstätigkeit haben gegenüber Haushalten von Erwerbslosen ein um 10% geringeres Armutsrisiko.
- Das Bildungsniveau des Haushaltsvorstandes korreliert deutlich mit dem Armutsrisiko; Haushalte ohne einen berufsbildenden Abschluss haben ein um 7% höheres Armutsrisiko als Haushalte mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss.
- Migranten aus Nicht-EU-Ländern haben durchweg ein deutlich höheres Armutsrisiko, das über die Jahre sogar größer geworden ist.

²³ DIW, Wochenbericht 7/2010

Erweiterungen

Um die materiellen Lebensbedingungen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, genauer zu erfassen ist der alleinige Blick auf die Armutsquoten auf der Basis von Umfragen nicht ausreichend.

Armut und Sozialgeldbezug von Kindern

Neben den Armutsrisikoquoten, die auf der Basis der Einkommen berechnet werden, ziehen analytische Armutsdiskurse auch die Zahlen der ALG-II-Empfänger als Indikator für Armut heran. Dies befindet sich im Kontext, den ich bei Simmel entlehne, da Bezug ja schließlich ein politisches Instrument ist um mit einer normierten Grundsicherung das Existenzminimum zu sichern und Armut zu bekämpfen. Insofern stellt der Bezug der Grundsicherung gleichfalls einen Indikator für ein Leben an der Armutsschwelle dar.

Unter den ca. 6,8 Millionen ALG-II-Empfängern lebten im Dezember 2009 1,743 Millionen Kinder in Bedarfsgemeinschaften, das waren 15,7 aller Kinder unter 15²⁴. Auch hier zeigt sich eine deutlich höhere Betroffenheit von Alleinerziehenden, die laut einer Mitteilung des DGB im März 2010 zu 41% Hartz IV bezogen – das waren 636.000 Alleinerziehende mit insgesamt ca. einer Million Kindern²⁵.

Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem bisherigen Höchststand von 1,900 Millionen im Dezember 2005 zwar einen Rückgang, aber bezogen auf das Vorjahr (1,738 Millionen im Dezember 2008) wiederum einen leichten Anstieg. Der Anteil dieser Kinder reichte im Dezember 2009 in den Ländern von 36,2 % in Berlin bis zu 7,7 in Bayern. Auch hier zeigt sich eine starke regionale Disparität, die sich in das Muster des Regionalen Armutsatlas einbinden lässt. Es sind, neben den Stadtstaaten Hamburg (23,0%), Bremen (30,5%) und Berlin (36,2%) vor allem die ostdeutschen Bundesländer, die mit Zahlen über 20% eine deutlich höhere Betroffenheit aufweisen, die aber insgesamt unter den oben zitierten Armutsquoten bleibt und sich regional etwa anders darstellt:

| Land | Quote |
|------------------------|------------------------|
| Thüringen | 22,0% (53.128 Kinder) |
| Brandenburg | 22,7% (63.599 Kinder) |
| Sachsen | 23,8% (108.255 Kinder) |
| Sachsen-Anhalt | 23,8% (70.951 Kinder) |
| Mecklenburg-Vorpommern | 27,7% (49.945 Kinder) |

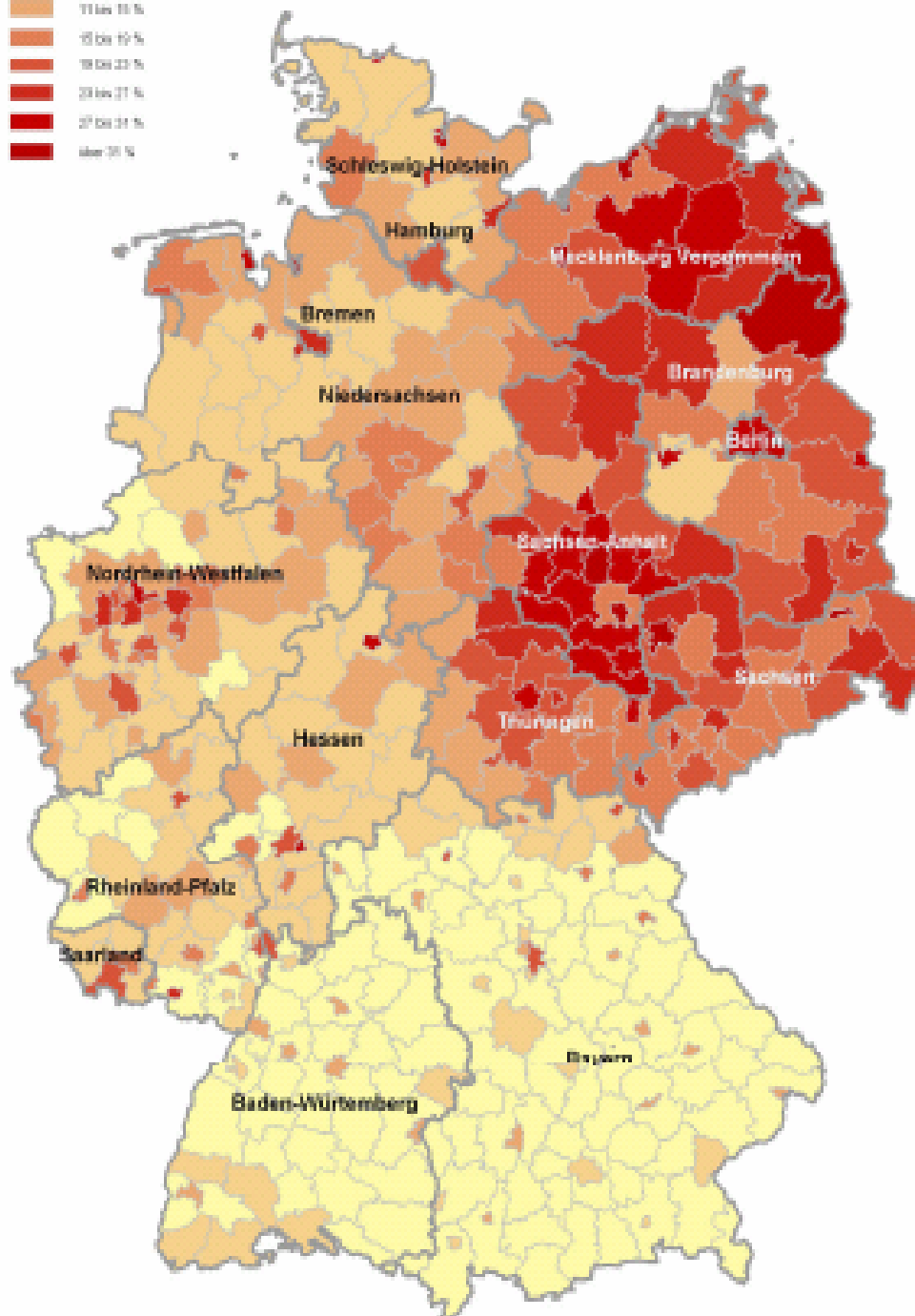
Dieses Ost-West-Gefälle lässt sich in einer Graphik gut illustrieren:

²⁴ Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, Kurzmitteilung, Kinder unter 15 in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, 16. April 2010

²⁵ Frankfurter Rundschau 27.3.2010



Sozialgeldbezug Kinder unter 15 Jahre



Besondere Benachteiligung von Jugendlichen

In der Armutsdebatte kommen Jugendliche immer zu kurz! Das besondere Augenmerk gilt Kindern. Das hat Gründe.

Zum einen ist der Begriff Jugend weniger als „das Kind“ mit Chiffren der Unschuld und der Bedürftigkeit belegt und insofern auch weniger ein Objekt von Skandalisierung, wenn Jugendliche als gefährdet erscheinen.

Zum anderen waren gerade diese gefährdeten Jugendlichen seit Beginn der modernen Gesellschaft, man denke nur an die Arbeitshäuser des 17. und 18. Jahrhunderts oder an die Maßnahmen gegen „gefährliche Jugendliche“ im 19. und im frühen 20. Jahrhundert, immer auch eine explizite Gefahr für die soziale Ordnung. Es galt nicht sie zu retten, indem man sie erzog, förderte und Chancen aufbaute; sondern ihre Disziplinierung und Separierung war angesagt, um sich vor ihnen und ihren die Ordnung zersetzenden Taten zu schützen.

Der von Armut betroffene Jugendliche ist in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute offenkundig weitaus weniger ein unschuldiges Opfer von Verhältnissen und erschöpften Familien sondern er gilt stärker als Prototyp eines Armen, der als Opfer eigenen Verhaltens gesehen wird. Ihm oder ihr kann man viel schneller eigene Verschuldung zuschreiben als dies bei den „unschuldigen“ Kindern möglich ist. Der Weg von Opfer vom Täter ist kurz, dies zeigt auch die aktuelle Debatte: ausgehend von einer unverkennbaren Brutalität jugendlicher Straftäter und beschleunigt durch den Freitod der Jugendrichterin Kirsten Heisig und deren posthum erschienenem Buch²⁶ zeigt sich erneut, dass „man“ diesen gefährlichen Jugendlichen weniger mit Rettungs- als vielmehr mit Strafabsichten begegnet: Wegschließen, Geschlossene Unterbringung, Zwangsarbeit und andere drakonische Maßnahmen sind eher angesagt²⁷. Wenn aber keine Rettung im Brennpunkt steht, dann ist das Thema weniger brisant, da sich hiermit politisch und medial nichts gewinnen lässt.

Die geringere öffentliche Aufmerksamkeit hat, und das sei ebenfalls erwähnt, noch einen anderen Kontext: für arme Jugendliche gibt es viele Schubläden, in die man sie einsortieren kann: Trebegänger, Wohnungslose, Punks, Drogenabhängige, Kriminelle. Jugendarmut ist somit ein sich diversifizierendes Phänomen, das nicht in seiner Gesamtheit wahrgenommen wird. Genau das ist erforderlich um die Ursachen zu verstehen, die etwas anders liegen als bei der Kinderarmut, und um präventive Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen.

²⁶ Kirsten Heisig: Am Ende der Geduld - Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter, Freiburg 2010

²⁷ Es liegt mir allerdings fern nicht durchaus auch Vorteile in direkteren und klareren Maßnahmen zu sehen, damit jugendlich Straftäter schneller und unmittelbarer die Folgen ihrer Handlungen erfahren. Das Buch der Jugendrichterei gibt neben einer klaren Problemanalyse auch klare Antworten, über die wir alle ernsthaft nachdenken müssen. Doch ist es **auch** erforderlich schon früher zu agieren. Die Taten der Jugendlichen entstehen ja nicht einfach so, sondern sie wachsen vielfach vor dem Hintergrund von Armut, Prekarität, Marginalisierung, sozialer Desintegration, Migrationsfolgen, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, eben in Kulturen der Armut und Ausgrenzung, in den von mir so bezeichneten „erschöpften Familien“. Maßnahmen müssen früher ansetzen, um die Straftaten erst gar nicht entstehen zu lassen.

Das alles geht aber sicher nicht mit sozialromantischen Vorstellungen, wie sie vielfältig in der Sozialarbeit und der Jugendhilfe noch immer verbreitet sind, sondern nur mit Maßnahmen, die Heranwachsende direkt ansprechen, sie fordern und fördern, klare Grenzen setzen und dennoch auch daran orientiert sind, dass sich Kinder und Jugendliche in ihren eigenen Potentialen entfalten und entwickeln, Vorstellungen über ihr Leben finden und alles daran setzen, diese mit Würde und Stolz zu realisieren.

Die Ursachen liegen anders als bei Kinderarmut. Jugendarmut ist mehr als nur ein Ergebnis der Familienarmut; sie ist auch ein Resultat derselben, dies ist nicht zwangsläufig. Sie muss als eine eigenständige Armut von Jugendlichen diskutiert werden, die entweder keinen Zugang zum Erwerbssystem finden oder darin marginalisiert werden und es bleiben. Jugendarmut ist insgesamt das Ergebnis eines Prozesses sozialer Ausgrenzung von Jugendlichen aus bestimmten Lebenslagen, der im Schulsystem beginnt und sich biographisch verlängert, und dabei Teilhabechancen reduziert. Diese Ursachen sollen genauer reflektiert werden. Ich werde dies als einen Prozess darstellen, der an seinem Ende eine neue und wachsende Risikogruppe „Verlorene Jugendliche“ erkennbar macht.

Schule

Jugendarmut ist ein „Ergebnis“ des Schulsystems, das immer mehr junge Menschen ohne Schulabschluss in eine Hartz-IV-Karriere entlässt. Dieses Schulsystem in der BRD ist seit PISA als hoch selektiv zu bewerten, darin verursacht und verfestigt es Armut von Jugendlichen zugleich.

Vielfältig vorliegende Zahlen und Fakten zeigen, wenig überraschend und doch irritierend, dass bis zu drei Viertel der Kinder aus eher mittleren Lagen sich im Gymnasium befinden, und damit große Chancen auf ein Studium haben, während es aus den unteren Lagen nicht mal ein Viertel der Kinder ist, die den Weg dorthin schaffen. Die Kinder unterer sozialer Lagen befinden sich eben überwiegend in den Haupt- und Realschulen (Regelschulen) bis hin zur Mittleren Reife. Und die Kinder aus eher benachteiligten (armen, erschöpften) Familien befinden sich in ihrer großen Mehrzahl in der Hauptschule bzw. erreichen einen Hauptschulabschluss. Trotz der prinzipiellen Durchlässigkeit der Typen wechseln zudem kaum Kinder von der Regelschule nachträglich auf das Gymnasium, der Wechsel ist eher in der umgekehrten Richtung, dass eben Kinder wegen Leistungsschwäche vom Gymnasium abgehen und in der Regelschule ihren Abschluss suchen²⁸.

Es ist eine offenkundige und vielfach belegte Tatsache, dass Schule kaum Chancengleichheit organisiert; sie normiert vorhandene Ungleichheit, indem sie diese festschreibt. Die soziale Herkunft des Kindes prägt dessen Entwicklung und damit wird eine sehr frühe und nachhaltige „Entscheidung“ über Bildungsverlauf und Schulkarriere getroffen, die wenig mit den Fähigkeiten und Kompetenzen des jeweiligen Kindes zu tun hat, sondern stark aus dem sozialen Status der jeweiligen Herkunftsfamilien sowie den jeweiligen Bildungsaspirationen resultiert. Schule korrigiert da wenig, im Gegenteil: Das bundesrepublikanische System Schule baut darauf auf und verfestigt zudem.

Zahlen und Fakten zur Selektivität des Schulsystems machen nachdenklich²⁹: Trotz der allgemeinen zehn-jährigen Schulpflicht und dem sehr differenzierten Bildungssystem in Deutschland verließen im Jahr 2008 ca. 7% der Schüler die Schule ohne Abschluss – das sind etwa 64 918 Schülerinnen und Schüler; die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Hamburg und Sachsen-Anhalt wiesen zum Teil sogar höhere Quoten auf als zum Beispiel Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

²⁸ Siehe DIW, Wochenbericht, 17/2006

²⁹ <http://www.bildung-fuer-deutschland.de/schulabgaenger-ohne-abschluss.html>, Zugriff am 7.8.2010

Dies wird durch den neuen "Integrationsbericht" der Bundesregierung bestätigt³⁰. Demnach verlassen immer mehr Jugendliche die Schule ohne Abschluss; besonders stark sind Migrantenkinder betroffen: 13,3 Prozent der 15- bis 19-Jährigen machten keinen Abschluss (2005: 10,8 Prozent). Aber auch bei deutschen Jugendlichen nimmt dieser Trend zu: von 5,4 Prozent im Jahr 2005 auf die soeben erwähnte 7 Prozent.

Schulabgänger ohne Abschluss werden immer häufiger direkt ins Abseits gedrängt³¹:

- Nur etwa einem Fünftel gelingt es, direkt eine Ausbildung anzuschließen.
- Etwa ein Viertel schafft es noch nicht einmal eine Erwerbstätigkeit zu finden.
- Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe ist mit etwa 25% die höchste in ganz Deutschland.

Viele der Schulabgänger ohne Schulabschluss sind in der Schul bereits als so genannte Schulverweigerer auffällig; darunter versteht man:

- Schüler, die dauerhaft unentschuldigt fehlen.
- Schüler, die dauerhaft zwar entschuldigt, aber unglaublich entschuldigt, fehlen.
- Schüler, die zwar physisch anwesend sind, sich aber im Unterricht passiv verhalten.
- Schüler, die zwar physisch anwesend sind, aber die Leistung verweigern und sogar den Unterricht stören.

Häufig beginnt eine Karriere als Schulverweigerer schon früh, indem Klassen wiederholt werden müssen, es dadurch zu Frustrationen kommt und das schulische Scheitern zu einem Verlust der Lern-Motivation generell führt. Die Zahl der Schulverweigerer ist seit Jahren hoch – und dennoch erreicht dieses Phänomen nicht den Status einer notwendigen öffentlichen Aufmerksamkeit, Möglichkeiten einer frühzeitigen Intervention sind nicht wirklich erkennbar. Auch reagieren und handeln die Schulen nur sehr zögerlich.

Hartz IV- Schulen

Es gibt immer mehr Schulen, die in der letzten Klasse der Hauptschule die Kinder auf eine Hartz-IV-Laufbahn vorbereiten³²: Auf ein Leben ohne Ausbildung und Arbeit, auf ein Leben, wie es der Großteil ihrer Eltern schon führt. Die Schule bietet das, was die Schüler erwartet: Unterricht zur Vorbereitung auf ein Leben mit wenig Geld. Sie lernen, wie groß und wie teuer eine Wohnung nach Hartz IV sein darf, wie viel Geld zum Einkauf bleibt, wo es Freizeitangebote gibt, die nichts kosten. Einem drohenden Leben ohne Perspektive und Ziele, ohne Anstrengung und Weiterentwicklung möchte man Lösungen entgegen setzen.

Ein Lehrer, den ich auf einer Tagung traf, sagte mir unverblümt: ich bin froh, dass sie lernen diese Anträge zu verstehen und sie zu ihren Gunsten ausfüllen können. Das

³⁰ <http://www.randzone-online.de/?p=6688>; Zugriff am 7.8.2010

³¹ <http://www.bildung-fuer-deutschland.de/schulabgaenger-ohne-abschluss.html>, Zugriff am 7.8.2010

³² Bundesweit als erster wurde der Leiter der Fröbelschule in Wattenscheid, Christoph Graffweg, für dieses ungewöhnliche Engagement bekannt. Er hat inzwischen viele Nachahmer gefunden. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6347164/Wo-Kinder-fuer-ein-Leben-mit-wenig-Geld-lernen.html>; Zugriff am 26.7.2010

ist endlich ein „Erfolg“ und „bringt“ ihnen tatsächlich etwas. Ist das eine pädagogische Provokation? Hierzu Christoph Graffweg, Direktor der Fröbelschule Wattenscheid: „Meine Aufgabe als Lehrer ist, die Schüler auf das Leben nach der Schule vorzubereiten. Und ich sehe als einzig authentische und glaubwürdige Perspektive, die für die im Augenblick bereitsteht: Arbeitslosigkeit, Hartz IV.“³³

Übergänge

Nach der Schule folgen „Kritische Übergänge“ (Kindergarten oder Elternhaus, Schule, Lehrstelle, Arbeitsplatz), die von vielen Jugendlichen nicht ohne förderliche Unterstützung bewältigt werden können - genau diese fehlt trotz aller Lotsenprojekte noch immer. Für geschätzte zwei Fünftel der Ausbildungsanfänger ist der Start ins Berufsleben mit Unsicherheit belegt, mitunter sogar ohne konkrete Berufsbildungsperspektive³⁴.

Die erkennbare Verringerung des Anteils von HauptschülerInnen die Zugang zu einem qualifizierten Ausbildungsplatz erhalten, stellt eine der großen Stärken des dualen Systems in Frage, gerade auch Kinder aus bildungsschwächeren Gruppen durch Ausbildung beruflich zu integrieren.

Erwerbssystem

Wenn der Zugang zu Bildung selektiv strukturiert ist, dann ist davon auszugehen, dass sich dieser Prozess bis ins Berufsleben weiter schreibt: Die Selektionsmechanismen des Schulsystems setzen sich im Übergang zur dualen Berufsausbildung fort. Die bisherigen Kontexte verdichten sich in einem schwierigen Zugang zum Erwerbsleben und in problematischen Entwicklungen, die in diesem zu beobachten sind und Jugendliche besonders treffen.

Jugendarmut resultiert aus dem Problem Arbeitslosigkeit und weit verbreiteter Niedriglöhne; Ausbildungsvergütungen befinden sich mitunter auf einem Niveau, das deutlich unter der Armutsgrenze liegt. Trotz eines inzwischen hohen Lehrstellenangebotes gibt es zudem jährlich viele Jugendliche, die keine Lehrstelle erhalten. So waren es nach Ansicht des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Jahr 2006 160.000 Jugendliche, die bei der Suche nach einer Lehrstelle erfolglos blieben³⁵, da ihre Fähigkeiten als unzureichend angesehen wurden - wenn sie bspw. nicht über einen Schulabschluss jenseits der Hauptschule verfügten. Allerdings wies die BA im September 2009 darauf hin, dass sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt so stark entspannt habe wie noch nie: Am 30. September 2009 waren demnach weniger als 10.000 Bewerber ohne Lehrstelle³⁶. Insgesamt verringert sich aber seit Jahren der Anteil der HauptschülerInnen; die Zugänge zu einer qualifizierten Ausbildung erhalten.³⁷ Allerdings beklagte der DGB

³³ Zitiert nach: <http://hartz.blogg.de/eintrag.php?id=987>; Zugriff am 26.7.2010

³⁴ Roland Merten: Jugend und Armut, in BAG KJS (Hg.): Jugendarmut. Materielle und soziale Exklusion junger Menschen in Deutschland, Berlin 2009, 17-54

³⁵ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,457473,00.html>

³⁶ http://www.rp-online.de/wirtschaft/news/Weniger-als-10000-Jugendliche-ohne-Lehrstelle_aid_769551.html

³⁷ Roland Merten: Jugend und Armut, in BAG KJS (Hg.): Jugendarmut. Materielle und soziale Exklusion junger Menschen in Deutschland, Berlin 2009, 32

Mitte 2010 schon wieder einen größeren Lehrstellenmangel, danach fehlten zu diesem Zeitpunkt noch 106.000 betriebliche Ausbildungsplätze³⁸

Laut einem Gutachten für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung haben inzwischen 1,5 Millionen junge Erwachsene von 20 bis 29 Jahren keinen Berufsabschluss³⁹. Das entspricht einem Anteil von 15 Prozent an dieser Altersgruppe. Der Anteil der Ausbildungslosen stagniert dabei seit Jahren auf diesem hohen Niveau, heißt es in der Studie; damit gelingt es etwa jedem siebten Jugendlichen nicht, "die formellen Voraussetzungen" für einen qualifizierten Arbeitsplatz zu erwerben.

Auch wenn Jugendlichen der Berufseintritt gelingt ist damit keineswegs eine sichere Zukunftsperspektive verbunden. Der Arbeitsmarkt hat Beschäftigungsformen entwickelt, die nichts mehr mit dem Normalarbeitsverhältnis und Normalbiographien zu tun haben und eine Zunahme an Prekarität beinhalten⁴⁰: Unsicherheiten greifen um sich, Lohnkürzungen sind allgegenwärtig, Arbeitsplatzverluste drohen ständig, der Einfluss auf die eigene Arbeitsplatzsituation schwindet, Arbeitszeitverdichtungen und Beschleunigungen der Arbeitsprozesse sind Alltag, Arbeitsschutzbestimmungen werden allmählich löchriger, biographische Erwartbarkeit schwindet, Niedriglöhne sind weiterhin auf dem Vormarsch, Leiharbeit hat einen immensen Zulauf erfahren, Zeitverträge haben den Status von Normalität.

Insgesamt werden die Chancen zur Existenzsicherung durch Arbeit flüchtiger; neben regulären Beschäftigungen haben Arbeitnehmer Minijobs bzw. weitere Jobs, da das Einkommen zu gering ist. Die vielfältig prekären Beschäftigungsformen ersetzen und verändern die bestehenden, sie wandern in stabile Zonen hinein und verlassen somit ihre Rand- und Pufferzone - sie sind im Kern der Betriebe angekommen.

Diese Tendenzen lassen sich an Zahlen zu Jugendlichen in atypischer Beschäftigung, eben in Zonen der Verwundbarkeit, darstellen, deutlich wird, dass Jugendliche bis zu fast einem Drittel in diesen prekären Zonen der Arbeitswelt vertreten sind; dabei zeigt sich vor allem bei 19 bis 25-jährigen eine deutliche Zunahme seit 2000⁴¹:

| Alter | 2000 | 2007 | 2008 |
|---------------------------|------|------|------|
| Bis 25 (insgesamt) | 24,7 | 28,9 | 28,5 |
| Davon 15 bis 19 | 31,6 | 30,4 | 30,8 |
| 19 bis 25 | 20,4 | 28,1 | 27,3 |

Prekäre Beschäftigung grenzt aus regulären Verhältnissen aus, führt zumeist erneut in prekäre Beschäftigung und verfestigt Armut. Für Jugendliche ist es kein guter Start ins Berufsleben - eher das Gegenteil.

³⁸ <http://news-de.karameloo.com/deutschland/eilmeldungen/dgb-beklagt-lehrstellenmangel.html>;
Zugriff am 7.8.2010

³⁹ <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06430.pdf>

⁴⁰ Berthold Vogel: Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg 2009

⁴¹ Roland Merten: Jugend und Armut, in BAG KJS (Hg.): Jugendarmut. Materielle und soziale Exklusion junger Menschen in Deutschland, Berlin 2009, 37

Die Jugendspezifischen Ursachen für Armut im Erwerbssystem lassen sich stichpunktartig zusammenfassen:

- Zu geringe Ausbildungsvergütung
- (Langzeit)Arbeitslosigkeit
- Niedriglöhne
- Zunahme an Teilzeitjobs
- Niedrige Regelsätze
- Steuer-, Abgaben- und Vergünstigungsstruktur, die immer weniger vom Solidarprinzip geprägt ist
- Lehrstellenmangel für jene, deren schulische Qualifikation nicht „ausreichend“ ist
- Diskriminierendes und selektives Schulsystem
- Keine Zugänge zum Ausbildungs- und Erwerbssystem

Die Rahmenbedingungen von Armut haben sich prinzipiell verändert, die Übergänge zwischen Armut und Niedrigeinkommen, zwischen prekärer und sicherer Beschäftigung werden diffuser. Das aber erschwert die Findungsphase von Heranwachsenden erheblich.

Jugendliche im SGB II Bezug

Arbeitslose Jugendliche werden zwangsläufig zu Transferleistungsempfänger, Hartz-IV-Karrieren beginnen, deren Ende nicht sofort absehbar ist.

Das wird durch die drakonischen Maßnahmen im Kontext von Hartz IV verschärft: bei Jugendlichen sind auf Grund von Pflichtverletzungen Sanktionen möglich, die ihnen bis zu drei Monaten jegliche Unterstützung versagen. Sie reagieren, so die ersten Ergebnisse einer IAB-Studie, mit Verschwinden, Abtauchen, Einstiegen in Kriminalität oder einem Rückzug in die Familie, die ihnen aber gleichfalls kaum Perspektiven vermitteln⁴². Sanktionen fördern nicht die Motivation, sie verhindern sie vielmehr. Gleichzeitig werden die Lücken im „Hilfesystem“ größer, da es immer weniger Streetwork gibt und unterstützende Jugendarbeit eingeschränkt wird.

Vorliegende Ergebnisse des dji belegen dies; aus der Befragung von jungen Erwachsenen, die am Rande der Erwerbsarbeit leben, lassen sich vier Gruppen differenzieren⁴³:

1. Eine erste Gruppe nimmt Sanktionen zum Anlass, sich zu besinnen und unternimmt Schritte zur beruflichen Integration.
2. Eine zweite Gruppe verfolgt eigene und zum Teil erfolgreiche Strategien in der Qualifizierung und der Erwerbsarbeit
3. Eine dritte Gruppe wich den Anforderungen aus, wurde oder blieb passiv und zog sich auf familiäre Unterstützungsleistungen zurück.

⁴² IAB-Kurzbericht, 10/210

⁴³ www.dji.de; Dr. Jan Skrobanek: Verlorene Jugendliche am Übergang Schule – Beruf (Vortragsmanuskript)

4. Eine vierte Gruppe wich den Anforderungen aus und richtete sich in einer Existenz am Rande oder jenseits der Grenzen der Legalität ein.

Zuspitzung: Verlorene Jugendliche⁴⁴ als „neues“ Thema der Armutsforschung

Die Ergebnisse dieser Studie lassen sich insgesamt als Zuspitzung der Lage von benachteiligten und armen Jugendlichen diskutieren und sich zur These der „verlorenen Jugendlichen“ verdichten. Es entsteht ein eher erschreckendes Bild⁴⁵:

- 55 % der befragten Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen hatten auch danach noch Kontakte zur Arbeitsverwaltung.
- Etwa jeder Zehnte scheiterte bereits an der ersten Anlaufstelle mit seinem Anliegen und es gibt keine weiteren Kontakte mehr
- Fast ebenso viele werden von Einrichtung zu Einrichtung geschickt, ohne dass sich jemand zuständig fühlt.
- Von denen, die ankommen, schafft es nur ein Teil von etwa 60% bis hin zu konkretem Angeboten.
- Bilanziert man den Kontakt zur Arbeitsverwaltung, so stehen etwa einem Drittel erst einmal positiver zwei Drittel negativer Resultate gegenüber.

Verlorene Jugendliche, die an den Übergängen scheitern, haben individuell schlechte Startchancen; hier kommt dann wieder die Herkunftsfamilie ins Spiel, sowie eine schwierige Bildungsbiographie. Sie sind vermehrt Ausgrenzungsrisiken ausgesetzt, die sich in sozialen und kulturellen Benachteiligungen zeigen. Bei wiederholten Misserfolgen greifen sie vermehrt zu Strategien der Selbstaussgrenzung. Sie verfügen kaum über Ressourcen einer angemessenen Bewältigung.

„Verlorengehen“ ist somit ein Prozess, der sich auf einem Kontinuum sozialer Desintegration und sozialer Ausgrenzung vollzieht. In seiner Konsequenz, und das hat die aktuelle Shell-Studie ergeben, fühlen sich bis zu 15% der Jugendlichen als „abgehängt“⁴⁶. Allerdings ist dieser Prozess umkehrbar. Hierzu bedarf es eines breiteren Wissens über diese Gruppe von Jugendlichen um Maßnahmen zu platzieren.

⁴⁴ Diesen Begriff habe ich übernommen aus: Dr. Jan Skrobanek: Verlorene Jugendliche am Übergang Schule – Beruf (Vortragsmanuskript), siehe: <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=945&Jump1=LINKS&Jump2=15>; Zugriff am 7.10.2010

Es gibt allerdings auch eine weltweite Diskussion zu „Verlorene Jugendliche“, die systematisch aus dem Erwerbssystem ausgegrenzt werden. Siehe u.a.: http://www.rp-online.de/wirtschaft/news/Experten-warnen-vor-verlorener-Generation_aid_892899.html, Zugriff am 7.10.2010

⁴⁵ Dr. Jan Skrobanek: Verlorene Jugendliche am Übergang Schule – Beruf (Vortragsmanuskript), siehe: <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=945&Jump1=LINKS&Jump2=15>, Zugriff am 7.10.2010

⁴⁶ Siehe:

http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/media_centre/news_and_media_releases/2010/youth_study_2010.html, Zugriff am 10.9.2010

Folgen

Die sozialen und kulturellen Folgen seien thesenartig benannt und sollen in Stichpunkten verdichtet werden⁴⁷:

- Bildungsmangel, vor allem hinsichtlich von soft skills, die für den ökonomischen Erfolg wichtig sind
- Kaum soziales Kapital, wenig Einbindung in vielfältige Beziehungen und Netzwerke, fehlendes Brückenkapital
- Daraus resultieren weitgehende Beschränkung auf das eigene sozio-kulturelle Milieu
- Geringe Einstiegs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt einer wissensbasierten Ökonomie
- Eingeschränkter Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien, vor allem wenn diese teuer sind, oder auch ein eher passives Nutzerverhalten
- Grundstimmungen: Frustration, Perspektivlosigkeit, wenig Selbstvertrauen
- Fokussierung auf Bewältigung aktueller Probleme und keine Zukunftsorientierung

Am Ende der Jugendphase steht oftmals der Einstieg in eine Familie, und diese kann bereits von Anbeginn eine erschöpfte Familie sein. Kulturen der Armut formen und tradieren sich. Jugendarmut wird zu einem wesentlichen Element in der Verfestigung Sozialer Ungleichheit.

Reichtum

Neben Armut muss ein diskreter Blick auf den Reichtum in der BRD geworfen werden; diskret deswegen, da die vorhandenen Zahlen und Daten eher dürftig sind. Viele haben nur wenig - einige wenige haben sehr viel: Die zentrale These dabei ist: die Vermögen in Deutschland sind zunehmend ungleich verteilt – und diese Tendenz verschärft sich. Legt man die Daten aus dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht zu Grunde, dann berechnete sich auf der Basis von 200 % des Medianeinkommens folgendes Reichtumpotential in Deutschland: Bei einer einfache Einkommensverteilung waren es 6,4 %; bei einer integrierte Einkommens- und Vermögensverteilung waren es 8,8% der Bevölkerung, die in Reichtum leben. Im Durchschnitt leben somit ca. 7% der Bevölkerung im Reichtum; das bestätigt auch eine neue Studie des DIW⁴⁸.

Das private Geldvermögen ist 2009 auf die Rekordsumme von 4,64 Billionen Euro (4.640.000.000.000 Euro) angewachsen. Aber: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung besitzt weder Geldvermögen, Immobilien noch Betriebsvermögen.

Diese Schere ist in den vergangenen Jahren weiter auseinander gegangen. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor⁴⁹. Die Experten haben herausgefunden, dass die Altersvorsorge die Schere zwischen Arm und Reich verkleinert. Die ungleiche Verteilung sei geringer, wenn man

⁴⁷ Quelle: Thomas Steinforth, Jugendarmut, Referat am 19.4.2010 bei der LAG Kath. Jugendsozialarbeit

⁴⁸ DIW, Wochenbericht 35/2009

⁴⁹ DIW, Wochenbericht 35/2009

Pensionsansprüche und Rentenanwartschaften mit einbeziehe. Das Ausmaß der Vermögenskonzentration bleibt aber weiterhin hoch, heißt es in der Studie. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung besitze weder Geldvermögen, Immobilien noch Betriebsvermögen oder sei sogar verschuldet. Allerdings erwerben praktisch alle Erwachsenen Ansprüche an die diversen Alterssicherungssysteme, schreiben die Berliner Forscher. Zudem seien die Rentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze gedeckelt – selbst mit einem Spitzeneinkommen kann man hier nur Rentenansprüche bis zu einer gewissen Höhe erwerben.

DIW-Experte Joachim Frick fügt allerdings hinzu, "die Konzentration der jetzt erstmals um Renten- und Pensionsanwartschaften erweiterten Vermögen bleibt aber sehr hoch und die dämpfende Wirkung des Alterssicherungsvermögens wird künftig wohl an Bedeutung verlieren." Hier spielten mehrere Faktoren eine Rolle, wie sinkende Versorgungsniveaus im Zuge der Reformen der Alterssicherungssysteme oder zunehmende Lücken im Erwerbsverlauf, etwa durch Arbeitslosigkeit. Die Experten warnen davor, dass in Zukunft mehr Menschen wegen Arbeitslosigkeit und reduzierter Sozialleistungen im Alter verarmen könnten. Private Altersvorsorge werde immer wichtiger.

Im Schnitt verfügt jeder erwachsene Deutsche über ein Vermögen von mehr als 150.000 Euro inklusive Rentenansprüchen. Ein Erwachsener besitzt neben Geld und Sachvermögen von 88.000 Euro rund 67.000 Euro an Pensions- und Rentenansprüchen. An der Spitze liegen Beamte. Im Pensionsalter verfügen sie laut Studie über ein Vermögen inklusive Altersvorsorge von über 500.000 Euro.

Die Macher der Studie warnen, dass immer mehr Menschen wegen Arbeitslosigkeit und reduzierter Sozialleistungen im Alter verarmen. Zusätzliche private Altersvorsorge werde nach den Reformen bei der Alterssicherung immer wichtiger. Dafür hätten Geringverdiener aber meist kein Geld übrig.

Auch Langzeitarbeitslose könnten so gut wie kein Vermögen für das Alter aufbauen. Dies gilt besonders für Ostdeutschland, denn hier haben wir ohnehin eine geringere Vermögensbildung als im Westen und deutlich mehr Langzeitarbeitslose.

Frei von materiellen Sorgen

Das DIW entwirft den Begriff des sorgenfreien Reichtums, der auf Grund der Freiheit von materiellen Sorge zu einer „Gelassenheit“, führe, die in den alltäglichen Praktiken und ökonomischen Entscheidungen der Elite als intellektuelle und sogar charakterliche Überlegenheit wiederkehre und sich auf die Sozialisation der Kinder niederschlage. Die Elite reproduziere sich selbst – eine These, die auch von anderen Forschern vertreten wird.

Die DIW-Sozialforscher orientieren sich dabei an den Kriterien der OECD. Zum Nettoeinkommen zählen sie nicht nur das Gehalt, sondern etwa auch Mieteinnahmen und Gewinne aus Aktienbesitz. Der Anteil der Reichen an der Bevölkerung ist in den vergangenen zehn Jahren von fünf auf sieben Prozent gestiegen. Dennoch schrumpft die Zahl derer, die frei von materiellen Sorgen leben.

In seiner Studie hat das DIW deshalb den Reichtum mit den Sorgen über die persönliche und wirtschaftliche Lage verknüpft. Wahrer Reichtum ist dann aber mehr als die Summe von Einkommen und Vermögen. Wer wirklich reich ist, sollte auch frei von materiellen Sorgen sein. Die Studie beschäftigt sich deshalb vor allem mit den

Reichen, die dauerhaft viel verdienen und die keinen Stress haben bei dem Gedanken, sich und ihre Familie durch die eigene Arbeit finanzieren zu müssen.

Die Untersuchung basiert auf den Daten des sozio-ökonomischen Panels, einer seit 25 Jahren laufenden Befragung von mehr als 20.000 Menschen. Danach ist in Deutschland laut DIW nur etwa ein Prozent der Bevölkerung dauerhaft sorgenfrei und reich. Der sorgenfreie Reichtum bewegt sich offenbar jenseits der turbulenten Welt unmittelbarer Markteinflüsse und stellt ein sehr seltenes und konjunkturabhängiges Phänomen dar.

Fazit

Die Daten zeigen, dass Deutschland in seinen materiellen Lebensbedingungen ein tief gespaltenes Land ist, neben wachsender Armut wächst auch der Reichtum, doch dieser konzentriert sich in immer weniger Händen. Diese Entwicklung ist in ihren Trends auf absehbare Zeit verfestigt und wird auch die nächsten Jahre prägen.

2. Kapitel: Ursachen, Hintergründe und Folgen ungleicher Lebensbedingungen

Zahlen und Fakten zu Armut sind das eine, das andere ist die Ursachen zu diskutieren, die Armut in einer modernen Industriegesellschaft hervorrufen und dabei ihre Wirkungen auf Menschen zu verstehen, um daraus Tendenzen erkennbarer Folgen zu verdichten. Wichtig wird dabei auch, den Blick über die definierten Armutssegmente auf die sich verfestigende Soziale Ungleichheit auszuweiten, die sich, so die zentrale These, auch in den nächsten Jahren nicht reduzieren sondern eher noch verfestigen wird. Genau das aber macht einen intensiven Blick auf die Verursachungskontexte notwendig, um zu verstehen was geschieht. Dabei wird ein besonderer Blick auf Kinder und Jugendliche gelegt, denen ja angeblich „die Zukunft“ gehört“.

Ursachen und Hintergründe

Armut als ein wesentlicher Indikator von Spaltungstendenzen hat inzwischen viele Facetten, die hier nicht in allen Details diskutiert werden können. Sie erschwert und verhindert vor allem soziale, kulturelle und individuelle Entwicklungschancen. Da sie oft bereits in der frühesten Kindheit ansetzt, prägt sie so manches Kinderleben über einen sehr langen Zeitraum. Benachteiligung wird verfestigt und schränkt in einem eher negativen Sinne Kinder nachhaltig in ihren Verwirklichungschancen und damit in ihren zukünftige Optionen ein.

Es ist mittlerweile ein fataler Kreislauf der Armut erkennbar, eine Kultur der Armut, die zu einem dauerhaften Ausschluss aus der Gesellschaft führen kann. Diese Spaltung zeigt sich, betrachtet man die einschlägige soziologische Literatur⁵⁰, in vielerlei Tendenzen, die vor allem Auswirkungen auf Lebenswelten der Kinder haben:

- Ein Auseinanderfallen von Lebenslage und Milieus, das sich sowohl räumlich als auch kulturell zeigt;
- In einer neuen Form der Segregation, die zu immer stärker eingeschränkten Beziehungen zwischen den mittleren und den unteren Klassen führt;
- In einer massiven und auch direkten Abgrenzung der Mittelschichten nach unten, die sich, bezogen auf Kinder, in Rede - und Berührungsverboten zeigt („Spiel nicht mit den Schmuttelkindern⁵¹“);
- In einer Spaltung der Elternwelt in aktive und überforderte Eltern.

In einem *ersten Blick*, der die vorliegende Forschungsliteratur zusammenfasst und diese Tendenzen erklären will, lassen sich, bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland, folgende Verarmungsursachen feststellen.

Zum einen finden sich ökonomische Faktoren, die sich aus dem Arbeitsmarkt und den Einkommen ergeben:

⁵⁰ Ich verzichte ich darauf die Vielfalt der Studien zu zitieren und verweise lediglich auf den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, bzw. die im weiteren Verlauf meiner Argumentation zitierten Quellen.

⁵¹ Man könnte in dem Zusammenhang sogar von einer Angst sprechen, die manche Eltern befällt, die Angst vor einem imaginären „Virus der Verwahrlosung“, der sich in Unterklassen auszubreiten scheint – dies wird zweifellos auch durch mediale Bilder verstärkt.

- Eine der essentiellsten Ursachen für Armut muss in einem unzureichenden Lohn gesehen werden. Immer mehr Menschen, ca. 21 % der Beschäftigungsverhältnisse⁵², befinden sich im so genannten Niedriglohnbereich, der ein Einkommen erbringt, das nur knapp oberhalb der Armutsgrenze liegt. Immer mehr dieser Beschäftigten müssen sogar zusätzlich ALG II beantragen; diese „Aufstocker“ machen inzwischen fast 20% aller Empfänger dieser Transferleistung aus. Der aus den USA entlehnte Begriff „working poor“, Menschen, denen es trotz regelmäßiger Erwerbstätigkeit nicht gelingt ein Einkommen deutlich jenseits der Armutsgrenze zu erzielen, steht inzwischen als beschreibende Kategorie auch in der Bundesrepublik für immer mehr Beschäftigte.
- Daneben ist Arbeitslosigkeit eine der wesentlichen Ursachen, die sich vor allem dann armutsgefährdend bzw. –verursachend auswirkt, wenn sie sich zur Langzeitarbeitslosigkeit entwickelt – ab diesem Zeitpunkt, in der Regel 12 Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit, leben die Betroffenen auf dem Niveau von ALG II, das sich im Umfang der damit verbundenen Regelleistungen an der Armutsgrenze bewegt. Diese Langzeitarbeitslosigkeit ist in der BRD besonders stark ausgeprägt⁵³. Hinsichtlich der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit liegt Deutschland, derzeit bei ca. 2 Millionen und damit mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen, im OECD-Vergleich sogar auf dem vorletzten Platz.
- In der Frage sozialer Gerechtigkeit liegt Deutschland im Vergleich mit 31 Industrienationen auf dem 15. Platz. Dies geht aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor⁵⁴. Vor allem beim Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie bei der Bekämpfung von Armut zeigt Deutschland Schwächen. Als soziale Gerechtigkeit definiert die Studie die Chance des Einzelnen, an allen gesellschaftlichen Bereichen teilzuhaben. In Deutschland sind die Kinder aus armen Familien im Nachteil. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie durch Bildung zu Wohlstand gelangen, sei hierzulande geringer als in anderen Industriestaaten, heißt es in der Studie. Als vorbildlich in Sachen sozialer Gerechtigkeit gelten die nordeuropäischen Staaten Island, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland. Schlusslicht ist die Türkei.
- Der Zusammenhang von Bildung und Armut ist evident und wird weiter unten noch ausführlicher in seinen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche erörtert. Fehlende oder unzureichende Schul- und Berufsausbildung sind vielfältige Ursache, die sich auf dem Arbeitsmarkt in Langzeitarbeitslosigkeit, diskontinuierlichen Erwerbsverläufen, schlechter Bezahlung auf Niedriglohniveau und Gelegenheits- bzw. Teilzeitjobs zeigen – all diese Faktoren können Armut und Prekarität verursachen.

Zum zweiten lassen sich individuelle und familiäre Faktoren wie Familienstrukturen, Familienkrisen sowie Migrationshintergründe identifizieren:

⁵² WSI Report 04, Oktober 2010

⁵³ <http://nachrichten.rp-online.de/wissen/studie-in-deutschland-hapert-es-bei-sozialer-gerechtigkeit-1.314030>; Zugriff am 4.1.2011

⁵⁴ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_104942.htm; Zugriff am 5.1.11

- Krankheit und Behinderung sowie die damit verbundenen geringeren Chancen ein ausreichendes und dauerhaftes Einkommen zu erzielen können zu Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und schließlich zu Armut führen.
- In Armut sind Alleinerziehende deutlich überrepräsentiert, insbesondere weibliche Alleinerziehende. Trennungen und Scheidungen führen, wenn die Kinder bei der Mutter bleiben, in nicht wenigen Fällen dazu, dass Ein-Eltern-Familien gezwungen sind von Transferleistungen zu leben, da es noch immer nicht ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung gibt um Berufstätigkeit und Elternschaft sinnvoll zu kombinieren. In der Folge tragen diese Familien ein hohes Armutsrisiko.
- Neben den Ein-Eltern-Familien tragen aber auch so genannte kinderreiche Familien, Familien mit drei und mehr Kindern, ein höheres Armutsrisiko. Das ist vor allem ein Resultat eher niedriger Einkommen und einer nicht ausreichenden Familienförderung (zu geringes Kindergeld, zu geringe Transferleistungen). Allerdings ist auch zu erkennen, dass gerade Familien in prekären Lebensverhältnissen in der Regel mehr Kinder haben als Mittelschichtfamilien. Dies gilt auch für Familien mit einem Migrationshintergrund.
- Familien mit einem Migrationshintergrund haben gleichfalls ein hohes Armutsrisiko. Offenkundig sind Zuwanderung, Migration und der damit verbundene ökonomische und soziale Status Gründe für Armut. Dies hängt zum einen mit der unzureichenden Integration aber zum anderen auch mit deutlich schlechteren Bildungschancen für Migrantenkinder sowie mit geringeren Arbeitsmarktchancen (höhere Arbeitslosigkeit) zusammen.

Zum dritten lassen sich weitere Ursachen diagnostizieren, die im System sozialer Sicherung und in sozialräumlichen Verteilungsmustern zu sehen sind:

- Ein zunehmendes Armutsrisiko, das sich immer mehr zeigt, liegt in unzureichende Versicherungs- und Versorgungsleistungen, die eine geringe und nicht armutsfeste Rente nach sich ziehen und Altersarmut hervorrufen werden.
- Sowohl das Kindergeld als auch die Transferleistungen für Kinder (ALG II) sind nicht am Bedarf orientiert und führen dazu, dass Armut sich als Einschränkung der Teilhabe zeigt. Daran werden auch die beabsichtigten Reformen wenig ändern.
- Sozialräumliche Kontexte, die immer mehr sichtbare Konzentration benachteiligter Familien in bestimmten Stadtgebieten mit einer zugleich sich verschlechternden Infrastruktur und engen, unzureichenden Wohnverhältnissen (Segregation), verfestigen nicht nur Armut; sie führen auch zu einer weiteren Zunahme von Armut in diesen Wohngebieten. Armutsrisiken steigen mit Wohnortgröße, es wachsen Armutsinseln in Städten, die Risiken der Menschen häufen sich, ihre Lebenschancen werden erheblich belastet.

Diese kurz und skizzenhaft identifizierten Ursachen von Armut und Benachteiligung geben einen lediglich beschreibenden Überblick. Sie müssen nun zunächst vor dem Hintergrund aktueller und sich ausbreitender gesellschaftlicher Randbedingungen weiter analysiert werden, in denen sich die Armutsbedrohung breiter Bevölkerungskreise verschärft und tendenziell verfestigt: rasante Beschleunigungs- und Individualisierungsprozessen, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse,

Verschärfung Sozialer Ungleichheit, Prekarisierung bis in die Mittelklassen hinein sowie einer Zunahme an Erschöpfung.

Beschleunigung und Individualisierung

Unsere Gegenwart und die nahe Zukunft erleben, wenn wir den Analysen des Soziologen Hartmut Rosa folgen, derzeit eine weitere Beschleunigung des Zeitempfindens; die Zeit vergeht aus der subjektiv gefühlten Wahrnehmung heraus schneller als je zuvor (Rosa 2005). Dies resultiert vor allem aus einer wachsenden Belastung im Arbeitsalltag, die Abläufe verkürzt und rationalisiert; dabei entstehen eine Arbeitszeitverdichtung und ein Zeitstress bisher unbekanntes Ausmaßes. Lebensbedingungen werden dadurch geprägt, psychosoziale Belastungen sind die Folgen.

Zugleich findet eine seit Jahren zunehmende Individualisierung dieser Lebensverhältnisse statt, die zu einer noch stärkeren Herauslösung aus sozialen Bindungen und somit zur Vereinzelung und auch zur Isolation führen. Den darin angelegten größeren Optionen individueller Freiheit stehen zugleich auch größere Möglichkeiten des Scheiterns gegenüber (Beck 1986; Beck 2008). Damit einher geht eine wachsende Auflösung der Normalbiographien, wie sie sich im fordistischen Zeitalter herausgebildet hatten, und macht einer steigenden Diskontinuität sowie einer zunehmenden Verflüssigung von Lebenswegen Platz (Sennet 1998; Bauman 2003). Dies führt in seiner Konsequenz dazu, dass biographische Erwartbarkeit schwindet.

In diesen Entwicklungen, die mit sich verändernden sozialstaatlichen Arrangements korrespondieren und stärker als bisher die individuelle Verantwortung des Menschen betonen, wird die These des Arbeitskraftunternehmers leitend, die das einzelne Subjekt in seiner „Pflicht“ zur Eigenverantwortung zeichnet (Bröckling 2007). Dabei wird allerdings vielfach übersehen, dass diese Pflicht nichts sein kann, was sich zwangsläufig einstellt, sie ist als Wert und Handlung immer abhängig von sozialen Bedingungen, die sie ermöglichen oder auch behindern. Fakt ist deshalb, dass immer mehr Menschen durch das mit dem Begriff und seiner fordernden Praxis verbundene Raster fallen und sich am Rande oder in einem imaginären „Draußen“ der Gesellschaft bewegen, in Parallelwelten der Ausgrenzung und Benachteiligung, in denen sie weniger Teilhabechancen haben als andere. Dies aber verursacht und verfestigt Armut zugleich.

Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse

Die vielfach diagnostizierte und beschriebene Zunahme an flexibilisierten Arbeitsverhältnissen zeigt sich vor allem in zwei Entwicklungen, die Menschen immer stärker in ihren ökonomischen und sozialen Lebenslagen verunsichern (Dörre 2008): Es ist zum einen das Wachsen unsicherer Arbeitsverhältnisse und es ist zum anderen die Differenzierung der Arbeitsverhältnisse in Zonen unterschiedlicher Stabilität, wie sie Castells herausgearbeitet hat und die weiter unten noch ausführlicher erörtert werden.

Es ist eine lange Liste an „neuen“ und sich intensivierenden Arbeitsverhältnissen, die sich aus dieser Flexibilisierung ergibt: Lohnkürzungen und Arbeitsplatzverluste drohen ständig; der Einfluss auf die eigene Arbeitsplatzsituation schwindet; die Arbeitsschutzbestimmungen werden allmählich löchriger; Niedriglöhne nehmen

ständig zu und prägen ein wachsendes Segment; Kurzarbeitergeld ist als Kriseninstrument zwar erfolgreich, doch es bringt Menschen über einen längeren Zeitraum in eine gefährliche Armutsnähe; Leiharbeit und Zeitverträge haben den Status von Normalität; manche Menschen hangeln sich von Vertrag zu Vertrag – und immer mit der Angst verbunden, dass diese endgültig nicht mehr verlängert werden. In diesen Kontexten werden die Chancen zur Existenzsicherung durch Arbeit flüchtiger. Neben regulären Beschäftigungen haben Arbeitnehmer immer häufiger Minijobs oder weitere Jobs.

Verschärfung Sozialer Ungleichheit und Prekarisierung bis in die Mittelklassen hinein

In den vielfach analysierten Prekarisierungen der Gegenwart ist nicht allein Armut das Problem sondern eine wachsende Ungleichverteilung von Gütern, die von Einkommen bis hin zu Bildung reichen. Dies wird sich in den nächsten Jahren, auch als eine langfristige Folge der Finanzkrise in 2008 und 2009 noch verschärfen.

Diese eskalierende Prekarisierung der Gesellschaft ist Gegenstand intensiver Diskurse in den Wissenschaften und der Politik (Castel/Dörre 2008; Dörre et al 2009). Dabei hat sich der neue Begriff der „Wohlstandskonflikte“ (s. u.) entfaltet, der in aller Klarheit darauf hinweist, dass neben einer Zunahme von Armut, insbesondere der Armut von Kindern, und einer erkennbar dauerhaften Ausgrenzung eines stetig wachsenden Segmentes der Bevölkerung, auch eine Spaltung und Erosion der Mittelschichten zu erkennen ist (Vogel 2009). Diese geraten unter Druck, grenzen sich nach unten ab und reagieren mit Verunsicherung. Insgesamt verkleinert sich die Mittelschicht dabei.

Teilhabechancen schwinden tendenziell, vor allem auch für Kinder, es zeigt sich eine soziale Erschöpfung unter Armen und Marginalisierten, die auch dazu führen kann, sich in der eigenen Lage einzurichten und die Kraft zur Selbstgestaltung, die ja mit der Aufforderung Arbeitskraftunternehmer zu sein verbunden ist, zu verlieren.

Soziale Erschöpfung: erschöpfte Familien

Armut ist ein Ergebnis sozialer Ungleichheit, die sich in der BRD seit Jahren verfestigt. So ist sie zunächst ein Ausfluss familiärer Armut, die sich in vielfältigen Benachteiligungsstrukturen niederschlagen kann. Zugänge zu Bildung sind für Kinder aus armen Familien insgesamt schwieriger, das hat Auswirkungen auf deren Ausbildungs- und Erwerbschancen. In armen Familien, und insbesondere in erschöpften Familien, werden zudem Muster des Verhaltens tradiert, die sich in einem Sich-Einrichten in Armut fokussieren (Lutz 2010)

Inzwischen lassen sich nicht nur Segregationsprozesse beobachten, die auch massive Auswirkungen auf die sozialen und kulturellen Chancen von Jugendlichen haben, sondern auch Kulturen der Armut, die auch Jugendlichen vermitteln, dass sie ohne Chancen sind und sich in Armut einrichten müssen. Die aktuelle Shell-Studie zeigt ja, dass bei Jugendlichen aus sozial benachteiligenden Kontexten genau dies auch ankommt; sie sehen im deutliche Kontrast zu anderen ihre Zukunft deutlich

weniger optimistisch und sind eher pessimistisch, sie äußern zudem zu resignieren und fühlen sich isoliert, abgehängt⁵⁵.

Auch arme Jugendliche wachsen vielmals in erschöpften Familien auf und werden dadurch in ihren Biographien beeinflusst, ihre Teilhabechancen sind schlechter als jene von Jugendlichen aus mittleren Lagen. Jugendarmut kann zudem der Beginn von Erschöpfung in neu gegründeten Familien armer Jugendlicher sein.

Mit dem Begriff der erschöpften Familien kann die Situation von prekären und armen Familien analysiert und nicht nur beschrieben werden. Ganz allgemein geht es darin um Menschen, die dem Tempo der Moderne zunächst nicht folgen können – aus guten und nachvollziehbaren Gründen. Es handelt sich im Speziellen um Menschen, die durch vielfältige Formen der Entmutigung, hervorgerufen durch Armut und dauerhafte Belastungen, nicht mehr in der Lage sind ihre alltäglichen Verrichtungen eigenständig, sinnvoll und nachhaltig zu organisieren.

Es sind Menschen, deren Situation von sozialen und ökonomischen Bedingungen geprägt ist, die sie nicht selbst zu verantworten haben, an denen sie aber immer mehr scheitern. Ihr Alltag wird von vielfältigen Überforderungen überfrachtet, was letztlich zu einer wachsenden Unfähigkeit führen kann einen Haushalt zu gestalten und allmählich auch eine Abschwächung der Erziehungsfähigkeit bedingt. Diese Familien sind vor allem mit sich selbst beschäftigt; sie können kaum noch für andere sorgen, insbesondere auch nicht für Kinder, die in den Familien leben. Ihre persönlichen, sozialen und kulturellen Kräfte sind erschöpft.

Fazit

Relative Armut in der hier angewandten Definition lässt sich vor allem mit ökonomischen Faktoren erklären, zu denen wesentlich Krisen und Entwicklungen am Arbeitsmarkt zählen, die zu Arbeitsplatzverlusten, zur Arbeitslosigkeit, zu Langzeitarbeitslosigkeit, zur Abhängigkeit von Transferleistungen aber auch vermehrt zu Niedriglöhnen und zu nicht ausreichendem Einkommen führen. Neben diesen Faktoren sind es aber auch immer wieder familiäre Faktoren wie Familienstrukturen und Familienkrisen, die ökonomische Krisen verstärken bzw. daraus resultieren und die Situation noch prekärer werden lassen.

Stabile und dauerhafte Beschäftigung sowie planbare Berufslaufbahnen (Normalbiographien) stehen schon seit Jahren unter erheblichem Druck, die Folgen sind eine Zunahme prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die zu einer Beschleunigung von Ausgrenzungsprozessen führen; auch spielen Migrationshintergründe eine große Rolle. Hervorzuheben sind außerdem Sozialräumliche Kontexte, immerhin steigen Armutsrisiken mit der Wohnortgröße, sie kumulieren in benachteiligten Stadtgebieten (Segregationsprozesse); es entstehen regelrecht Armutsinseln in Städten.

⁵⁵ Klaus Hurrelmann, einer der Autoren der aktuellen Shell-Studie, stellt fest, dass die soziale Herkunft maßgeblich für die Lebenszufriedenheit ist, im Interview zieht er ein klares Resümee: „Die Kluft zwischen sozial schwachen Jugendliche und wohlhabenderen ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Die Kinder und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien mit geringerer Bildung haben immer schlechtere Chancen. Die Jugendlichen werden isoliert und der Pessimismus verfestigt sich. Viele resignieren und nutzen nicht mehr alle ihre Möglichkeiten.“ (Interview mit Klaus Hurrelmann, Butzbacher Zeitung vom 15. 9. 2010). Siehe auch: http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/media_centre/news_and_media_releases/2010/youth_study_2010.html

3. Kapitel Soziale Spaltung

Vor dem Hintergrund der aufgeworfenen Hintergründe soll in einem weiteren analytischen Schritt Armut als das erkennbare Resultat einer vertieften und sich normalisierenden sozialen Spaltung diskutiert und darin als ein Prozess der Ausgrenzung dargestellt werden, der sich in absehbarer Zeit noch verschärfen wird.

Erst daraus wird es möglich Auswirkungen materieller Lebensbedingungen auf die Menschen, insbesondere auf Kinder, zu interpretieren. Hierfür wird es essentiell den Blick auszuweiten: es geht nicht nur um Armut, es geht um eine wachsende Benachteiligung und eine sich verschärfende soziale Ungleichheit, die zur Verstetigung prekärer Lagen führt, an deren unterem Ende sich Armut in der hier definierten Form zeigt und verfestigt. Dieses Prekariat ist immer mehr ein Ort sozialer Aussichtslosigkeit und Sozialer Abstiegsängste, das sich in einem Auseinanderfallen von Milieus zeigt, in einem imaginären Drinnen und Draußen (Bude 2008).

Von einer Krise des Sozialen spricht die Sozialwissenschaft schon länger, insbesondere wird dies schon seit einiger Zeit mit einer Krise des Sozialstaates diagnostiziert, die sich in einem Abbau sozialer Leistungen und einem Paradigmenwechsel vom „vorsorgenden zum gewährleistenden Wohlfahrtsstaat“ manifestiere und von neoliberalen Trends in Staat und Wirtschaft, beeinflusst von der Globalisierung, intendiert sei (Butterwegge 2005). Darin zeige und verfestige sich, so viele Autoren, eine zunehmende Soziale Spaltung der Gesellschaft und eine Verfestigung von Armut und Marginalität.

Am unteren Ende der sozialen Lagerung lassen sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der Gegenwart eine Zunahme von Marginalisierung, räumlicher Segregation und dauerhafter Ausgrenzung eines stetig wachsenden Segmentes der Bevölkerung erkennen. Es formieren sich schon länger geschlossene Bildungskreisläufe, die zu einer Ungleichverteilung von Bildungschancen analog zur sozialen Schichtung führen. Insofern ist tatsächlich von der Existenz einer breiten sozialen Unterschicht (einer Unterklasse) auszugehen, die sich aus mehreren Gruppen Armer und Benachteiligter zusammensetzt.

Offenkundig erfährt die Gesellschaft eine tief gehende Soziale Spaltung, die Heinz Bude mit dem Wortpaar „Drinnen und Draußen“ beschrieben hat⁵⁶. Drinnen meint dabei, wer eben trotz Prekarität und Statusängsten noch Chancen hat und sich dazugehörig fühlt; Draußen beschreibt dann jene, die sich bereits als chancenlos in einem imaginären „Aus“ der Gesellschaft verorten und sich selbst so wahrnehmen. Diese Spaltung lässt sich dann aber nicht mehr mit einer Armutsgrenze teilen bzw. diagnostizieren, diese Spaltung ist grundlegender, flüssiger und beginnt weit oberhalb dieser Grenze.

Vorliegende Analysen zeigen tatsächlich, dass der enge Blick auf Armut zu kurz greift⁵⁷. Es ist evident, dass die Soziale Spaltung in der Gesellschaft wächst und dies weit über imaginäre Armutsgrenzen hinaus reicht. Nicht erst beim Vorliegen statistischer (monetärer) Armut beginnen die Probleme virulent zu werden. Ein Blick auf die empirische Realität zeigt, dass auch Familien, die sich oberhalb dieser

⁵⁶ „Die Frage ist nicht, wer oben und wer unten, sondern wer drinnen und wer draußen ist!“ (Bude 2008, 13)

⁵⁷ Diese Fokussierung wird allerdings durch eine mitunter politisch agierende und auch skandalisierende Wissenschaft sowie durch eine aufgeregte öffentliche Debatte über Armutsgrenzen und neue Armutszahlen gefördert.

Grenzen befinden, ähnlich gelagerte Probleme haben wie Familien, die darunter liegen.

Das aber bedeutet, dass die Analyse den Blick nicht einzig auf das Armutssegment richten darf. Es geht, wenn man Tendenzen diskutieren will, eben nicht mehr nur um Armut; es geht vielmehr um eine wachsende Ungleichheit und um eine Zunahme sozialer Verunsicherung bis weit in die Mittelschichten hinein, die sich als eine Verstetigung prekärer Lagen zeigt, die sich oberhalb und unterhalb der statistisch definierten Armut befinden.

Insgesamt zeigt sich also eine Verschärfung sozialer Unsicherheit (Dörre 2008); so sind auch, und das ist neu und wird sich weiter verschärfen, mittlerweile in den ehemaligen Aufstiegsmilieus der Mittelschichten Erosionen erkennbar - Ängste vor Statusverlust und Absturz wachsen (Vogel 2009). Diese Lagen werden immer mehr ein Ort sozialer Fragilität und Sozialer Abstiegsängste. Das kann an Zahlen und Fakten erläutert werden.

Ungleichheit in Deutschland und Wohlstandskonflikte

Eine 2009 vorgelegte IMK – Analyse zeigt⁵⁸, dass Deutschland zwar traditionell egalitärer war als viele andere Industrieländer, sich aber aktuell etwas über dem OECD-Durchschnitt bewegt. Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Armut und Einkommensungleichheit stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land. Gemessen an Indikatoren wie der Lohnspreizung nahm die Ungleichheit in Deutschland sogar sehr stark zu.

Das ist ein Indiz für die Verflüssigung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, die insbesondere auf die Mittelschichten durchschlagen und der Lagen bedrohen. Das IMK nennt atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit oder Minijobs als wichtigen Grund für die gewachsene Lohnungleichheit. Hinzu kommen geringe gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen, Leistungseinschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung und der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, die steuerliche Entlastung insbesondere hoher Einkommen und Vermögen sowie die Belastung des privaten Verbrauchs über die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Vor diesem Hintergrund wird die These von Berthold Vogel nachvollziehbar: „Die Gesellschaft beginnt sich ohne Zweifel nicht nur von ihren Randlagen der Armut und Dauerarbeitslosigkeit, sondern immer stärker auch aus ihrer Mitte heraus zu verändern“ (Vogel 2009, 312). Vogel und andere beschreiben dies als eine Verschärfung von „Wohlstandskonflikten“, die zum Anwachsen prekärer Lebensverhältnisse in der Mitte und zu einem Schrumpfen der Mittelklasse führen (Dörre 2008; Castel/Dörre 2008; Vogel 2009). Die soziale Frage ist damit weniger denn je ein exklusives Problem sozialer Randlagen. – und das wird sich auch in den nächsten Jahren kaum ändern.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung wies 2008 darauf hin, dass die Einkommen der Mittelschichten tendenziell sinken; laut einer Studie sei die Mittelschicht in den vergangenen Jahren dramatisch geschrumpft, der Anteil der Bevölkerung, die über ein Einkommen in der Nähe des statistischen Mittels verfüge, wäre demnach in den vergangenen sieben Jahren von 62,3 auf 54,1 Prozent zurückgegangen, insgesamt seien in den vergangenen sieben Jahren fast fünf

⁵⁸ Pressemitteilung Hans-Böckler-Stiftung: Neue Analyse des IMK - Steigende Einkommensungleichheit destabilisiert Weltwirtschaft, Mail 3.9.09

Millionen Deutsche aus der Mittelschicht in die Randzonen der Gesellschaft abgewandert⁵⁹.

Eine GfK-Umfrage wies auf die „Folgen“ und „Wirkungen“ hin⁶⁰. Die Kurzarbeit konnte Massenentlassungen in den Zeiten der Krise verhindern, doch die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und sozial abzurutschen, schlich sich stärker in die Köpfe der Deutschen ein - erstmals war eben auch die Mittelschicht stark betroffen. Derzeit fürchten 28 Prozent der Deutschen, durch die Wirtschaftskrise und deren Folgen abzurutschen und ihren sozialen Status zu verlieren. Den GfK Experten zufolge seien das erstaunlich viele, zumal sich das deutsche Schichtengefüge seit Jahrzehnten ziemlich starr und wenig durchlässig zeige. Die Angst vor Job- und Statusverlust sei in Deutschland allgegenwärtig – quer durch alle Bildungs- und Einkommensklassen: Während bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1500 und 1999 Euro fast jeder Zweite Abstiegsängste hegt, sind auch die Besserverdiener (3500 Euro netto pro Monat und mehr) von derlei Sorgen nicht frei – hier fürchtet fast jeder fünfte Haushalt um seinen sozialen Status.

Die inzwischen eingeführten Begriffe „Verwundbarkeit“ (Vogel 2009) und „prekärer Wohlstand“ (Hübinger 1999) geben vor diesem Hintergrund den Blick auf eine verunsicherte und statusbesorgte Mitte frei, in der sich Abstiegsängste und Deklassierungsfurcht auszubreiten beginnen. Laut Vogel sind dabei gerade die besonders betroffen, die über Jahrzehnte hinweg in einem Gefühl relativer Sicherheit leben durften: die deutsche Mittelschicht. Ein Trend, der dem Soziologen zufolge auch gesamtgesellschaftlich betrachtet Anlass zur Sorge gibt: Wenn nämlich viele Menschen ihren Abstieg fürchten, kann das eine Menge Konflikte hervorrufen; größere zwischenmenschliche Ressentiments machten sich breit, Menschen tendierten dazu, sich stärker von der Gesellschaft abzugrenzen – und ihre Ellenbogen auszufahren. Sarrazins Bucherfolg könnte ja durchaus in diese Richtung interpretiert werden.

Abgrenzungstendenzen zu den Benachteiligten, den Armen der Unterschicht, verschärfen sich, die Gesellschaft schließt sich stärker, Armut wird als Bedrohung empfunden, vor der man sich schützen will und muss. Darin aber wird Armut auf eine fatale Weise als normal angesehen. Es formt sich eine „neue Ständegesellschaft“, deren Durchlässigkeit geringer wird, und die beginnt soziale Lagen, vor allem am unteren Rand, festzuschreiben, indem man sich von ihnen abgrenzt und sie somit ausgrenzt.

Das hat vor allem seine Ursachen in einer Arbeitswelt, die immer haltloser wird: die Erwartbarkeit von Normalbiographien bricht weg, diese sind immer seltener anzutreffen. Staats- und Wohlstandspositionen sind fragil geworden. da der wirtschaftliche Strukturwandel in den Kernbereichen der Arbeitswelt angekommen ist. Zygmunt Bauman hat das auf den Punkt gebracht: „Alles, was es in der real existierenden Welt gibt, scheint tatsächlich nur bis auf weiteres zu bestehen“ (Bauman 2005, 164)

Differenzierung der Arbeitswelt: Zeitarbeit, Kurzarbeit, Niedriglohn

Die Gesellschaft und somit vor allem die Mittelklassen erleben in der Arbeitswelt zudem eine Dezentralisierung der betrieblichen Organisation, eine Flexibilisierung

⁵⁹ DIW Berlin: Wochenbericht, 10/2008

⁶⁰ <http://www.welt.de/wirtschaft/article3706355/Deutsche-Mittelschicht-fuerchtet-sozialen-Abstieg.html>, Zugriff am 21.7.2010

der Beschäftigung und eine Neudefinition des Arbeitnehmerschutzes und der Sozialstandards. Prekäre Beschäftigungsformen ersetzen und verändern die bestehenden, sie wandern in stabile Zonen hinein und verlassen somit ihre Rand- und Pufferzone - sie sind im Kern der Betriebe angekommen. Die Grammatik sozialer Ungleichheit ändert sich, die Arbeitnehmerschaft wird aufgespalten. Castel hat zur Analyse dieser Entwicklungen ein Modell vorgelegt, das drei variable Zonen benennt (Dörre 2008; Castel/Dörre 2008; Vogel 2009, 184):

- Die *Zone der Integration*, in der stabile Arbeitsverhältnisse eine soziale Eingliederung in soziale Beziehungen bedingen.
- Die *Zone der Verwundbarkeit*, die eine instabile Zwischenzone bildet, in der sich prekäre Beschäftigungsbedingungen und fragile soziale Beziehungen kombinieren.
- Die *Zone der Entkoppelung*, in der negative Folgen der Arbeitsverhältnisse kumulieren, da der fehlende Zugang zu produktiver Erwerbstätigkeit einen Mangel an stabilen sozialen Beziehungen hervorruft.

Dabei ist die Zone der Verwundbarkeit der Ort jenes Segmentes der Mittelklassen, das um seinen Status fürchtet und Ängste entwickelt. Diese Gruppe wächst und erfasst immer mehr Menschen. In dieser Aufspaltung schwindet Solidarität, es wächst Individualisierung und Flexibilisierung der Lebensverhältnisse. Es formt sich das Bild jener bereits beschriebenen Mittelschicht, die immer mehr die Sorge hat nichts mehr zu gewinnen sondern nur noch zu verlieren: „Die empirischen Befunde umreißen ein Szenario drohender sozialer Abstiegsprozesse, in dessen Mittelpunkt gerade diejenigen Arbeitnehmergruppen stehen, die vor Jahren noch zu den Aufsteigermilieus zählten und sich auf der sicheren Seite des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs wähnen konnten“ (Vogel 2009, 215).

Diese Tendenzen und Thesen lassen sich, bezogen auf die Entwicklungen seit 2008, belegen und analysieren. Deutlich werden Muster, die Prekarität und Ausgrenzung verstetigen und verschärfen.

Berthold Vogel stellte im März 2009 in einem ZEIT-Interview fest, dass in der Krise zuerst die Randbelegschaften betroffen waren, eben Leiharbeitskräfte, befristete Beschäftigte und Teilzeitkräfte – diese waren der erste „Krisenpuffer“ gewesen⁶¹. Zeitarbeit ist an den Konjunkturzyklus gebunden und offenkundig ein zunehmend wichtiges Instrument der Unternehmen, das sich in Krisenzeiten als besonders tauglich zeigt. Die damit verbundene Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit stieg seit 1980 von ca. 47.000 Beschäftigten auf ca. 794.000 in 2008⁶², für 2010 werde derzeit sogar 1 Million Leiharbeiter vermutet, bei weiter steigenden Tendenzen (s. u.), besitzt somit eine klare ökonomische Funktion, die sich in der Krise zeigte und zugleich langfristig von Vorteil ist: sie stellt eine wesentliche Komponente dar um Akkumulationskrisen abzufedern, das beinhaltet aber, dass Leiharbeiter und befristete Beschäftigte hohe Arbeitsmarkt-Risiken tragen: Sie bekommen weniger Geld, werden schneller arbeitslos und sind bei der Weiterbildung benachteiligt⁶³.

Niedriglohnbeschäftigung⁶⁴ als ein weiterer Indikator der Prekarisierung ist seit Jahren kontinuierlich gestiegen, sie lag im Jahr 2008 mit 6,55 Millionen Beschäftigten

⁶¹ B. Vogel, Interview in DIE ZEIT, 12.3.09

⁶² IAQ-Report, 2009-6, S. 5

⁶³ <http://www.boeckler-boxen.de/5007.htm>

⁶⁴ weniger als 9,62 € die Stunde, IAQ-Report 2008-1

um 162.000 Beschäftigte höher als im Jahr 2007⁶⁵. Unter allen Beschäftigten ist ihr Anteil inzwischen bei gut 21%, dabei sind es vor allem Frauen. Löhne unter 6.- € brutto sind keine Seltenheit mehr. Die Niedriglöhne sind seit 2000 sogar gesunken, 2006 hatten Niedriglohnbezieher 4,8% weniger als sechs Jahre zuvor⁶⁶.

Niedriglöhne sind längst keine atypischen Beschäftigungsformen mehr, so finden sich hoch qualifizierte Beschäftigte, sowie Vollzeit- und auch unbefristet Beschäftigte und sie sind immer stärker im Kern des Beschäftigungssystems anzutreffen; Qualifizierte verdrängen dabei verstärkt Unqualifizierte, die in die Arbeitslosigkeit abwandern. Ein Anstieg ist vor allem im Bereich der Minijobs zu beobachten, die in 2008 29,7 % aller Niedriglöhne ausmachten – es befinden sich ca. 50% im „Armutslohnbereich“⁶⁷. Mit der Expansion des Niedriglohnsektors wächst die Gefahr trotz Arbeit arm zu sein. Wesentlich ist zudem, dass Niedriglöhne nicht für die private Alterssicherung ausreichen. Es ist zu vermuten, denn alle Anzeichen deuten darauf hin, dass dieses Segment sich noch ausweiten wird⁶⁸. Das aber heißt die Zone der Verwundbarkeit (Prekarität) wächst.

Ein weiterer Indikator hierfür ist die Zahl der „Aufstocker“, die eben als „working poor“ zu verstehen sind – ein Segment der arbeitenden Bevölkerung, dessen eigenes Einkommen nicht ausreichend ist und das zusätzlich Transferleistungen benötigt und auch erhält. Zeitarbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung und vor allem auch Niedriglöhne begünstigen dies. Die Anzahl der Beschäftigten, die zusätzlich zu einem Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II beziehen, stieg in den ersten sieben Monaten von 2009 um 65.000 auf 1,35 Millionen⁶⁹. So erhielten im Frühjahr 2009 laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit bereits ein Fünftel (21%) der Bedarfsgemeinschaften nach ALG II ihre Grundsicherung zu einer Erwerbstätigkeit (Vollzeit- oder Teilzeit)⁷⁰. Viele sind geringfügig beschäftigt und verbleiben besonders häufig im Leistungsbezug, das führt zu einer Verfestigung von Armut. Besonders betroffen sind die Leiharbeitsbranche, sowie die klassischen Niedriglohnsektoren des Gast- und Verkehrsgewerbes sowie der Reinigungsdienste. Viele erreichen trotz eines 10-Studentages und mehreren Jobs nicht das gesellschaftliche Existenzminimum.

Das schon erwähnte Kriseninstrument Kurzarbeitergeld soll in seinen Auswirkungen auf die Beschäftigten reflektiert werden, es bedeutet nämlich immer auch eine Einkommenseinbuße für Arbeitnehmer. Die Leistungen befinden sich bei 67 Prozent (erhöhter Leistungssatz mit Kind) bzw. 60 Prozent (allgemeiner Leistungssatz ohne Kind) der Nettoentgeltdifferenz und werden von der Bundesagentur für Arbeit gezahlt. Die Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherungsbeiträge werden weitergezahlt. Dies bedeutet aber eine Minderung des Einkommens über einen mitunter längeren Zeitraum, abhängig von der tatsächlichen Reduktion der Wochenstundenzeit und der tatsächlichen Dauer der Zahlungen.

⁶⁵ IAQ-Report 2010-06

⁶⁶ (www.innovations-report.de; 27.8.08)

⁶⁷ IAQ-Report 2008-1

⁶⁸ U.a.: <http://www.sueddeutsche.de/thema/Niedrigloehne>

⁶⁹ <http://www.fazfinance.net/Aktuell/Wirtschaft-und-Konjunktur/Zahl-der-Hartz-IV-Aufstocker-gestiegen-4147.faz>

⁷⁰ Siehe:

http://www.arbeitsagentur.de/nn_216654/Navigation/zentral/Veroeffentlichungen/Statistik/Statistik-Nav.html

Dies kann bei hohen Kreditverpflichtungen und Ratenzahlungen in eine Schuldenfalle zwingen. Lohneinbußen sind somit der Preis für die Vermeidung der Entlassung. Dabei bleibt unsicher, ob die betriebliche Zukunft diesen Preis wert ist. Kurzarbeit kann lediglich „Schonzeit“ oder auch eine Galgenfrist sein, die zunächst vor Entlassung schützt. Jedenfalls signalisiert sie, dass der Arbeitsplatz in Gefahr ist und trägt damit zur weiteren Verunsicherung und auch zur Prekarisierung bei⁷¹. Sie hilft vor allem den Unternehmen die Krise besser zu bewältigen, doch sie ist keine nachhaltige Sicherung der Arbeitsplätze und ist nicht als dauerhafte Beschäftigungsperspektive zu werten; Entlassungen können folgen.

Insgesamt hat sich in den letzten Jahre ein beobachtbarer Trend verstärkt: Laut IAB und DGB stieg der Anstieg der Armutgefährdung von Vollzeit-Erwerbstätigen von 1999 bis 2005 von 5 auf 9 Prozent, das sind etwa 1,3 Millionen⁷². In der BRD wächst laut vorliegenden Studien die Armutgefährdung stärker als in anderen OECD-Ländern; die Folgen der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 können diese Situation langfristig noch wesentlich verschärfen⁷³.

Soziale Lagen und Soziale Spaltung

Der Durchgang durch Tendenzen und Ausblicke auf die Soziale Spaltung führt dazu die eingangs formulierten Thesen noch einmal und abschließend schärfer zu fassen:

In den aktuellen ökonomischen und sozialen Bedingungen wird die Flüchtigkeit des modernen Daseins erkennbarer, die Zygmunt Bauman so eindringlich beschrieben hat (Bauman 2003). Sie erfährt eine weitere Beschleunigung, Auflösung und Neuordnung sind das dialektisch verknüpfte Gegensatzpaar unserer nicht mehr feststellbaren Gegenwart. Krise ist darin eigentlich Normalität, da sie genau dieses Charakteristikum der Moderne betont und zum Ausdruck bringt, sie ist ihr integraler Bestandteil. Auch wenn die Krise sich in 2011 beruhigen wird ist sie nie auszuschließen. Die „*Kultur der Unverbindlichkeit*“ (Bauman 2005, 166) wird somit aber intensiviert und in die Menschen einprogrammiert; die Lebens- und Arbeitsverhältnisse werden kontingenter. Der flexible Mensch, den Sennet schon beschrieben hat, wird immer mehr Leitfigur (Sennet 1998).

Vor diesem Hintergrund lassen sich klare Folgen und Tendenzen diagnostizieren.

- Ein essentieller und langfristiger Umbau des Arbeitsmarktes zeigt zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (Niedriglohn, Zeitarbeit etc.). Dies beschleunigt insbesondere die diagnostizierte Prekarisierung und wird die Erosion der (Unteren) Mittelschichten vorantreiben, die Zone ökonomischer Verwundungen wird wachsen.
- Aktuelle und sich verstetigende Drohungen des Jobverlustes und die weitere Auflösung von Normalbiographien fördern Ängste und Unsicherheiten; Wohlstandskonflikte beschleunigen und verfestigen sich.
- Zusammen mit Niedriglöhnen, realer Arbeitslosigkeit und Armut wirkt dies desintegrierend und disziplinierend zugleich, da es die Menschen noch stärker ent-solidarisiert und zugleich in einem neuen Schub individualisiert, flexibilisiert und entwurzelt: ein jeder sieht zu, dass es ihm nicht so geht, wie den anderen. Abgrenzungen nach unten werden sich verschärfen.

⁷¹ <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb1409.pdf>

⁷² www.focus.de/finanzen..., 24.3.09

⁷³ Thorsten Stegemann; www.heise.de von 22.1.09

- Darin wird ein Mehr an sozialer Ungleichheit die Folge sein, dies bedeutet auch, dass Armut und Extreme Armut sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen und als normal begriffen werden.
- Die Armut von Kindern und die vielfach beschriebene Bildungsbenachteiligung werden somit noch klarer zu einer „Klassenscheide“ in einer sich formierenden Ständegesellschaft.
- Dies wird zudem durch eine Zunahme an destabilisierten und erschöpften Familien, die langfristig in Armut leben und Kulturen der Armut bilden, intensiviert. Die bisher nur am Rande betrachtete Armut der Alten wird zur „Neuen Armut“.
- Eine erkennbare Gruppe der „Ausgeschlossenen“, der „Überflüssigen“, einer Gruppe im dauerhaften Draußen, wächst weiter. Es formiert sich eine Neue Unterklasse: Mit dem Schritt in die extreme Armut wird eine Grenze überschritten, mit deren Überschreiten der oder die Betroffene nun keine begründeten Hoffnungen mehr haben darf, jemals wieder in die Gemeinschaft der nicht extrem Armen zurückzufinden. Sehr wahrscheinlich wird die Mehrzahl der extrem Armen nie dazu kommen, ein umfassend sozial integriertes und umfassend materiell versorgtes Leben zu führen.

Zwischenfazit: Normalisierung von Armut

So aber zeigt sich die Normalisierung von Armut als radikale Konsequenz: die Gesellschaft arrangiert sich mit Benachteiligung und deren Folgen. Das Erschrecken angesichts sichtbarer Armut wird geringer. Zugleich wächst eine neue Extreme Armut - arme und vernachlässigte Kinder, erschöpfte Familien, Obdachlose, Bettler, chronisch Kranke und Drogenabhängige. Damit einher geht eine neue Verwaltung des Elends und eine Kriminalisierung und Bestrafung der Armut. Die „Überflüssigen“ (Bude 2008)“ oder auch das „verworfenene Leben“ (Bauman 2005) werden zur neuen Herausforderung eines sortierenden und ordnenden Staates.

Letztlich sind sowohl eine neue Ständegesellschaft, da soziale Durchlässigkeit zunehmend eingefroren wird, und eine Verfestigung von Parallelgesellschaften zu erwarten, eben nicht nur im Sinne eines Nebeneinanderlebens von deutschen und nichtdeutschen, sondern auch im Bilde einer reichen und armen BRD - Moderne und Rückständigkeit befinden sich, analog zu Entwicklungsgesellschaften, in unmittelbarer Nachbarschaft. Die BRD ist auf dem Weg in eine „moderne“ Gesellschaft mit unterentwickelten Arealen; der Slogan der „Einen Welt“ wird auf skurrile Art real.

Spaltung der Elternwelt und Kulturen der Armut

Wenn der Blick von den abstrakten Daten und den analysierten Prozessen, die zu einer vertieften sowie verfestigten Spaltung der Gesellschaft und mithin zu Armut und Prekarität führen, auf die Konsequenzen dieser Kontexte gerichtet wird und somit auf die Lebenslagen werden Kontexte erkennbar, die sich nicht nur als eine massive Abgrenzung der Mittelschichten nach unten zeigen sondern auch eine Überforderung der Elternwelt. So finden sich zunehmend Familien, in denen materielle Probleme massive soziale Folgen haben: „In all diesen Familien reicht das Geld gerade mal für das Nötigste. Schon Schulausflüge können viele Eltern nicht bezahlen. Urlaubsreisen, Sportvereine, Musikunterricht – Fehlanzeige. Die Haushaltskasse

reicht nur für ein Schmalspurleben. ...Erfahrung ist, dass Eltern immer erst bei sich sparen, bevor sie bei den Kindern sparen ... Doch Sparen will gelernt sein⁷⁴.

Dieser erforderliche Umgang mit Knappheit spaltet die Eltern in aktive und überforderte. Für die Kinder bedeutet dies eine eingeschränkte Teilhabechancen, so aber entstehen parallele Kinderwelten von

- Kindern aus wohlhabenden Familien,
- Kindern aus benachteiligte Familien, die aber noch in der Lage sind, die sozialen und kulturellen Folgen von ihren Kindern einigermaßen fern zu halten
- Kinder in erschöpften Familien, die durch die Folgen massiv und nachhaltig in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt sind.

Bezogen auf diese Tendenzen stellt sich durchaus die Frage, ob hier nicht die nächste Generation armer Familien entsteht, ob sich so nicht Kreisläufe der Armut formen, die sich in einer Kultur der Armut zeigen, eines notwendigen Sich-Einrichtens und Sich-Arrangierens in Armut und Benachteiligung, das sich über die Generationen hinweg erstreckt? Das „Wissen“ über die eigene Chancenlosigkeit, das sich neben der Angst der Mittelschichten abzurutschen in prekären Lagen immer stärker einnistet befördert die Tradierung von eher passiven Armutsbewältigungsmustern in der eigenen sozialen Lebenslage.

Erkennbar sind jedenfalls geschlossene Bildungskreisläufe, die zu einer Ungleichverteilung von Bildungschancen analog zur sozialen Schichtung führen. Dies geht mir einer fehlenden Armutssensibilität in der Öffentlichkeit aber auch in Einrichtungen der Kinderbetreuung und des Bildungssystems einher.

Erschöpfte Familien

Die geschilderten sozialen und ökonomischen Hintergründe wurden bereits in der These der „erschöpften Familie“ verdichtet (Lutz 2010). Damit wird eine Innensicht der Prekarisierung möglich, die sich nicht spezifisch auf definiert Arme sondern auf Benachteiligte und Prekarisierte in einem erweiterten Blick bezieht. Damit wird die angedeutete Differenzierung der Elternwelt in aktive und überforderte Eltern klarer, vor allem in ihren langfristigen Konsequenzen für Kinder.

Getragen werden diese Überlegungen vom vielfältig belegten Wissen, dass Familien im Kontext Sozialer Benachteiligung über unterschiedliche Ressourcen und Bewältigungsmuster verfügen (Chasse et al 2003; Holz/Skoluda 2003 und 2005). Abhängig von einem in der Literatur so bezeichneten positiven und negativen Familienklima sind Familien in unterschiedlicher Weise fähig ihre Situation zu gestalten und die Kinder trotz Benachteiligung und Prekarisierung im Sinne einer Förderung von Resilienz stark zu machen, damit sie dennoch am Chancenreichtum der Gesellschaft partizipieren können.

Das heißt aber nicht, dass einzig die Familien daran schuld sind, ob Armut, Benachteiligung und Prekarisierung Folgen haben oder nicht. Zum einen kann man ihre Lage nicht als individuelle Schuld diskutieren, diese ist vor allem ökonomisch und gesellschaftlich bedingt; zum anderen ist das Familienklima abhängig von Bedingungen wie Bildung und sozialen Netzwerken, die ebenfalls jenseits der einzelnen Verantwortlichkeit ungleich verteilt sind. Das gilt es zu erläutern.

⁷⁴ Susanne Dohrn: Die Not wird immer größer; vorwärts 2/2010

Die Qualität der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern ist neben der materiellen Armut von zusätzlichen Belastungen abhängig bzw. geprägt: Arbeitslosigkeit, Schulden, Suchtverhalten der Eltern, eskalierende Konflikte zwischen den Eltern, Wohnungsraumengungen, Perspektivlosigkeit, Orientierungslosigkeit, depressiver Rückzug aus Kontakten und Isolation (Holz/Skoluda 2003). In diesen zusätzlichen Belastungen zeigen sich zugleich Folgen und mitunter auch Ursachen elterlicher Armut, die das familiäre Klima und damit die Lebenslagen der Kinder zusätzlich belasten.

Da die Elternfunktionen nun nicht generell sondern individuell unterschiedlich beeinträchtigt sind, machen vorliegende Studien deutlich, dass die Auswirkungen materieller Armut nicht einheitlich verlaufen, wie es vielleicht die Ergebnisse früherer Studien suggerierten, sondern differenziert und heterogen (Chasse et al ; Holz/Skoluda 2003). Chasse, Zander und Rasch stellen bspw. fest, dass diese Elternfunktionen in einigen Fällen vom sozialen Netzwerk übernommen werden können und ihre Schwäche oder gar ihr Fehlen kompensierbar scheint. Ist dies allerdings nicht der Fall, dann schlagen die Folgen mangelhafter Elternfunktionen voll auf die Kinder durch.

Die Stärke und Dauerhaftigkeit der Folgen und Auswirkungen von Armut ist abhängig von Elternfunktionen, damit vom Familienklima, vom Umgang der Eltern mit finanzieller Knappheit, von der Stärke und Schwäche der Beziehungen, und von Kompensationen, die durch andere Einrichtungen vermittelt werden können.

Durch diese Erkenntnisse erreichte die Diskussion über Kinderarmut eine neue Qualität. Waren seitherige Ergebnisse lediglich Situationsbeschreibungen familiärer Armut, in denen das Hier und Jetzt von Folgen finanzieller Knappheit beleuchtet wurde, so versuchte man nun eine weitergehende und differenzierende Fragestellung zu beleuchten, welche Auswirkungen und welche Bedeutungen Knappheit für kindliche Lebenslagen hat, wie diese bewältigbar sind und wie Kinder darauf reagieren und es zugleich in ihre Lebensbewältigung einbauen. Damit wurde der Blick auf die Innenwelt der Armut möglich.

Chasse, Zander und Rasch legten mit ihrer Studie in 2003 den Finger in eine offene Wunde der Sozialisationsforschung, wenn sie feststellten, dass "die Frage nach den Verlaufsprozessen von durch Armutsrisiken geprägten kindlichen Sozialisierungen" noch weitgehend ungeklärt sei (Chasse et al 2003, 26). Was wissen wir wirklich über diese Verlaufsprozesse? Wie gestaltet sich Armut im familiären Alltag? Wie gehen Eltern damit um? Wie kommt Armut bei den Kindern an? Wie reagieren sie darauf? Welche Kompensationsmöglichkeiten für schwache Elternfunktionen gibt es?

Unverkennbar nehmen Kinder finanzielle Notlagen als Einschränkungen ihrer eigenen Autonomie und ihrer Gestaltungsmöglichkeiten wahr. Das wird dann evident, wenn dies nicht nur auf das fehlende Eis sondern auch auf Frühstück, Pausenbrot, Klassenfahrten, Kleidung und auf das Freizeitverhalten generell durchschlägt. Fehlende Selbstgestaltungsmöglichkeiten im Wohnbereich, beengte Wohnverhältnisse oder kein eigenes Zimmer, werden ebenfalls als drastische Beschränkung empfunden. Mitunter werden auch schlechtere oder gar keine Spielplätze oder nicht vorhandene Freunde als schmerzliche Resultate der finanziellen Knappheit der Eltern betrachtet. Letztlich wird deutlich, dass die Kinder die materiell belastete Situation ihrer Eltern häufiger wahrnehmen als dies die Eltern glauben; dies betrifft zudem die elterlichen Sorgen und Belastungen.

Chasse, Zander und Rasch haben unterschiedliche Bewältigungsstrategien der Eltern herausgearbeitet, die zum einen von eher reduktiven Strategien des Verzichts

bis zu konstruktiven Strategien des Knappheitsmanagements durch bspw. Großeinkäufe reichen bzw. die auf das Kind bezogen sich als positive Strategien des Erklärens und emotionaler und alltagspraktischer Unterstützung bis hin zu stark negativen Strategien des Verschweigens, des Bagatellisieren und des Leugnens (so kindlicher Schulprobleme) reichen. (Chasse et al 2003 242f.). Schon in diesen Strategien zeigt sich eine sehr differenzierte, von den jeweiligen Familienstrukturen zudem getragene, Umgangsweise mit finanzieller Knappheit.

Wenn dieses Familienklima zum negativen tendiert, dann häufen sich allerdings die Folgen für Kinder und minimieren deren Chancen zusätzlich. In dieses „Segment“ ordne ich die von mir als *erschöpft* bezeichneten Familien ein, die, nach ersten vorliegenden und nicht repräsentativen Studien, durchaus einen wachsenden Anteil aller Familien ausmachen, die in Armut und Prekarisierung leben. Mit diesem Begriff wird deutlich, dass Armut und Benachteiligung zu einer Überforderung der Elternfunktionen führen kann und damit aber die Chance der Kinder massiv und nachhaltig beschnitten werden. Dieser Begriff ermöglicht es zudem die angedeutete Differenzierung in aktive und überforderte Eltern analytisch zu fassen und die Konsequenzen für die Sozialisationsprozesse der Kinder klarer zu konturieren.

Es sind vor allem Familien, bei denen sich Ausgrenzung verfestigt und diese auf Dauer in prekären Lagen festschreibt. Insbesondere wächst hier auch die Tendenz die eigene Lebenslage an die nächste Generation weiter zu geben⁷⁵.

Den Begriff der Erschöpfung entlehne ich dabei aus psychologischen und psychiatrischen Diskursen; hier werden erschöpfte Seelen, Depressionen, Versagensängste und Erschöpfungssyndrome beschrieben. Dies möchte ich um den Kontext einer sozialen und kulturellen Erschöpfung erweitern. Diese diskutiert, dass Menschen durch vielfältige Formen der Entmutigung nicht mehr in der Lage sind ihre alltäglichen Verrichtungen eigenständig, sinnvoll und nachhaltig zu organisieren. Dies beginnt bei der wachsenden Unfähigkeit einen Haushalt zu führen und geht bis zum Verlust der Erziehungsfähigkeit. Wer vor allem mit sich selbst beschäftigt ist kann kaum noch für andere sorgen.

Wenn Belastungen steigen, dann reagieren Eltern mit Erschöpfung, Apathie und Resignation; sie können kaum noch fürsorgliche Beziehungen entwickeln und sind nur bedingt in der Lage Verantwortung zu übernehmen. Distanz und Teilnahmslosigkeit gegenüber Kindern sind die Folgen, aber häufig auch aggressive Auseinandersetzungen in der Familie. Unberechenbare Erziehungsstile und häufiger Kontrollverlust sind Alltag.

Folgen dieser elterlichen Überforderung sind, bezogen auf Kinder, vielfältig:

- Vernachlässigungen und Beeinträchtigungen der körperlichen, gesundheitlichen, psychischen, kognitiven, schulischen, sozialen und emotionalen Entwicklung der Kinder;
- Auffälligkeiten im Verhalten wie Ängste, Depression, Rückzug, Selbstwertprobleme, Aggressivität, Unruhe, Konzentrationsstörungen, Dauerinfektionen, chronische Erkrankungen, Mangelkrankungen, frühe Suchterkrankungen.

⁷⁵ Gerade erschöpfte Familien benötigen neben materiellen Hilfen eine intensive Unterstützung in ihrem Alltag, da gerade hier die Chancen der Kinder erheblich eingeschränkt sind. Hier ist neben einer direkten familiären Unterstützung, neben direkten Hilfen an Kinder, insbesondere die öffentliche Erziehung und die kommunale Sozialpolitik gefordert.

Ein empirischer Blick zeigte⁷⁶, dass es Familien sind, die schon lange allein gelassen wurden, obwohl sie einen hohen Unterstützungsbedarf hatten. Es sind Eltern, die selber Leid erfahren und die zudem schon lange in Armut und Prekarisierung leben. Diesen Entmutigten fehlen Netzwerke, sie hatten kaum Unterstützung bei der Bewältigung von Krisen, sie verfügen über kein Brückenskapital, das Beziehungen über ihre eigene soziale Lage hinaus organisiert, Beziehungen, die wichtig sind um Unterstützung und Förderung zu erhalten. In diesen Familien verfestigen und tradieren sich schließlich fatale Muster, wie man sich in Armut und Benachteiligung einrichten kann.

Entstehungskontexte lassen sich mit Risikofaktoren diskutieren, die vor allem eine multifaktorielle Genese besitzen; sie stellen eine Kumulation aus biographischen, psychologischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und traumatischen Anlässen dar. Dabei lassen sich vor allem die folgenden Faktoren heraus arbeiten:

- Materielle Belastungen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, Prekarität, Schulden;
- Soziale Belastungen wie Isolation, Ausgrenzung, Orientierungslosigkeit;
- Persönliche Belastungen wie eine ungewollte Schwangerschaft, Sucht, Erfahrungen von Ausgrenzung, Diskriminierung;
- Familiäre Belastungen wie Konflikte, Streit, Trennung;
- Persönlichkeit des Kindes wie Krankheitsanfälligkeit oder Frühgeburt.

Letztlich sind es vielfältige Überforderungen, die kumulieren und über ständige Entmutigungen schließlich zur Erschöpfung führen, die allerdings bei einer frühzeitigen und dauerhaften Unterstützung nicht eingetreten wären – das ist die hier vertretene These. Die diskutierten Risikofaktoren führen nämlich nicht automatisch zur Vernachlässigung der Kinder; Erschöpfung und daraus resultierende Vernachlässigung entstehen erst durch eine permanente Überlastung und durch Probleme, die Mütter und Väter nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können. Je mehr Belastungen, desto stärker die Kumulationen der Überforderung, desto größer die Risiken für Kinder, lautet die erklärende Formel für diesen Prozess.

Krise der Städte

Die materiellen Lebensbedingungen werden auch von der Entwicklung der Agglomerationen geprägt sein, auf die ein kurzer Blick zu werfen ist.

Die Bedingungen der Städte unter denen sie sich entwickelten haben sich tief greifend verändert. Stadt als Ort und als Begriff steht heute weltweit vor allem für kontroverse Situationen und Entwicklungen: Neben explosionsartig wachsenden Megacities weltweit, den global cities (Sassen 1997), finden sich Entwicklungen, die sich schlagwortartig mit dem von Mike Davis vorgelegten Buch zum „Planet der Slums“ umreisen lassen (Davis 2007).

Betrachten wir die Situation in der BRD zeigen sich gleichfalls ambivalente Kontexte: wir können Entwicklungen beobachten, in denen Städte auf Grund eines Wachstums der Arbeitsplätze boomen und es finden sich zugleich Städte, in denen bestimmte Gebiete durch wachsende Armut zunehmend verelenden. Dies wird durch ein Phänomen ergänzt, das sich mit dem Begriff schrumpfende Städte (shrinking cities)

⁷⁶ Auf der Basis von 18 qualitativen Interviews

diskutieren lässt; innerhalb der Städte zeigt sich zudem ein Nebeneinander von Prosperität und Niedergang (Häußermann 2008). Vor diesem Hintergrund wird eine Krise der Städte vielfältig diskutiert – nicht zuletzt durch den Deutschen Städtetag, der die wachsenden finanziellen Belastungen der Städte seit Jahren öffentlich thematisiert⁷⁷. Betrachtet man vorliegende Analysen sind es die folgende Szenarien, die Einfluss auf die Situation der Stadtgesellschaften nehmen:

- das Massenrisiko Erwerbslosigkeit, das sich seit Jahren auf einem hohen Niveau bewegt und zu einer tiefen sozialen Spaltung der Gesellschaft geführt hat;
- die sinkenden Steuereinnahmen, die originär mit der dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit, mit einem Beschäftigungswandel zu mehr Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung und seit kurzem mit der ökonomischen Krise zusammen hängen;
- die alternde Bevölkerung, die geringe Geburtenquote und der damit einhergehende demographische Wandel, der zu einer schrumpfenden Bevölkerung und zu den schrumpfenden Städten, insbesondere in Ostdeutschland, führt;

Ein Blick in die Literatur bzw. ein googeln zu dieser „Krise der Stadt“⁷⁸ zeigt dementsprechend drei große Themen, die eine Vielfalt an Diskussionen und Stellungnahme hervorgerufen haben:

Die *Finanzausstattung* der Kommunen wird immer dünner, so dass vieles nicht mehr möglich ist; der Verfall ist an vielen Ecken zu sehen, Straßen können nicht mehr in Stand gesetzt werden, Schwimmbäder bleiben geschlossen, Fassaden bröckeln und Grünflächen verwildern, Schlaglöcher werden, wenn überhaupt, nur notdürftig ausgebessert. Städte, die den Verlust industrieller Arbeitsplätze nicht schnell genug durch den Neuaufbau von Dienstleistungsarbeitsplätzen kompensieren konnten, sind nach diesen Thesen mit einer hohen Arbeitslosigkeit, steigenden Sozialausgaben, abnehmender Kaufkraft und sinkenden Steuereinnahmen konfrontiert; dies führte zu einer Finanzkrise, die den Städten immer mehr ihren Handlungsspielraum nimmt. Somit aber werden die „finanziellen und rechtlichen Spielräume der Kommunen (...) immer enger“ (Siebel 2004, 14), dies verschärfte sich in der ökonomischen Krise des Jahres 2009 noch einmal. Es wachsen aber die Aufgaben, die auf kommunaler Ebene zu lösen sind. Kommunen müssen zudem immer mehr Aufgaben des Bundes übernehmen und sind mitunter angesichts steigender sozialer Leistungen bei wachsender Arbeitslosigkeit an ihren Grenzen angelangt. Schon jetzt sind viele Städte hoch verschuldet.

Durch die langjährige Absicherung der Existenz aller Bürger und Bürgerinnen über Erwerbstätigkeit und andere staatliche Transfers, wie Arbeitslosengeld, Krankengeld und Rente, waren die Städte von ihrer traditionellen Aufgabe der Absicherung der Existenz, der klassischen Armenfürsorge, einigermaßen entlastet. Sie hatten nur für wenige Daseinsvorsorge mit Mitteln der Sozialhilfe zu gewährleisten. Das hat sich in den letzten Jahren durch die Zunahme und Stabilisierung der Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau sowie die Einführung von ALG II grundlegend geändert; Städte wurden immer mehr wieder mit der Basisabsicherung einer stets wachsenden Zahl

⁷⁷ www.staedtetag.de

⁷⁸ Ein Internetzugriff zu „Krise der Stadt“ erbrachte bei Google am 12.1.2011 **1.630.000** Einträge in 0.10 Sekunden).

an Transferleistungsempfänger sowie einem ebenfalls wachsenden Bedarf infrastruktureller Maßnahmen in bestimmten Stadtgebieten konfrontiert.

Den Städten brechen aber nicht nur die Einnahmen weg, auch die Menschen werden weniger und zudem älter; *Schrumpfungsprozesse* bringen Städte in eine völlig neue Lage, für die es noch keine erprobten Handlungsmuster gibt. In vielen ost- und westdeutschen Städten ist diese Entwicklung zu beobachten, sie wird auf demografische, ökonomische und kulturelle Kontexte zurückgeführt. Vor allem in Städten altindustriell geprägter und peripherer Regionen wird ein Verlust von Einwohnern und Arbeitsplätzen, ein Rückgang der Wirtschaftsleistung sowie die schwindende Attraktivität von Stadtzentren als Wohn-, Konsum-, und Freizeitorde beobachtet. Wohnungsleerstand, leere Kassen und ein Leerlauf der lokalen Infrastruktur belasten die Städte. Neue Modelle der Planung sind gefragt, die es bisher aber noch nicht gibt⁷⁹: „Der Umgang mit Schrumpfung stellt die betroffenen Städte vor neue und ungewohnte Herausforderungen: Bislang war es Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik, Wachstumsprozesse funktional, sozialverträglich und später auch umweltverträglich zu gestalten. Für eine zukunftsorientierte Steuerung von Schrumpfungsprozessen existieren daher bislang kaum erprobte politische Strategien oder bewährte politische Instrumente.“

Die *soziale Ungleichheit* in den Städten nimmt zu, auch als Folge des angedeuteten ökonomischen Wandels. Angesichts hoher und dauerhafter Arbeitslosigkeit, einer kontinuierlich gestiegenen Zahl der ALGII- und Sozialhilfeempfänger und einer zunehmenden sozialen Polarisierung befinden sich Städte seit geraumer Zeit unter Druck. Dieser entsteht vor allem durch die neuen sozialen Probleme, die mit der Zunahme sozialer Polarisierungsprozesse in den Städten und dem Anwachsen einer neuen städtischen Armut in speziellen Stadtgebieten einhergehen (Häußermann 2008). Diese Probleme werden vor allem mit Armut, Dauerarbeitslosigkeit und wachsender sozialer Benachteiligung in Zusammenhang gebracht. Es häufen sich aber auch Beobachtungen einer stärkeren soziokulturellen Heterogenisierung in den Städten, mit denen sich Befürchtungen zur Entstehung von "Parallelgesellschaften" verknüpfen. Dies wird vor allem auf soziale und räumliche Spaltungen zurückgeführt, die sich in den Schrumpfungsprozess der Städte vertiefen und zu einer viel schnelleren Konzentration sozialer Benachteiligung in bestimmten Quartieren führen.

Das Wachen von sozialen "Problemvierteln" in vielen Großstädten Deutschlands, als Ergebnis einer residentiellen Segregation, steht im Mittelpunkt vielfältiger Analysen der Gegenwart, die immer auch Blicke in die Zukunft wagen⁸⁰: Insgesamt wird die sich verschärfende Segregation als eine ungleichmäßige Konzentration von verschiedenen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichen Teilräumen der Stadt zum Problem, das Häußermann in seinen Dimensionen zusammen fasst⁸¹: „Eine zusätzliche Benachteiligung durch den Wohnort kann bei einer sozial marginalisierten Bevölkerung dadurch zustande kommen, dass die Informations- und Kontaktmöglichkeiten der Bewohner sehr beschränkt sind, weil sie im lokalen Umkreis ebenfalls nur auf Leute treffen, die über keine Ressourcen verfügen. Bei Jugendlichen, für die die Nachbarschaft ein wichtiger Sozialisationsraum ist, wird angenommen, dass sie im depravierten Milieu des Quartiers Normen lernen und

⁷⁹ Birgit Glock *Schrumpfende Städte*, 2007; **Quelle:**

<http://www.bpb.de/themen/V4EMT8.html>

⁸⁰ **Quelle:**

<http://www.bpb.de/themen/OXHWC8.html>

⁸¹ Hartmut Häußermann, *Segregierte Stadt*, 2007; **Quelle:**

<http://www.bpb.de/themen/OXHWC8.html>

Vorbildern folgen, die sie zu deviantem Verhalten verleiten. Benachteiligte Bewohner, die sich ihren Wohnort nicht selbst aussuchen können, geraten damit in einen Kreislauf der Ausgrenzung, der aus eigener Kraft kaum mehr zu durchbrechen ist.“

Segregationsprozesse haben in ihren Folgen eine zunehmende Verelendung mancher Quartiere und eine verstärkte Polarisierung zur Folge. Armut wird wieder vermehrt zum Massenrisiko der Stadtgesellschaften. Diese Konzentration von Benachteiligung wird durch weitere Trends verschärft. Auf Grund entspannterer Wohnungsmärkte (Wohnungsleerstand), verursacht durch sinkende Bevölkerungszahlen, können insbesondere Haushalte der wohlhabenderen Mittelschichten andere Wohngegenden präferieren; man kann sich die Nachbarschaft aussuchen und aus Gebieten mit schlechtem Image und vielen sozialen Problemen wegziehen. Zurück bleiben die weniger oder gar nicht mobilitätsfähigen Haushalte. Das verändert die Bedingung von Segregationsprozessen noch einmal grundlegend, die nun nicht mehr durch Belegungspolitik und Diskriminierung hervorgerufen werden, sondern durch die Wegzüge der Mittelschichten (Häußermann 2008). Eine Studie der Konrad Adenauer Stiftung hat kürzlich darauf hingewiesen, dass es kaum noch Beziehungen zwischen den mittleren Klassen und den unteren Klassen gibt (Merkle/Wippermann 2008).

Diese Ergebnisse zur residentiellen Segregation lassen sich in zwei Thesen zusammenfassen:

- Zu beobachten ist eine zunehmende Verfestigung von Ausgrenzung in deren Folge Benachteiligte immer weniger Kontakte über ihre eigene Gruppe hinaus haben.
- Es formt sich eine Ständegesellschaft völlig neuer Art, in der es immer weniger Kommunikation zwischen den Menschen „Drinnen“ und denen „Draußen“ gibt.

Diese Ständegesellschaft „neuer Art“ scheidet sich nicht mehr nur am Einkommen, die Differenzen sind weitaus gravierender und somit auch prägender; es sind kulturelle Grenzen. Deutschland scheint auf dem Weg in eine neue Art von Ständegesellschaft zu sein, wobei die Trennungslinie eben nicht nur über Einkommen und Vermögen, sondern auch über kulturelle Dimensionen wie etwa Bildungskapital und Bildungsaspirationen, aber auch Werte und Alltagsästhetik verläuft. Ebenso erweisen sich Ernährung, Gesundheit, Kleidung und Mediennutzung als Abgrenzungsfaktoren.

Fazit

Die soziale Ungleichheit hat sich in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren verschärft und sich zugleich verfestigt. Die Spaltung zwischen arm und reich ist gewachsen; immer weniger Menschen verfügen über immer mehr des gesellschaftlichen Reichtums.

Dabei wächst der Druck auf die Mittelschichten, deren Situation ökonomisch und sozial zunehmend von Unsicherheit und Prekarität geprägt ist. Das zeigt sich auch daran, dass sich oberhalb der untersten Lagen ein sogenanntes Prekariat formt, das in prekären Beschäftigungsverhältnissen lebt, dessen Status immer zur Disposition steht und das ständig von Armut bedroht ist. Dies verdichtet sich im Begriff der Wohlstandskonflikte.

In dieser sozialen Spaltung findet eine Entsolidarisierung statt, in der sich Mittelschichten immer stärker von Benachteiligten und auch von Zuwanderern

abgrenzen; nicht zuletzt der Erfolg von Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ zeigte dies in aller Offenheit.

Diese Entsolidarisierung wird durch den seit Jahren betriebenen Umbau des Sozialstaates in einen aktivierenden Staat befördert; darin wird die umfassende Risiko-Absicherung der Bürger durch den Staat immer mehr zur Eigenleistung der Subjekte, sie geht in deren Verantwortung über; sie sollen nun vermehrt für sich selbst sorgen, in der Rente, im Gesundheitssystem, in der Pflege. Wer das nicht kann erhält lediglich eine Basisabsicherung, die aber in ihrer materiellen und sozialen Ausgestaltung die tatsächlichen Bedarfe schon längst nicht mehr deckt.

Auch wenn die Arbeitslosenquote absehbar sinken wird, verfestigt sich zugleich ein hoher Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit, der in der Bundesrepublik Deutschland höher ist als in anderen Ländern der OECD. Daneben hat Deutschland, das zeigen die PISA-Studien in aller Regelmäßigkeit, zugleich ein hohes Defizit in gleichen Zugängen zu Bildungschancen. In der BRD lässt sich nicht nur eine hohe Kinder- und Jugendarmut feststellen, die seit Jahre steigt und die auch in den nächsten Jahren kaum rückläufig sein wird; es ist in diesem Kontext auch eine verfestigte Bildungsarmut festzustellen, die etwa ein Viertel der Kinder und Jugendlichen allenfalls für schlecht entlohnte Tätigkeiten vorbereitet.

Doch diese Verfestigung scheint gewollt, da es einen ungebrochen hohen Bedarf dieser niedrig entlohten Beschäftigungen gibt, die eben keine Fachkräftequalifikationen benötigen. Die darin erkennbare Verfestigung von Ungleichheit verdichtet sich zu der These, dass die Bundesrepublik auf dem Weg zu einer Ständegesellschaft ist, in der sich ein zunehmendes verfestigtes und nach oben immer weniger mobiles Prekariat bildet, das ständig von Armut bedroht ist bzw. auf Dauer darin lebt. Das letzte zeigt sich an den diskutierten Kulturen der Armut: Menschen richten sich in ihrer Lage ein, finden sich damit ab und geben diese Lebensweise an die nächste Generation weiter.

4. Kapitel: Wohin geht die wirtschaftliche Entwicklung? Wie entwickeln sich die materiellen Lebensbedingungen?

Die Analyse der Situation, die immer auch schon Ausblicke auf die nächsten Jahre ermöglichte, verdeutlicht zugleich in meiner Interpretation, dass die Soziale Spaltung sich inzwischen massiv verfestigt hat, so dass sich hier in absehbarer Zeit, dabei denke ich an einen Zeitraum von 10 Jahren (also bis 2020), kaum positive Veränderungen eines Abbaus von Ungleichheit ergeben werden.

Es wird im Gegenteil schon als positiv zu bewerten sein, wenn die soziale und materielle Entwicklung stabilisiert werden kann und sich nicht weiter verschärft. Vor diesem Hintergrund sollen Prognosen diskutiert werden, die sich unter dem Stichwort „Prognosen 2020“ finden. Dabei kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erfüllt werden, da es eine Überfülle zu geben scheint: Ein Googeln dieses Begriffes ergibt am 7.1.201 ca. 465.000 Ergebnisse. An der Spitze der Liste erscheint das Buch von H.W. Opaschowski mit dem Titel „*Deutschland 2020: Wie wir morgen leben - Prognosen der Wissenschaft*“. Im Buch werden auf der Basis von mehr oder weniger valider Prognosen die Bereiche Business, Kultur, Gesellschaft, Freizeit und Technik behandelt. Allerdings sind die Ergebnisse nicht wirklich aussagefähig hinsichtlich materieller Lebensbedingungen. Des Weiteren tauchen Themen auf wie Lebensstile, Konsummuster, Trend-Pioniere, Absatzmärkte, Zukunft der Ökobranche, Energie, Verkehr oder Studienanfänger.

Letztlich gibt es offensichtlich keinen Bereich des modernen Lebens zu dem nicht Erwartbares diskutiert wird, auffällig ist aber überwiegend die hohe Unsicherheit der Prognosen. Darin wird immer wieder offenkundig, dass die Krise von 2008 und 2009, die in ihren globalen Folgen noch immer nicht vollständig überwunden ist, die visionäre Sicht eingetrübt und erschwert hat, so dass es schwieriger wird sichere Blicke in die Zukunft zu werfen. Offenkundig hat die Erfahrung dieser Krise gezeigt wie normal Krisen sind; und sie zeigte die Unsicherheit aller Prognosen: Wer hätte, außer ganz wenigen, vor 5 Jahren gewusst, dass in 2008 und 2009 eine Finanzkrise mit weltweiten Ausmaßen und Folgen sich entfalten wird? Und wer wusste schon während der Finanzkrise, dass diese sich bereits in 2010 wieder nahezu vollständig beruhigt, obwohl es weiterhin große Unterschiede bezüglich der Eurozone und der finanziellen Situationen in einigen Mitgliedsländern (Griechenland und Irland, aber auch Portugal, Spanien, Belgien und Italien) gibt.

Aber auch der Klimawandel und die damit einhergehenden Katastrophen dämpfen Erwartbarkeiten erheblich. Die internationale Verflechtungen werden Anfang 2011 unmittelbar bei der Flutkatastrophe in Australien evident: die Energie- und Lebensmittelindustrie ist derart mit Australien vernetzt, so dass die Flut massive Auswirkungen auf den Weltmarkt haben wird.

Es muss also prinzipiell vor der „Wahrheit“ dieser Prognosen gewarnt werden: je länger man dabei in die Zukunft schaut desto schwieriger. Insofern ist dem Autor (Uwe Jean Heuser) eines Artikels in der DIE ZEIT zuzustimmen, der sich hinsichtlich ihrer Prognosefähigkeit mit folgender Aussage an die Ökonomen richtet: Gebt zu, ihr wisst es nicht⁸².

Dennoch sollen Blicke gewagt werden, die sich vor allem auf Themen beziehen, die unmittelbar mit materiellen Lebensbedingungen zu tun haben. Das Soziale, um das es dabei geht, kann in seinen Lagen als abhängig von der Wirtschaft, dem

⁸² DIE ZEIT, 52, 2010, S. 23

Arbeitsmarkt, dem Fachkräftemangel, der demographischen Entwicklung, der Entwicklung hinsichtlich Zuwanderung und Abwanderung, der Transnationalisierung von Arbeit und Leben, der schrumpfenden Städte, der Entwicklung des Sozialstaates und des Sozialstaatsgedankens verstanden werden.

Zweifelsohne gibt es erkennbare Trends, die sich in wirtschaftlichen Entwicklungen niederschlagen. Vor allem der demographische Wandel ist ein inzwischen viel diskutierter Gemeinplatz der Forschung. Doch die Ausgangslage wirtschaftlicher Trends ist durchaus ambivalent: Der Fachkräftebedarf wird, bezogen auf Deutschland, in den nächsten Jahren steigen, da sind sich alle Prognostiker einig; zugleich aber wird der Bedarf an Niedriglöhnen insbesondere im Dienstleistungsbereich höher werden. Die Beschäftigtenzahlen werden dadurch zwar steigen. Dies heißt aber noch lange nicht, dass auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigen wird, und dass dieser Anstieg auch krisenfeste und ausreichende Einkommen beschert.

Diese Trends gehen zum eine mit höheren Anforderungen an Bildungsprozesse einher, zugleich aber sind kaum grundlegende Maßnahmen erkennbar - das Bildungspaket der Bundesregierung kann ja nur als Kosmetik bezeichnet werden -, die bekannten Probleme der Kinderarmut, der Schulabbrecher, der verlorenen Jugendlichen und der Schieflage im Verhältnis sozialer Lagen und Bildungschancen in Angriff zu nehmen.

Das „Alter“ bzw. „die Alten“ werden sich zweifelsohne als „starker ökonomischer Faktor“ entwickeln, vor allem hinsichtlich des Konsums, des Wohnens, der Freizeit, der Kultur⁸³; es entfaltet sich aber zugleich als wachsender Risikofaktor hinsichtlich steigender Kosten für das Gemeinwesen. In diesem wird es für die Sozialwirtschaft einiges zu verdienen geben; zugleich wird das Alter aber auch höhere Gemeinwohlkosten verursachen, die wiederum woanders fehlen werden. Auch wird diese Lebensphase von der tiefen Spaltung zwischen arm und reich erreicht werden.

Zweifelsohne scheint es der deutschen Wirtschaft wieder besser zu gehen als noch vor 2 Jahren, so die einhellige Meinung vieler Kommentatoren, erster Studien und einiger Prognostiker. Doch auch wenn die Wirtschaft wieder boomt ist es nicht absehbar wie lange dies dauern wird, allenfalls bis ins Jahr 2014 lässt sich einigermaßen abgesichert blicken. Dabei bleibt völlig unklar, ob mit dem Anstieg der Wirtschaftsleistung tatsächlich auch ein drastischer Rückgang der Arbeitslosigkeit verbunden ist; unklar bleibt auch, ob alle davon profitieren oder nur spezifische Fachkräfte aus dem akademischen und nicht akademischen Bereichen.

Inwieweit sich auch Verbesserungen für das oben diskutierte Prekariat, Niedriglohnbezieher, Teilzeitbeschäftigte und befristet Beschäftigte, ergeben, das ist eher schwierig zu beurteilen. Die bisherige und seit Jahren ziemlich ungebrochene Dynamik sozialer Entwicklung reflektierend kann dies sogar eher verneint werden; der Boom wird nicht alle mitnehmen, nicht profitieren von dem neuerlichen Aufschwung. Soziale Ungleichheit und Soziale Spaltung bleiben, so meine Einschätzung, in der bekannten und verfestigten Form bestehen, Veränderungen werden allenfalls im Bereich des Kosmetischen erkennbar sein. Neben den bekannten Problemen wird es sogar neue geben, die unten noch diskutiert werden.

In der Folge werden mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die materiellen Lebensbedingungen zu werfen folgende Themen abgearbeitet:

⁸³ Das zeigen eine Fülle von Trendstudien; doch diese gehen alle von wohlhabenden und zugleich aktiven (gesunden) Alten aus - und genau das ist eine zunehmend brüchige Annahme.

1. Zukunft der deutschen Wirtschaft
2. Zukunft der Arbeit
3. Arbeitsmarkt-Prognose
4. Entwicklung von Löhnen und Gehältern
5. Demographischer Wandel verändert Arbeitsmarkt

1. Zukunft der deutschen Wirtschaft⁸⁴

DAS IWH prognostiziert, dass nach der kräftigen Erholung im Jahr 2010 das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland mittelfristig verhältnismäßig hoch sein wird⁸⁵. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute sagen insgesamt voraus, dass der Staat wegen der anziehenden Konjunktur und dem absehbaren Wirtschaftswachstum weniger Schulden aufnehmen muss als angenommen.

IWH⁸⁶ und RWI⁸⁷ schätzen in ihren veröffentlichten Prognosen das Wachstum 2010 auf rund 3,5 Prozent. Für 2011 gehen sie von einem Plus von etwa 2 Prozent aus. Bereits Ende des Jahres 2011 wird das Bruttoinlandsprodukt in etwa wieder dem Niveau vor der Krise entsprechen. Somit dürfte 2011 auch der private Konsum spürbar zum Wachstum beitragen. Dafür sorgt in der Regel allerdings weniger das Lohnplus der ohnehin Beschäftigten, sondern die Zahl all jener, die zusätzlich einen Job finden.

Beide Institute rechnen wegen des Aufschwungs mit einer erkennbar sinkenden Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Erwerbslosen könnte in 2011 um rund 350.000 auf dann 2,87 Millionen sinken, sagt das IWH voraus. Weniger Arbeitslose gab es zuletzt 1992. Das RWI ist dabei nicht ganz so optimistisch; für 2011 werden etwas mehr als drei Millionen Arbeitslosen erwartet. Von sinkender Arbeitslosigkeit und steigenden Steuereinnahmen profitiert auch der Staat. Das IWH geht deshalb davon aus, dass Deutschland schon 2011 und damit ein Jahr früher als geplant die EU-Defizitgrenze von 3 Prozent einhalten kann.

Trotz dieser positiven Entwicklung warnt das RWI allerdings vor Risiken: In der Grundtendenz bleibe das Wachstum eher moderat; die Weltwirtschaft habe die Krise noch nicht überwunden.

Diese positiven Trends sehen auch andere voraus: Deutschland kann nach Ansicht der Konjunkturforscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin bereits Ende 2011 zur alten Wirtschaftsstärke zurückkehren, die Forscher erwarten dementsprechend ein Wirtschaftswachstum von 2,2 %⁸⁸. Der Trend der Wirtschaftserholung werde sich somit im Jahr 2011 festigen. Damit sind die Berliner Forscher sogar noch optimistischer als viele andere Experten, die erst für 2012 oder 2013 damit rechnen.

⁸⁴ <http://www.welt.de/wirtschaft/article5760798/Deutschland-ueberwindet-2011-die-Wirtschaftskrise.html>; Zugriff am 8.1.2010

⁸⁵ <http://www.iwh-halle.de/d/publik/presse/72-10L.pdf>; Zugriff am 7.1.11

⁸⁶ <http://www.iwh-halle.de/d/publik/presse/72-10L.pdf>; Zugriff am 7.1.11

⁸⁷ Siehe <http://www.rwi-essen.de/>

⁸⁸

http://www.diw.de/de/diw_01.c.366239.de/themen_nachrichten/diw_berlin_erwartet_wirtschaftswachstum_von_2_2_prozent.html; Zugriff am 7.1.11

Dennoch: die schwere Wirtschaftskrise hält auch das DIW noch nicht für überwunden. Erst gegen Ende 2011 werde Deutschland wieder die Wirtschaftskraft von Mitte 2008 unmittelbar vor den dramatischen Produktionseinbrüchen erreicht haben. Das entspreche rein rechnerisch mehr als drei Jahren mit Nullwachstum.

So positiv diese Zahlen auch sind, für Euphorie gibt es keinen wirklichen Anlass, da alles unter dem Vorbehalt der Krisenfreiheit und der tatsächlichen Krisenüberwindung steht. Es gibt aber auch noch andere Gründe, die nachdenklich machen.

Es boomen vor allem geringfügige und unsichere Formen der Beschäftigung⁸⁹. So haben aktuell rund fünf Millionen Deutsche einen 400-Euro-Job. Mehr als 2,2 Millionen verdienen sich mit einem Mini-Job etwas dazu. Zudem landen viele, die vermeintlich eine feste Anstellung finden immer öfter bei einer Zeitarbeitsfirma. Diese Branche feiert einen Rekord nach dem anderen. 900.000 Deutsche arbeiten trotz der wirtschaftlichen Erholung nur dann, wenn sie gerade gebraucht werden.

Hinzu kommt noch: aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen einen langfristigen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft⁹⁰. Mittlerweile arbeiten fast drei Viertel der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor; dessen Anteil an allen Erwerbstätigen erhöhte sich von unter 60 Prozent im Jahr 1991 auf 73,5 Prozent im vergangenen Jahr. Weitere Steigerungsraten sind nicht ausgeschlossen – und gerade in diesem Sektor werden niedrige Löhne bezahlt, die Arbeitsverhältnisse sind in einem höheren Umfang als prekär einzustufen.

Im Gegensatz dazu arbeiten immer weniger Menschen in anderen Wirtschaftssektoren. In der Land- und Forstwirtschaft waren in den vergangenen fünf Jahren jeweils nur noch 2,1% aller Erwerbstätigen beschäftigt. 1991 war der Anteil noch fast doppelt so hoch. Im Baugewerbe waren 2010 lediglich 5,5 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, fast ein Drittel weniger als 1991. Am stärksten aber verminderte sich das Gewicht des produzierenden Gewerbes: von 29,3 Prozent auf 18,9 Prozent. Allein die Wirtschaftskrise sorgte dafür, dass der Anteil der Industrie in den beiden vergangenen Jahren um einen Prozentpunkt zurückging.

2. Zukunft der Arbeit

In der Süddeutschen Zeitung erschienen am 9.1.2011 zehn Thesen zur Zukunft der Arbeit, die weiter gehen als die bisher zitierten und diskutierten Studien. Der Autor, Klaus Zimmermann⁹¹, geht ebenfalls von den Szenarien aus, dass die Krise überwunden ist und die Wirtschaft vor einem unerwarteten Boom steht. Deutschland geht in seiner Interpretation mit einem solchen Vorsprung aus der globalen Krise hervor, dass bereits von einem neuen deutschen Jobwunder die Rede ist. Wird der Vorsprung genutzt, ist in den kommenden Jahren sogar wieder Vollbeschäftigung möglich - mit einer Arbeitslosenquote unter vier Prozent. Doch die Erwerbsgesellschaft der Zukunft wird von sehr unterschiedlichen Trends bestimmt

⁸⁹ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,737445,00.html>; Zugriff am 3.1.11

⁹⁰ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,737445,00.html>; Zugriff am 3.1.11

⁹¹ Klaus F. Zimmermann ist Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Uni Bonn, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

und die Berufswelt wird sich stark verändern; das aber hängt von viele Faktoren ab. Diese Thesen sollen in der Folge nahezu ungekürzt dargestellt werden⁹².

- Aus dem Mangel an Jobs wird ein Mangel an Arbeitskräften

Nicht mehr die Knappheit an Kapital, sondern an personellen Ressourcen bestimmt mehr und mehr die Wachstumsperspektiven der Unternehmen. Bis zum Jahr 2025 geht das Potential der Erwerbsfähigen um 3,6 Millionen auf 41,1 Millionen Menschen zurück. Schon 2015 fehlen in Deutschland etwa drei Millionen Arbeitskräfte - nicht nur Hochqualifizierte wie Naturwissenschaftler oder Ingenieure, sondern ebenso Handwerker.

2005 gab es noch zwölf Millionen Schulabgänger. Bis 2020 sinkt diese Zahl auf weniger als zehn Millionen. Immer mehr Ausbildungsplätze bleiben leer. Verschärft werden diese Engpässe dadurch, dass mehr Menschen auswandern als einwandern. Die Konsequenz: Gebraucht werden ein internationales Personalmarketing und ein attraktives Deutschland- Bild, das junge Leute aus aller Welt für Ausbildung, Studium und Beruf anlockt.

- Multikulturelle Belegschaften forcieren die Innovation

Heute stammt jeder fünfte Einwohner hierzulande aus einer Migrantenfamilie. Der Arbeitsmarkt von morgen wird noch internationaler sein. Wenn sich Deutschland für einen nach dem Bedarf gesteuerten Zuzug von Fachkräften entscheidet, lässt sich das Inlandsprodukt bis zum Jahre 2020 um bis zu 100 Milliarden Euro steigern. Schon heute stützen Zuwanderer in Deutschland die Sozialsysteme, indem sie mehr einzahlen, als sie zurückerhalten. Ebenso stabilisieren sie bereits heute Beschäftigung und Wachstum: Sie erfüllen nämlich Jobprofile, die hierzulande entweder fehlen oder zu denen deutsche Arbeitnehmer nicht bereit sind. Multiethnisch aufgestellte Unternehmen, in denen Zuwanderer den betrieblichen Alltag durch ihre Erfahrungen ergänzen, gehören zu den Gewinnern. Denn ihre offeneren Firmenkultur ist förderlich für Innovationen.

- Das Wachstum der Zukunft ist weiblich

Bis zu 2,4 Millionen Frauen könnten bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Denn in Deutschland arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen nur in Teilzeit. Wenn das Potential an weiblichen Arbeitskräften voll ausgeschöpft würde, so würde dies unser Bruttosozialprodukt um neun Prozent steigern. Unternehmen mit hohem Frauenanteil im Top-Management sind schon heute bei Produktivität und Motivation erfolgreicher.

- Die Alten verändern den betrieblichen Alltag

Deutschland wird nicht nur älter. Die Alten stellen auch ein interessantes Potenzial für die Wirtschaft dar. Im amerikanischen Boston gibt es ein Familienunternehmen, das ausschließlich ehemalige Lehrerinnen, Ingenieure, Designer oder Kellnerinnen

⁹² <http://www.sueddeutsche.de/karriere/die-zukunft-der-arbeit-arbeitnehmer-wappnet-euch-1.1043554>; Zugriff am 9.1.11

beschäftigt. Das Durchschnittsalter liegt dort bei 71 Jahren. Dank der Verlässlichkeit der Mitarbeiter stieg der Umsatz in den letzten Jahren um 20 Prozent. Es ist nicht nötig, Angst davor zu haben, dass die Belegschaften auch bei uns älter werden - wenn dieser Prozess gut gemanagt wird. Spätestens vom Jahr 2020 an, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, wird dieser Alterssprung enorm.

"Diversity Management" wird deshalb immer wichtiger: Wie können Unternehmen ältere Mitarbeiter länger im Beschäftigungsprozess halten? Wie können Junge und Ältere möglichst effektiv zusammenarbeiten? Wie schafft man maßgeschneidert flexiblere Arbeitszeiten? Diese Fragen werden auch in den Tarifverträgen immer wichtiger. So hat die die Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie mit den Arbeitgebern 2008 einen "Tarifvertrag Demographie" vereinbart.

- Attraktive Regionen bauen ihren Vorsprung weiter aus

Nicht nur global, sondern auch national wird sich zwischen den Regionen der Wettbewerb um Arbeitskräfte verschärfen - und damit um Konsumenten und Steuerzahler. In Deutschland bilden sich immer deutlicher bis zu zwei Dutzend Zukunftszentren heraus, die an Attraktivität gewinnen. Dazu gehören Hamburg, München, Stuttgart, Frankfurt, Bremen, Köln oder Düsseldorf und das entsprechende Wohnumland. Aber ebenso Kandidaten wie der Großraum Münster, Bonn, Aachen oder Dresden. Auch in der Hauptstadtregion um Berlin und Potsdam stieg schon in den letzten fünf Jahren die Erwerbstätigkeit dreimal so stark an wie im Rest der Republik.

Diese Job-Boomer zeichnen sich als Wissenschaftsstandorte aus, durch ein reiches kulturelles Angebot, hohe Wohnqualität und ein attraktives Freizeitumfeld. Das lockt Spitzenkräfte an und wirkt wie ein Hebel auf die gesamte Erwerbstätigenzahl: Parallel entstehen auch in den Dienstleistungen und bei der Industrieproduktion neue Jobs. Die Differenzierung wird weiter wachsen: Einerseits herrscht schon heute in einigen Arbeitsamtsbezirken im Süden Deutschlands faktisch Vollbeschäftigung. Andererseits schrumpft in knapp einem Drittel der 413 deutschen Kreise und kreisfreien Städte die Zahl der Erwerbstätigen drastisch, etwa im Osten oder im Ruhrgebiet.

- Feste Arbeitszeiten gehören der Vergangenheit an

Im Schnitt werden schon im kommenden Jahr 40,4 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten - so viele wie noch nie im vereinten Deutschland. Doch das Bild dahinter wird immer komplexer. Die Formen wie die Strukturen der Arbeit ändern sich. Nicht mehr Fabriken und Büros, nicht mehr feste Arbeitszeiten und Hierarchien bestimmen die Arbeit der Zukunft, sondern Information und Wissen, vernetztes Arbeiten, Denken und Handeln. Diese Fähigkeiten sind prinzipiell überall verfügbar. Dementsprechend werden die beruflichen Biographien vielfältiger, die Karrieren offener. Teamorientierte Projektarbeit ist auf dem Vormarsch, ebenso Arbeitsformen, die Beruf und Privatleben integrieren. Man organisiert sich lieber in Netzwerken wie Facebook als in den traditionellen Interessenvertretungen.

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Wissensarbeiter, der Kreativwirtschaft und der Dienstleister etablieren sich neue Erwerbsformen vor allem in Sektoren wie Banken, Versicherungen, Medien, Beratung und öffentlicher Verwaltung: in

sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Honorar- und Zeitverträgen oder Projektvereinbarungen. Generell wachsen flexiblere Personaleinsätze wie Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit und Minijobs. Aber entgegen mancherlei Befürchtungen bleibt dennoch das sogenannte Normalarbeitsverhältnis prägend. So waren 2008 noch 60,1 Prozent aller Beschäftigten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in einer unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Anstellung in Vollzeit tätig. Hier spricht nichts für eine grundlegende Veränderung.

- Die Arbeit wird nicht weniger, aber anders

Wir bekommen nicht weniger Arbeit, aber andere Arbeit. Schon heute ist kaum ein Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland in klassischen Produktionsbetrieben tätig. Die Sorge ist berechtigt, dass Deutschland seinen industriellen Kern verlieren könnte. Gewinner sind die wissensbasierten Dienstleistungen. Auch die sozialen Dienste boomen: Pflege, Erziehung und Betreuung, Familien- und Nachbarschaftshilfe. Weitere Potentiale für wachsende Beschäftigung liegen in der Freizeit- und Gesundheitsindustrie, der Medizin- und Biotechnik. Verkehr, Logistik und Kommunikationstechnologie gehören gleichfalls zu den Jobtreibern. Die Seniorenwirtschaft, die Silver-Economy, eröffnet neue Marktchancen. Keine Sorge also: Die Arbeit geht uns auch im 21. Jahrhundert nicht aus!

- Ein neuer Typus des Mittelstands entsteht

Die Grenzen zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer verschwimmen, selbständige Tätigkeiten nehmen zu: Alleinunternehmer, Solo-Anbieter formen den Typus des neuen Mittelstandes. Noch sind in Deutschland nur etwa elf Prozent aller Erwerbstätigen selbständig. Dies wird sich ändern. Vor allem Frauen haben Nachholbedarf; sie stellen derzeit weniger als ein Drittel aller Selbständigen. Der gesamte Mittelstand, der wichtigste Jobmotor auch in Zukunft, wird den demographischen Wandel massiv zu spüren bekommen.

Viele kleine und mittlere Familienbetriebe, die eher in der Provinz verwurzelt sind, haben im Kampf um die besten Köpfe das Nachsehen, wenn sie nicht aktiv dagegen halten. Sie brauchen Demographie-Berater, die ihnen beim Personalmanagement helfen. In Ländern wie Belgien unterstützen Diversitätsberater schon jetzt mittelständische Betriebe bei der Rekrutierung und Aufnahme von Ausländern.

- In der Lohnpolitik wird Mitarbeiterbindung wichtiger

Mit dem knapper werdenden Angebot an Fachkräften steigen die Löhne - je nach Branche und Region unterschiedlich stark. Vor allem leistungs- und ergebnisabhängige Erfolgsprämien und Einmalzahlungen werden damit zunehmen. Zugleich rücken neue Vergütungsmodelle nach vorn, die sich weniger am kurzfristigen Unternehmenserfolg ausrichten als vielmehr daran, qualifizierte Köpfe langfristig an den Betrieb zu binden. Programme zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung bekommen neue Konjunktur.

- Bildung ist die beste Beschäftigungspolitik

Bildung ist die beste Investition in eine moderne Beschäftigungspolitik. Deutschland liegt im OECD-Vergleich mit seinen Bildungsausgaben nur auf Rang 23 unter den 27 wichtigsten Ländern. Die Folgekosten unzureichender Bildung und damit entgangenes Wirtschaftswachstum werden allein bis 2043 auf mehr als 311 Milliarden Euro (mehr als der heutige Bundeshaushalt) geschätzt.

Die Studienquote zum Beispiel reicht nicht aus, um den Bedarf an Hochqualifizierten zu decken. Auch sind die Übergangsphasen beim Berufseinstieg zu lang - und sie werden immer länger. Wie erreichen wir eine bessere Qualifizierung und Aktivierung jener, die bisher auf dem Arbeitsmarkt zu wenige Chancen haben? Den Sockel von derzeit mehr als 2 Millionen Langzeitarbeitslosen kann auch der demographische Wandel nicht einfach auflösen.

Diese Thesen, die einen weiten Blick in die Zukunft werfen, machen einen etwas genaueren und zeitnäheren Blick auf tatsächliche Trends am Arbeitsmarkt erforderlich.

3. Arbeitsmarkt-Studien: Deutschland steht vor Vollbeschäftigung

Im Krisenjahr 2009 war die Beschäftigung erstmals seit 2005 gesunken. Unter anderem die massive Ausweitung der Kurzarbeit sowie das Abschmelzen von Guthaben auf Arbeitszeitkonten verhinderten nach Expertenmeinung aber eine zunächst befürchtete Entlassungswelle. Deutschland hat inzwischen die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten deutlich besser überstanden als befürchtet. Das zeigt sich an den Zahlen für den Arbeitsmarkt 2010: Die Zahl der Beschäftigten ist im vergangenen Jahr auf den höchsten je gemessenen Wert gestiegen. Nach vorläufigen Schätzungen sank die Zahl der Erwerbslosen nach international vergleichbaren Berechnungen im Durchschnitt des Jahres 2010 um 297.000 Personen auf 2,93 Millionen. Die Erwerbslosenquote, also der Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen, ging von 7,4 Prozent im Jahr 2009 auf 6,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 2010 zurück.

Im Dezember 2010 betrug die Arbeitslosenquote allerdings saisonbedingt wieder 7,2%⁹³. Es erhielten 5.519.000 erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. es befanden sich zudem 1,50 Millionen Personen in einer von Bund oder Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Im Bericht der BA ist zu lesen⁹⁴: „Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat sich zum Jahresende fortgesetzt. Die Industrieproduktion ist im Oktober kräftig gestiegen, und für das vierte Quartal erwartet die Deutsche Bundesbank eine kräftige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich nach den aktuellen Daten weiter verbessert.“

Die anziehende Arbeitskräftenachfrage und ein sinkendes Arbeitskräfteangebot tragen offenkundig zu einem erkennbaren Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Bereits zur Jahresmitte 2010 bewegten sich die Arbeitsmarktgrößen ungefähr wieder auf Vorkrisenniveau, so die Autoren einer IAB-Studie⁹⁵. Die Arbeitskräftenachfrage sei

⁹³ <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Startseite/Startseite-Nav.html>, Zugriff am 7.1.11

⁹⁴ http://statistik.arbeitsagentur.de/sid_A8BE94C06F76A91A440B4A1584EB5F83/Navigation/Startseite/Startseite-Nav.html; Zugriff am 7.1.11

⁹⁵ <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1810.pdf>

stabil im Aufwärtstrend, so werde es im Jahr 2011 voraussichtlich im Durchschnitt 2,96 Millionen Arbeitslose geben. Dies wäre der niedrigste Wert der registrierten Arbeitslosigkeit seit 1992. Zugleich werden der Prognose des IAB zufolge mit 40,63 Millionen Personen so viele Menschen erwerbstätig sein, wie nie zuvor im geeinten Deutschland.

Der wirtschaftliche Einbruch 2009 hat sich offensichtlich weniger stark auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt als befürchtet, da vor allem flexible Arbeitszeitmodelle und die Kurzarbeit intensiv genutzt wurden. Auch wirken eine moderate Lohnentwicklung und die Hartz-Reformen positiv. Die Gründe für die erfreuliche Entwicklung liegen vor allem im deutlich anziehenden Export, aber auch in einer steigenden Nachfrage im Inland. Dennoch waren Ökonomen einhellig vor den Gefahren durch eine Schuldenkrise; das größte Risiko für den Arbeitsmarkt wird zudem in einer neuerlichen Verschärfung der Bankenkrise in Europa gesehen.

Dennoch: Selten ist der Arbeitsmarkt unter so guten Vorzeichen ins neue Jahr gestartet⁹⁶. Noch nie hat es in Deutschland so viele Jobs gegeben. 2010 waren im Durchschnitt rund 40,37 Millionen Menschen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig, teilte das Statistische Bundesamt mit⁹⁷. Das sind 197 000 oder 0,5 Prozent mehr als 2009. Vor allem die Zahl der Arbeitnehmer wuchs deutlich auf 35,95 Millionen. Die Zahl der Selbstständigen nahm nur leicht auf 4,42 Millionen zu.

Zugleich wuchs die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften im Dezember 2010 noch einmal kräftig, berichtete die Bundesagentur für Arbeit (BA)⁹⁸. Nach dem von ihr berechneten Stellenindex BA-X sind die Chancen von Stellensuchenden besser als vor dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008. Inzwischen drohen nach Erkenntnissen der Bundesagentur in einigen Branchen bereits Personalengpässe. Probleme gebe es vor allem bei Hochqualifizierten.

Vor allem aber Zeitarbeitsunternehmen suchen derzeit Mitarbeiter. Doch auch im Handel, im Bereich Gesundheit und Soziales und in der Gastronomie werden viele Stellen angeboten. Über drei Viertel der bei der BA gemeldeten Stellen seien Vollzeitstellen, ebenfalls mehr als drei Viertel seien Stellen für unbefristete Arbeitsverhältnisse. Der Anteil der Vollzeitjobs mit Festanstellung wachse wieder.

Doch langfristige Zahlen zeigen einen langfristigen Strukturwandel in Deutschland. Immer weniger Menschen arbeiten dort, wo der Wohlstand des Landes herkommt: in der Industrie. Im abgelaufenen Jahr beschäftigte die Industrie nur noch 18,9 nach zuvor 19,4 Prozent der Erwerbstätigen. Immer wichtiger für den Arbeitsmarkt wird hingegen der Dienstleistungsbereich. Fast 30 Millionen Menschen hatten einen Dienstleistungsjob - 1,1 Prozent mehr als 2009. Damit arbeiten fast drei Viertel aller Erwerbstätigen (73,5 Prozent) in diesem Sektor - 1991 waren es noch 59,5 Prozent.

Das *Forschungsinstitut Kiel Economics* richtet seinen Blick noch etwas weiter in die Zukunft⁹⁹. Die deutsche Arbeitslosenquote könnte in den kommenden Jahren auf Werte fallen, wie sie früher in Westdeutschland üblich waren. Das geht aus

⁹⁶ <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/2010-mehr-Jobs-denn-je;art4306,786379>; Zugriff am 7.1.11

⁹⁷ Siehe: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/>

⁹⁸ Siehe: <http://www.arbeitsagentur.de/>

⁹⁹ <http://www.shortnews.de/id/840320/Prognosen-2014-wieder-Vollbeschaeftigung-in-Deutschland>; Zugriff am 30.12.10

Kiel Economics gehört zum Kreis der Forschungseinrichtungen, die für die Regierung die Gemeinschaftsdiagnose erstellen.

Prognosen des Instituts hervor¹⁰⁰: Demnach werden bis 2014 nur noch 1,84 Millionen Menschen ohne Beschäftigung sein, die Arbeitslosenquote läge damit knapp unter 4,5 Prozent. Dies wäre der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Einige Ökonomen sprechen bei Werten von unter fünf Prozent bereits von Vollbeschäftigung. Niedriger war die Arbeitslosenquote zuletzt 1991 in Westdeutschland. Das Szenario der Kieler Forscher unterstellt allerdings für die kommenden Jahre, dass die Konjunktur nicht durch einen Schock wie eine Verschärfung der Finanzkrise erschüttert wird.

Ein kritischer Blick auf diese Trends führt zu der Frage: woher kommt eigentlich diagnostizierte Jobzuwachs? Klar ist, dass der Umfang von Teilzeitjobs und befristeter Beschäftigung seit Jahren in Deutschland deutlich zugenommen hat. So verdienen eben immer mehr Beschäftigte in Deutschland ihren Lebensunterhalt durch Teilzeitarbeit. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Halbtagsjobber auf 11,83 Millionen¹⁰¹. Auch hat die Zahl der Arbeitnehmer, die neben ihrer regulären Tätigkeit einem Zweitjob nachgehen, mit 2,2 Millionen einen neuen historischen Rekordwert erreicht. 2006 waren dies laut IAB-Angaben erst 2,07 Millionen. Nach den aktuellen Berechnungen werden für Nebenjobs im Schnitt 7,8 Stunden in der Woche aufgewendet¹⁰².

Insofern heißt Jobzuwachs nicht auch eine Verbesserung sozialer Lagen, im Gegenteil: Die Zahl der traditionellen Beschäftigungsverhältnisse ist in Deutschland seit 2001 im internationalen Vergleich stark zurückgegangen, und zwar um 4,6% Prozentpunkte zurückgegangen. Dagegen nahm der Umfang von Teilzeitjobs und befristeter Beschäftigung deutlich zu. Dies zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die gemeinsam mit dem Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) erstellt wurde¹⁰³. Deutschland ist nach dieser Studie weit vorn bei Teilzeit-Stellen; stärker geschrumpft sei die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten nur in Polen, den Niederlanden, Luxemburg und Malta. Frankreich und Großbritannien wiesen dagegen eine Zunahme der Normal-Arbeitsverhältnisse auf. Was aber heißt das¹⁰⁴?

Das so genannte Normalarbeitsverhältnis ist durch eine unbefristete Anstellung in Vollzeit (Arbeitszeit von 30 Stunden oder mehr) charakterisiert. Nach dieser Definition befanden sich im Jahr 2008 60,1 Prozent aller Beschäftigten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in einem Normalarbeitsverhältnis. Während in Deutschland in der Industrie traditionelle Beschäftigungsformen nach wie vor dominieren, sind diese im Dienstleistungssektor im Vergleich zu anderen Ländern deutlich weniger verbreitet. Hierzulande ist mit einer Quote von 53,2 Prozent nur gut jeder zweite Arbeitnehmer unbefristet und in Vollzeit beschäftigt.

Mit diesem Abbau traditioneller Beschäftigungsformen reagiert die Wirtschaft auf gestiegene Flexibilitätsanforderungen und die erweiterten Möglichkeiten im Zuge der Arbeitsmarktreformen alternative Beschäftigungsarten zu nutzen. Der Arbeitsmarkt wird dadurch funktionsfähiger, aber auch unsicherer.

¹⁰⁰ Siehe: <http://www.kieleconomics.de/>
¹⁰¹

http://www.focus.de/finanzen/karriere/perspektiven/teilzeit/arbeitsmarkt_aid_233868.html

Siehe auch IAB

¹⁰² http://www.focus.de/finanzen/karriere/perspektiven/teilzeit/arbeitsmarkt_aid_233868.html; Zugriff am 7.1.11

¹⁰³ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_99410.htm: Zugriff am 2.1.11

¹⁰⁴ Siehe: http://www.focus.de/finanzen/karriere/perspektiven/teilzeit/arbeitsmarkt_aid_233868.html

Der Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses ist aber auch mit einer schwachen Lohnentwicklung einhergegangen. Für Geringverdiener mit zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens eines Arbeiters in der Industrie stiegen in Deutschland beispielsweise die Nettolöhne zwischen 2001 und 2008 lediglich um 1,6 Prozent. Der Durchschnitt in Europa lag dagegen bei 2,9 Prozent.

Als Ursache werden neben einem über weite Strecken unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum vor allem Struktureffekte gesehen, die durch die Schaffung von Teilzeitarbeit und marginalen Beschäftigungsverhältnissen entstehen. Die Zunahme niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse senkt die durchschnittlichen Verdienste und vermindert so auch die Zunahme der Nettoeinkommen.

Geringverdiener in Deutschland sind zudem überproportional von hohen Steuer- und Sozialabgaben betroffen und im internationalen Vergleich nach Dänemark am zweitstärksten belastet. Die marginale Belastung durch Steuern und Abgaben zuzüglich Transfers für Geringverdiener beträgt hierzulande 59 Prozent. Das bedeutet, dass von einem Euro, der brutto zusätzlich verdient wird, tatsächlich netto nur 41 Cent ausgezahlt werden. Der Rest verbleibt beim Staat in Form von höheren Steuern und Sozialabgaben bzw. geringeren Sozialtransfers. Im Vergleich dazu erhalten Durchschnittsverdiener immerhin 45 Cent und Arbeitnehmer mit höheren Einkommen sogar 56 Cent. In dieser Hinsicht wirkt das deutsche Steuersystem regressiv, die Steuerbelastung nimmt bei zunehmendem Einkommen also prozentual ab.

Der Rückgang von traditionellen Beschäftigungsverhältnissen ist in Deutschland zudem keineswegs geschlechtsneutral. Der Anteil von Frauen, die sich in einem Normalarbeitsverhältnis befinden, sank zwischen 2001 und 2008 von 48 auf ca. 43 Prozent und erreichte nach den Niederlanden und der Schweiz den drittniedrigsten Wert unter 28 untersuchten OECD Staaten. Der Vergleich zeigt auch, dass das Normalarbeitsverhältnis bei Frauen stärker als bei Männern zurückgegangen ist. Die Zunahme der Beschäftigung bei Frauen wurde demnach vor allem über Teilzeitarbeit erzielt.

4 Löhne und Gehälter

Die deutsche Wirtschaft erholt sich, so die Aussage vieler Institute¹⁰⁵. Das hat Auswirkungen auf Löhne und Gehälter. Die aktuellen Thesen zur Wirtschaftsentwicklung sagen einhellig aus, dass die Arbeitnehmer mit kräftigen Lohnsteigerungen rechnen können¹⁰⁶: Eine Prognose der Bundesbank sieht klare Hinweise, dass die Löhne nach der durch Zurückhaltung geprägten Krisenzeit nun deutlich stärker steigen; im Jahresdurchschnitt 2011 könne der Lohnzuwachs auf Monatsbasis mit 1,5 Prozent zwar noch ähnlich niedrig ausfallen wie im laufenden Jahr mit 1,6 Prozent. Dies liege aber daran, dass Verträge, die in der Krisenzeit abgeschlossen wurden, noch bis in das Jahr 2011 hinein Gültigkeit haben und oft nur Einmalzahlungen im Jahr 2010 vorsahen. Doch 2012 würden die Tarifentgelte mit einem Plus von 2,2 Prozent stärker zunehmen.

¹⁰⁵ <http://www.welt.de/wirtschaft/article5760798/Deutschland-ueberwindet-2011-die-Wirtschaftskrise.html>; Zugriff am 8.1.2010

¹⁰⁶ <http://www.finanzzeug.de/experten-prognostizieren-lohn-explosion-in-der-brd-13890>;

Auch: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-07/arbeitslosigkeit-vollbeschaeftigung>; Zugriff am 30.12.10

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung erwartet in 2010 und 2011 ein Lohnplus von mehr als 2 Prozent.¹⁰⁷ Die Löhne und Gehälter werden den Prognosen zufolge sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr um mehr als 2 Prozent wachsen. Nach weiteren Langzeitprognosen von Wirtschaftsexperten aus den verschiedenen Instituten können Arbeitnehmer sogar mit kräftigen Lohnerhöhungen ab 2013 rechnen; die Bruttolöhne könnten 2013 um 4,3 Prozent und 2014 sogar um 4,9 Prozent steigen. Gründe dafür werden vor allem im Engpass an Arbeitskräften durch die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und dem erwarteten Bevölkerungsrückgang gesehen.

5. Demographischer Wandel verändert Arbeitsmarkt tiefgreifend¹⁰⁸

Die Menschen werden älter, zugleich gibt es immer weniger Geburten; Deutschland altert und die Bevölkerung wird immer kleiner¹⁰⁹. Ab 2015 gehen die "Babyboomer" in Rente. Alterung und Schrumpfung sind unausweichlich.

Nach Berechnungen von Destatis wird im Jahr 2050 jeder dritte in Deutschland lebende Bürger 60 Jahre oder älter sein¹¹⁰. Gründe hierfür sind eine steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig sinkenden Geburtenzahlen. Den Destatis-Berechnungen liegen drei Annahmen zu Grunde: Die Lebenserwartung erhöht sich bis zum Jahr 2050 auf 81,1 Jahre für Männer beziehungsweise 86,6 Jahre für Frauen, die Geburtenrate bleibt bei 1,4 Kindern pro Frau und nach Deutschland wandern jährlich etwa 200.000 Menschen ein. Dies ist dabei die "mittlere" mehrerer denkbarer Varianten. Nach dieser Berechnung sinkt die Bevölkerungszahl in Deutschland bis zum Jahr 2050 von heute 82,5 Millionen auf 75 Millionen. Gleichzeitig nimmt der Anteil der älteren Menschen zu, zur Jahrhundertmitte wird jeder Neunte älter als 80 Jahre sein. Die Anzahl der 22- bis 35-Jährigen bis zum Jahr 2025 um 1,15 Millionen Menschen zurückgehen¹¹¹.

Die demografische Entwicklung und der fortschreitende Strukturwandel werden unsere Gesellschaft spürbar verändern. Ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, für ganz Deutschland gilt: Es wird immer weniger zu verteilen geben. Der Druck auf die gewachsenen politischen und sozialen Strukturen steigt, der Generationenvertrag in den sozialen Sicherungssystemen implodiert. Dieser demografische Wandel wird massive Auswirkungen auf die Rentensysteme, das Gesundheitssystem und weitere Versorgungssysteme haben, die sich hinsichtlich Finanzierung aber auch im Bezug auf ihre Ausgestaltung dem Wandel stellen müssen um sich allmählich auf die neue Alterspyramide einzustellen. Experten fordern angesichts dieser Entwicklung einen grundlegenden Umbau der Sozialsysteme vom Generationenvertrag zu anderen öffentlichen (Bürgerversicherung) und private kapitalgedeckten Sicherungssystemen.

Im Osten Deutschlands lässt sich schon jetzt einiges über den Umgang mit dem Wandel lernen. Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Umbrüche haben dort im Zeitraffer vorweggenommen, worauf sich in naher Zukunft auch die meisten anderen Regionen einstellen müssen: Schrumpfung, Leerstand, kaum ausgelastete bzw.

¹⁰⁷ <http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/0,2828,717617,00.html>; Zugriff am 4.1.2011

¹⁰⁸ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-83F053A4-7855C97F/bst/hs.xsl/nachrichten_101319.htm; Zugriff am 30.12.10

¹⁰⁹ Inwieweit die Zunahme der Geburten in 2010 eine Trendumkehr ist wird das Jahr 2011 zeigen.

¹¹⁰ Siehe: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/>

¹¹¹ <http://www.wegweiser-kommune.de/global/aktuelles/Aktuelles.action>; Zugriff am 12.1.11

überflüssige Infrastrukturen, Probleme mit Versorgungsstrukturen in immer dünner besiedelten ländlichen Regionen, Fachkräftemangel.

In diesen sich verändernden demografischen Strukturen, in der Überalterung der Gesellschaft, wird auch ein Grund für einen möglichen Rückgang der Arbeitslosenzahl gesehen, obwohl dem von anderen Experten wiederum widersprochen wird. In den nächsten Jahren jedenfalls wird die Zahl der Menschen im erwerbstätigen Alter um 1,8 Millionen sinken.

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung wird der Demographische Wandel den Arbeitsmarkt schneller und grundlegender verändern als vielfach angenommen¹¹². Das gilt vor allem für die neuen Bundesländer. Mit Ausnahme von Brandenburg und Berlin wird sich im Osten Deutschlands die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen bereits in den kommenden fünf Jahren nahezu halbieren¹¹³. Dafür sorgt vor allem der starke Geburtenrückgang kurz nach der Wende.

Da nach der Wende die Geburtenzahl wieder zunahm, steigt die Anzahl der 19- bis 24-Jährigen im Osten Deutschlands 2015 bis 2025 sogar wieder leicht an. Bundesweit geht die Zahl der Personen in dieser Altersgruppe allerdings bis zum Jahr 2025 um 1,2 Millionen Menschen zurück¹¹⁴.

In den westlichen Bundesländern wird es von 2006 bis etwa 2011 sogar eine Steigerung bei der Anzahl der 19- bis 24-Jährigen um etwa 5 Prozent geben; dem folgt eine kontinuierliche leichte Abnahme, so dass dieser Altersgruppe 2025 etwa 15 Prozent weniger Einwohner angehören werden als 2006.

Die Analysen der demographischen Daten zeigen eine massive Veränderung des gesamten Erwerbsspersonen-Potenzials. Dies betrifft besonders die Entwicklungen in den unterschiedlichen Altersgruppen:

- Während die Zahl der 45- bis 64-Jährigen von 2006 bis 2025 um 1,4 Millionen zunimmt,
- wird sich die Zahl der jüngeren Erwerbstätigen von 25 bis 44 Jahren in diesem Zeitraum um 3,7 Millionen verringern.

Die regionalen Entwicklungen sind jedoch sehr unterschiedlich; sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Bundesländern. Somit aber wird es für die Unternehmen zunehmend schwieriger werden, geeignete Arbeitskräfte zu gewinnen. Das aber bedeutet zugleich einen steigenden Mobilitätsdruck auf Arbeitnehmer, um Jobs zu erhalten – und das kann dazu führen, dass Menschen ein Arbeitsleben lang den Beschäftigungsmöglichkeiten hinterher wandern. Angesichts der zurückgehenden Zahlen junger Menschen wird es zudem immer wichtiger, alle bestmöglich zu qualifizieren. Doch genau das ist nicht für alle Kinder und

¹¹² <http://www.wegweiser-kommune.de/global/aktuelles/Aktuelles.action>; Zugriff am 11.1.11

¹¹³ Für die künftige Entwicklung des gesamten Arbeitskräfte-Potenzials ist die Gruppe der 19- bis 24-Jährigen von besonderer Bedeutung, da in diesen Altersjahrgängen Studium, Meisterausbildung und andere weiterführende Ausbildungen stattfinden.

¹¹⁴ Die größten Verlierer unter den Bundesländern in der Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen bis zum Jahr 2025 sind Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit jeweils -48 Prozent gefolgt von Thüringen (-46 Prozent), Sachsen (-42 Prozent) und Brandenburg (-39 Prozent). Im Mittelfeld liegen Berlin (-27 Prozent), das Saarland (-26 Prozent), Rheinland-Pfalz (-19 Prozent), Bremen (-18 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (-17 Prozent). Weniger betroffen von den Auswirkungen des Demographischen Wandels sind Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg mit jeweils -14 Prozent sowie Niedersachsen (-13 Prozent) und Schleswig-Holstein (-8 Prozent).

Jugendliche erkennbar; dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen.

Unabhängig davon: Die teilweise stark abnehmende Anzahl der 19- bis 24-Jährigen ist eine große Herausforderung für die schulischen und betrieblichen Bildungsangebote. Die Unternehmen müssen sich ihrerseits auf die älter werdenden Belegschaften einstellen. Dazu gehört, einerseits frühzeitig nachhaltige Altersstrukturen aufzubauen und andererseits in die Weiterbildung der älteren Mitarbeiter zu investieren. Alleine durch die Einstellung jüngeren Nachwuchses werden sich die Belegschaften nicht hinreichend weiterentwickeln können - mangels ausreichender Bewerberzahlen. Die gesamte betriebliche Personalentwicklungspolitik wird sich daher umorientieren müssen. Die Belegschaften altern zwar statistisch, aber nicht unbedingt in ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Auswirkungen dieses Wandels hat eine aktuelle Studie auf den Punkt gebracht¹¹⁵: McKinsey untermauert diesen Trend in seiner Zukunftsstudie „Deutschland 2020“ mit neuen Zahlen¹¹⁶. Laut dieser Studie bieten schon in fünf Jahren deutsche Unternehmen mehr Jobs an, als sie mit Fachkräften besetzen könnten. McKinsey geht von zwei Szenarien aus. Wächst die Wirtschaft in Deutschland jährlich um drei Prozent, dann würden 6,1 Millionen Arbeitskräfte fehlen. Wächst sie um 1,7 Prozent jährlich, müssten 2,5 Millionen offene Stellen besetzt werden. Der demographische Wandel wird offensichtlich einen allmählich steigenden Fachkräftemangel hervorrufen.

Das Land steuert, betrachtet man die Analysen von Mc Kinsey, sogar auf einen bedrohlichen Engpass am Arbeitsmarkt zu. Der Arbeitskräftemangel, die zu geringe Zahl von Hochschulabsolventen, 20% werden fehlen, und der Mangel an Ingenieuren seien das größte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung. Um dem prognostizierten Arbeitskräftemangel vorzubeugen, schlägt McKinsey vor, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen sowie mehr Ältere und Jüngere in die Arbeitswelt „einzubinden“. Deutlich mehr junge Menschen müssten einen Hochschulabschluss erwerben.

Ein Drittel der heutigen Arbeitskräfte war schon 2008 von über Fünfzigjährigen ausgefüllt. Um das Defizit an nachrückender Arbeitskraft auszugleichen, müssen die Betriebe halten und gegebenenfalls sogar neu einstellen. Auch sollte ein Rückschritt vom Verjüngungsprozess in den Betrieben zum Alterungsprozess eintreten um die Arbeit überhaupt decken zu können. Überdies ist eine Anpassung der Arbeitsbedingungen erforderlich und es muss auf Arbeitserfahrung anstatt auf frische Kräfte gesetzt werden. Weiterbildungen müssen ältere Arbeiter auf den Ausbildungsstand der Jüngeren bringen, was einen erheblichen Kostenaufwand für die Betriebe bedeutet. Insgesamt müsste dann auf andere Güter und Dienste umgestellt werden, wie z.B. mehr Altenpflege oder Alten, statt Jugendreisen

Vor diesem Hintergrund hat das Institut Arbeit und Technik der Fachhochschule Gelsenkirchen (IAT) in einer aktuellen Studie die Folgen des demografischen Wandels für die Volkswirtschaft in mehreren Thesen zusammen gefasst¹¹⁷:

- Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es in Zukunft zu einem Missverhältnis zwischen Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot kommen.

¹¹⁵ <http://www.persolog-blog.de/allgemein/prognose-2020-fehlen-2-millionen-fachkraefte-in-deutschland/>: Zugriff am 6.1.11

¹¹⁶ http://www.mckinsey.de/downloads/profil/initiativen/d2020/D2020_Exec_Summary.pdf

¹¹⁷ IAT-Aktuell 2011-01. Mail vom 5.1.11; siehe auch <http://www.iat.eu>

- Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften wird zu einem erhöhten arbeitsmarktlichen Wettbewerb führen.
- Die klassischen personalpolitischen Strategien müssen um Bemühungen ergänzt werden, attraktive Arbeitsbedingungen sowohl für junge als auch für ältere Arbeitnehmer zu bieten.
- Unternehmen müssen sich auf veränderte Erwerbsbiographien einstellen und eine Mehrfachbelastung der mittleren Generation.
- Durch die Alterung der Gesellschaft wird sich zudem die Zahl der Pflegebedürftigen erhöhen, damit verbunden auch die Zahl der Beschäftigten, die in ihrem Familienkreis für die pflegerische Betreuung eines Angehörigen verantwortlich sind.

Fazit

Der prognostizierbare Boom verläuft ambivalent, er wird mehr Menschen in Beschäftigung bringen, doch er wird auch vorhandene Tendenzen Sozialer Ungleichheit und Spaltung verfestigen. Beschäftigung heißt nicht zwangsläufig auch ein ausreichend hohes Einkommen in Vollzeit und unbefristet. Im Boom zeigt sich zwar auch ein eklatanter Fachkräftenagel, doch zugleich lebt er von einer Ausweitung prekärer Beschäftigung, den Niedriglöhne, den Teilzeitjobs, den befristeten Jobs und der Zeitarbeit.

Angesichts der Unsicherheiten um den Euro, der ökonomischen Situation in den USA oder in China, des Klimawandels, der damit einhergehenden Katastrophen – allein 100 Milliarden Schäden in 2010 – lässt sich das alles nur mit Unsicherheit vorhersagen. Langfristige ökonomische Entwicklungen lassen sich prinzipiell schwer prognostizieren, denn „Blasen“ (Immobilienblase als Beispiel) können immer und öfter platzen, Vorrang hat dann aber eher der Versuch Stabilität herzustellen. Und darin ändern sich die materiellen Lebensverhältnisse der unteren Lage zuletzt.

Der demografische Wandel wird den Arbeitsmarkt verändern und zugleich neue Einnahmequellen schaffen: das Alter wird auf Grund seiner derzeit und auch noch für einige Zeit absehbaren hohen Kaufkraft ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor werden, auch für die sozialen Dienste und insbesondere für die Pflegesysteme. Alten können zudem als Beschäftigte mit hohen Erfahrungswerten aber auch als Unternehmer und als Existenzgründer auftreten¹¹⁸

¹¹⁸ BMFSFJ; Dokumentation Europäischer Kongress Demografischer Wandel als Chance, Berlin 2007

5. Kapitel: Verdichtung und Konkretisierung

In diesem Kapitel sollen die wichtigen Entwicklungen und Trends im Hinblick auf Zielgruppen und konkrete Fragestellungen aus den vorhandenen Expertisen, Studien, Meinungen und Publikationen zusammengefasst und thesenartig verdichtet werden. Essentiell ist dabei meine Interpretation, dass sich die manifestierende Soziale Ungleichheit und Soziale Spaltung auch in den nächsten Jahren kaum rückläufig entwickeln werden, es ist allenfalls mit einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau zu rechnen¹¹⁹. Das heißt aber nicht, dass alles beim Alten bleibt; es wird Entwicklungen geben, manche Risikogruppen werden sich reduzieren und andere sich zugleich neu entfalten wie Erschöpfte Familien und arme Seniorinnen und Senioren.

Laut einer soeben vorgelegten Studie hat Deutschland aktuell einen hohen Nachholbedarf in Sachen soziale Gerechtigkeit¹²⁰. Betrachtet wurden die Politikfelder Armutsvermeidung, Bildungszugang, Arbeitsmarkt, sozialer Zusammenhalt und Gleichheit sowie Generationengerechtigkeit. Angeführt wird der in der Studie entwickelte Gerechtigkeitsindex von den nordeuropäischen Staaten Island, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland – ähnlich wie bei PISA. Schlusslicht ist die Türkei. Im Vergleich mit den 31 OECD-Staaten liegt die BRD mit Platz 15 lediglich im Mittelfeld – auch das ähnelt den PISA-Ergebnissen.

Defizite für Deutschland sieht die Studie in den bekannten und vielfach diskutierten Feldern Armutsvermeidung, Bildung und Arbeitsmarkt. Der internationale Vergleich zeigt dabei aber eindeutig, dass sich Soziale Gerechtigkeit und marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit keineswegs gegenseitig ausschließen müssen; dies belegten die nordeuropäischen Länder. Insofern wären Investitionen in Bildung und andere soziale Maßnahme sogar für die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft förderlich.

Wie weiter oben ausführlich erörtert hat die Einkommensarmut in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten ständig zugenommen. Besorgniserregend ist das stetige Anwachsen der Kinderarmut. Daher mangelt es vielerorts bereits an den Grundvoraussetzungen sozialer Gerechtigkeit, denn unter den Bedingungen von Armut sind soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben vor allem für Heranwachsende kaum möglich¹²¹.

Trotz inzwischen verbesserter PISA-Ergebnisse deutscher Schülerinnen und Schüler hat das deutsche Bildungssystem auch weiterhin unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit massive Defizite¹²², die sich sicherlich auch in den nächsten Jahren nicht grundlegend ändern werden. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen

¹¹⁹ Am 11.11.11 lief im ZDF um 20.15 ein Film der einen Blick in das Jahr 2030 wagte. Unter dem Titel „Aufstand der Jungen“ wurde ein Szenario entwickelt, in dem sich Armut und Reichtum noch weiter voneinander entfernt hatten, mit abgeschotteten Armutsvierteln, die keinerlei Berührung mehr mit der sonstigen Gesellschaft hatten und eine eigene Kultur entfalteteten, mit eigenen und ungeschriebenen Gesetzen sowie einer eigenen Ökonomie. Zugleich hatte sich die Mittelschicht extrem ausgedünnt. Die sozialen Sicherungssysteme waren implodiert, die Medizin hatte sich radikal als Zweiklassenmedizin entwickelt, mit einem Basistarif für Menschen mit wenig Geld, der noch nicht einmal eine Grundversorgung gewährleistete. Diese überzogene Vision zeigte zumindest welche Gefahren den Menschen drohen....!

¹²⁰ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_104942.htm; Zugriff am 5.1.11

¹²¹ Zum Vergleich: In Dänemark, das neben Schweden und Norwegen die geringsten Armutsquoten im OECD-weiten Vergleich aufweist, sind lediglich 2,7 Prozent der Kinder von Armut betroffen. Selbst Ungarn (Rang 8) und Tschechien (Rang 13) liegen noch vor Deutschland (Rang 14).

¹²² Derzeit rangiert Deutschland im OECD-Vergleich mit Platz 22 nur im unteren Mittelfeld.

wird auch weiterhin stark mit ihrem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund zusammenhänge und davon geprägt sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus einem sozial schwachen Umfeld durch Bildung befähigt werden, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, wird in Deutschland auch weiterhin geringer bleiben als in vielen anderen OECD-Staaten. Die Investitionen in frühkindliche Bildung, einem der Schlüsselfelder zur Gewährleistung gleicher Lebenschancen, sind stark ausbaufähig, das geplante Bildungspaket ist letztlich nur politische Kosmetik.

Dennoch gehe ich davon aus, dass vor dem Hintergrund des absehbaren Fachkräftemangels und durch die öffentliche Brisanz des Themas in den nächsten Jahren intensivere und zielgenauere Maßnahmen platziert werden, die insgesamt, auch mit dem doch tendenziellen Rückgang der Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und deren Folgen verringern werden.

Die weltweite Wirtschaftskrise war in Deutschland am Arbeitsmarkt trotz der starken Exportabhängigkeit der inländischen Wirtschaft deutlich weniger spürbar als in anderen Ländern. Die Wirtschaft hat sich inzwischen auch weitestgehend wieder beruhigt und ein neuerlicher Boom ist erkennbar. Doch unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit, und das bestätigt ja meine Thesen einer langfristigen Manifestation sozialer Spaltung, gibt es laut der Bertelsmannstudie durchaus noch Schattenseiten¹²³. So bleibt einigen gesellschaftlichen Gruppen - wie Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten - auch weiterhin der Zugang zu Beschäftigung massiv erschwert. Hinsichtlich der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit liegt Deutschland, derzeit bei ca. 2 Millionen und damit mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen, im OECD-Vergleich sogar auf dem vorletzten Platz.

Auch beim Aspekt sozialer Zusammenhalt und Gleichheit bestehen aktuell und damit auch weiterhin Defizite. Die Ungleichverteilung der Einkommen in Deutschland hat innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte so stark zugenommen wie in kaum einem anderen OECD-Mitgliedsland. Mit Blick auf den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist eine solche Polarisierungstendenz bedenklich. Bei Fragen der Gleichbehandlung und der Vermeidung von Diskriminierungen herrschen in Deutschland zwar hohe rechtliche Standards. Doch gibt es in der Praxis durchaus Fälle von Diskriminierung, insbesondere hinsichtlich des Alters, des Geschlechts und von Behinderungen. Auch bei der Integration von Zuwanderern erhält Deutschland nur mäßige Noten; Zuwanderung wird häufig mehr als Risiko denn als Chance betrachtet.

Diese in der Studie benannten Defizite, die das weiter oben dargelegte bestätigen und den prognostizierten Boom der kommenden Jahre relativieren, prägen die BRD auch in den Zeiten und Jahren, die vor ihr liegen. Vor diesem Hintergrund ist die Beantwortung der folgenden Fragen immer auch eine Prognose aus bestehenden Analysen materieller Lebensbedingungen sowie sozialer Ungleichheit und sozialer Spaltung heraus.

¹²³ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_104942.htm; Zugriff am 5.1.11

Welche konkreten Auswirkungen werden die prognostizierten Entwicklungen haben?

Sozialraum und Stadtentwicklung

Die diagnostizierte Krise der Städte, die sich vor allem in Schrumpfungsprozessen, Finanzproblemen, demografischen Entwicklungen und Spaltungstendenzen darstellt, wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren nicht generell umkehren sondern sich in einigen Städten stabilisieren und in manchen sogar noch intensivieren und beschleunigen.

Unterstellt man dabei aber das stadtsoziologische Modell einer „Eigenlogik der Städte“ (Löw 2008), das von einer Individualität und einer je spezifischen Entwicklung der Städte ausgeht, dann wird es sehr unterschiedliche Trends geben, die sich von Stadt zu Stadt grundlegend unterscheiden können. So wird es in den nächsten Jahren Städte geben, die boomen und wachsen, denen es ökonomisch und sozial besser gehen wird als anderen; es wird aber auf der anderen Seite Städte geben, die verstärkt in finanzielle Schieflagen geraten, da die Einnahmen wegbrechen, die kaum noch Investitionen in die Erhaltung der Infrastrukturen tätigen können, in denen es sichtbare Verwahrlosung geben wird¹²⁴, die zugleich von massiven Abwanderungen bedroht sind und in denen sich die diskutierten Spaltungstendenzen intensivieren. Stadtentwicklung kann zukünftig nicht mehr als allgemeines Phänomen diskutiert werden, sondern nur noch im Einzelfall einer konkreten Stadt. Insgesamt verläuft die Entwicklung dabei äußerst heterogen und ambivalent.

Zweifelsohne werden in vielen Städten die Prozesse der Segregation und der Ghettoisierung voranschreiten und tendenziell „Armenviertel“ begründen; zugleich wird es auch weiterhin durch die beschriebenen Prozesse der Gentrification eine Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete geben, in denen sich wohlhabende Personen ansiedeln. Gated communities, ein Phänomen, das sich vor allem in megacities formt, gibt es inzwischen vom Ansatz her auch in deutschen Städten: Dies sind Stadtviertel, in denen ausschließlich wohlhabende Personen leben, die einzig Zugang haben und die von Wach- und Sicherheitsdiensten bewacht werden.

Mit dem demografischen Wandel wird das Schrumpfen der Städte weiter gehen, damit aber auch alle Probleme der dann zu groß ausgelegten Versorgungsstrukturen, der notwendigen Nutzungsumwidmung von Gebäuden wie Kindereinrichtungen und Schulen. Dennoch wird es auch Städte mit Zuwanderung geben, vor allem auch Zuwanderung von wohlhabenden Senioren, die sich vermehrt in Städten niederlassen, wegen der Kultur, des Freizeitwerts und der erreichbaren Infrastrukturen.

Konkurrenzkampf der Städte

Genau besehen wird es zu einem noch stärkeren Konkurrenzkampf der Städte untereinander kommen. „Konkurrenzkampf der Städte“ bedeutet einen Wettstreit zwischen den schrumpfenden Städten, der durch den Bevölkerungsrückgang hervorgerufen wurde.

¹²⁴ Der aktuelle Winter wirft das Problem der Schlaglöcher auf, deren Reparatur in unterschiedlicher Güte vorgenommen werden wird. Armut und Reichtum der Städte wird man in Zukunft vielleicht am Zustand ihrer Straßen erkennen..

Das Sinken der Bevölkerungszahl verursacht in den Städten und Gemeinden einen höheren Bedarf sowohl an den Einwohnern, die die sozialen Einrichtungen nutzen, wie Wohnungsmieter, Ladenkunden, Schüler und Auszubildende, als auch an den Einwohnern, die die sozialen Einrichtungen gestalten, wie Fachpersonal für Bildungseinrichtungen und Geschäfte. Die Städte wetteifern um Bevölkerung.

Der Trend der neuen Familienstruktur, die durch den Wohlfahrtsstaat Deutschland und durch fortgeschrittene Kommunikationsmittel ermöglicht wird, hat das Auswandern aus den armen in die reichen Städte zur Konsequenz. Prunk und Reichtum der großen Städte locken junge Menschen und Zuwanderer an, während zu dem Schrumpfungsprozess der armen Städte somit auch noch die Vergreisung und Verarmung dieser Gemeinden hinzukommt.

Doch auch die reichen Städte haben darunter zu leiden: Die dortigen Ressourcen werden knapp und Probleme mit der Umweltverschmutzung und ähnliches nehmen zu, was meist einen Anstieg der Mietpreise und eine Zerstörung der attraktiven natürlichen Gegebenheiten zur Folge hat. Der Reichtum dieser Städte wächst dennoch, denn diejenigen, denen es möglich ist der Armut ihres Heimatortes zu entfliehen sind die finanzkräftigen und meist gut gebildeten Familien, die in der reichen Stadt meist „nur“ zur Mittelschicht gehören, im Heimatort jedoch fehlen.

In den betroffenen schrumpfenden Städten resultieren daraus viele Schließungen in diversen Bereichen. Oftmals werden Bildungsinstitute mit denen der Nachbarorte auf eins reduziert, die Restlichen werden geschlossen. Das Angebot ist zu groß für den Bedarf. Ähnlich verhält es sich auch mit Geschäften und Büros: Pro Ort ein großer Supermarkt rentiert sich nicht, aus Arztpraxen und Kanzleien werden Gemeinschaftspraxen, die zusammengelegt werden. Selbst attraktive Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, die besonders die zu fördernde Jugend ansprechen, wie Freibäder oder Sporthallen, müssen aus demselben Grund geschlossen werden. Daraus resultiert nicht nur immer weniger Anziehungskraft auf Zuwanderer, sondern besonders ein extremer Abbau von Arbeitsplätzen, die nirgends aufgefangen werden können. Überdies bedeutet die Abwanderung von Einwohnern zugleich weniger zeugungsfähige Menschen, die die Stadtbevölkerung aufrechterhalten oder erhöhen könnten.

Der Wettkampf besteht vor allem auch darin, durch z.B. attraktive Mietpreise (was die Eigentümer natürlich finanziell belastet) zu versuchen, die Abwanderer aus den (Nachbar-)Staaten herzulocken, um die vorhandenen Institutionen aufrechterhalten zu können. Jede Stadt wird danach streben, diejenige zu sein, in der die zusammengelegten Praxen und Bildungsinstitute niedergelassen sind. Auch dies ist wiederum kostspielig und ressourcenraubend. Um sich weiterhin an dem Beispiel der attraktiven Mietpreise zu orientieren: Trotzdem übermäßigen Angebot an Kauf- und Mietwohngelegenheiten werden von den Gemeinden neue Wohnblocks gebaut, in denen es möglich ist solch niedrige Mieten anzubieten. Die Städte werden vieles und unerwartetes tun um ihre Wirtschaft anzukurbeln.

Mobilität

Der demografische Wandel verursacht nicht nur das Schrumpfen der Städte, auch die ländlichen Regionen werden zunehmend leerer. In manchen Gegenden leben fast nur noch Rentnerinnen und Rentner. Welche Auswirkungen dies auf das soziale und kulturelle Leben hat lässt sich noch nicht einmal andeuten.

Es wurde schon unter Stadtentwicklung und dem Konkurrenzkampf der Städte dargestellt: diese Entwicklung verläuft uneinheitlich. Manche Verdichtungsräume werden dabei Zuzüge bei insgesamt weniger Menschen leben; tendenziell wird die Verstärkung zunehmen.

Es findet zudem seit Jahren eine Abwanderung aus bestimmten Regionen Ostdeutschlands statt, junge und qualifizierte Personen gehen dorthin, wo es gut bezahlte Jobs gibt. Allerdings gibt es dann immer wieder auch gegenläufige Bewegungen, so hat sich bspw. im Süden Thüringen eine neue Industrieansiedlung entwickelt, die nicht nur die dortige Arbeitslosigkeit reduziert sondern auch händeringend nach Fachkräften sucht, die es vor Ort nicht mehr gibt.

Dennoch: Jeden Tag zieht es ca. 140 Ostdeutsche in die alten Bundesländer¹²⁵. Allein Sachsen-Anhalt verliert auf diese Weise täglich 32 Bürger. Zwar leiden auch westdeutsche Länder wie Rheinland-Pfalz und das Saarland unter Abwanderung, doch ziehen auch 19 Jahre nach der Wiedervereinigung mit 136.000 Menschen die meisten von Ost nach West und nur 85.000 in die umgekehrte Richtung. Seit der Wiedervereinigung ist die Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern damit von 15 Millionen auf 13 Millionen im Jahr 2008 zurückgegangen.

Der Aufholprozess der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands machte in den vergangenen Jahren nur langsame Fortschritte, näherte sich dem Westen aber stetig an. In der Zeit von 2000 bis 2008 erhöhte sich das Bruttoinlandprodukt je Kopf immerhin um 14,1 Prozent, in den alten Ländern waren es lediglich 9,1 Prozent. Diese wirtschaftliche Entwicklung schlug sich auch auf dem Arbeitsmarkt in einem beachtlichen Abbau der Arbeitslosigkeit nieder. Seit Ende 2005 hat sie sich in den neuen Ländern um fast eine halbe Million verringert. Im September 2009 erreichte die Arbeitslosigkeit eine Quote von 12,3 Prozent. Eine positive Entwicklung, doch bleibt sie damit immer noch doppelt so hoch wie im Westen (6,9 Prozent).

Trotz wirtschaftlicher Fortschritte sind es besonders junge Menschen, die im Zuge ihrer Ausbildung gen Westen wandern, da sie sich hier noch immer bessere Ausbildungs- und Zukunftsperspektiven erhoffen. Jeder dritte Abwanderer aus dem Osten ist zwischen 18 und 25 Jahren alt. Dieser Vorgang beschleunigt die Alterung der ostdeutschen Gesellschaft. Für die Zukunft fehlen hochqualifizierte Arbeitskräfte.

Das Problem ist aber weniger die Abwanderung dieser jungen Menschen als vielmehr die fehlende Rück- und Zuwanderung. So lässt sich gerade in den neuen Ländern ein deutlicher Überschuss an Fortzügen feststellen. Sachsen-Anhalt beispielsweise verzeichnete im Jahr 2008 insgesamt 44.291 Fortzüge in ein anderes Bundesland oder ins Ausland, aber nur 27.023 Zuzüge. Ähnlich erging es auch Sachsen und Thüringen, die unter dem Strich fast 12.000 Bürger verloren. Auch Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg litten unter der Abwanderung. Lediglich Berlin meldete ein Plus mit fast 13.000 Menschen.

Auch in Westdeutschland ziehen viele Bürger von Bundesland zu Bundesland. Die hohe Zahl der Abwanderer wird aber meist durch Zuzüge wieder ausgeglichen. So verließen 2008 beispielsweise fast 52.500 Menschen Schleswig-Holstein. Weil aber gleichzeitig rund 61.000 in das nördlichste Bundesland zogen, stieg die Einwohnerzahl unter dem Strich.

In den Städten und Landkreisen der neuen Länder zeigen sich gewichtige Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung. Insbesondere die

¹²⁵ <http://www.tagesschau.de/binnenwanderung100.html>; Zugriff am 10.9.10

Arbeitsmarktsituation führt dazu, dass die demografische Entwicklung in den Landkreisen wesentlich negativer verläuft als in den Städten. Für einige Städte in Mecklenburg-Vorpommern wird sogar ein Wachstumsprozess erwartet.

Rostock und Greifswald sollen bereits 2020 einen positiven Wanderungssaldo verzeichnen und 2030 eine höhere Bevölkerungszahl aufweisen. Die Universitätsstädte locken besonders Studenten an, welche die Städte immer wieder verjüngen. So war 2007 jeder Vierte, der aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Länder (ohne Berlin) zog, zwischen 18 und 25 Jahren alt. Einziger Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern für den ein Wachstum an Einwohnern prognostiziert werden kann, ist Bad Doberan (+12,1 Prozent), was sich vor allem in seiner Nähe zu Rostock und potenziellen Arbeitsplätzen dort begründet.

Auch in Leipzig stabilisiert sich die Einwohnerzahl wieder. Heute verzeichnet die Stadt rund 17.000 Menschen mehr als auf dem Tiefpunkt im Jahr 2000. Dieser demografische Wandel konnte ebenfalls vor allem durch junge Zuwanderer aufgrund der positiven Entwicklung von Leipzig als attraktiver Standort für Wirtschaft, Ausbildung, Kultur und Wissenschaft erzielt werden.

Besonders großer Handlungsbedarf besteht aber auch für die dünn besiedelten ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Konzepte wie zum Beispiel der Bundeswettbewerb "Junge Menschen gestalten die ländlichen Räume", der im Mai 2009 gestartet wurde, soll Jugendliche auf dem Lande motivieren, konkrete Vorstellungen und innovative Maßnahmen zur Zukunftssicherung zu entwickeln¹²⁶. Klar ist, dass die Zukunft der ländlichen Regionen entscheidend auch davon abhängt, ob gerade junge Menschen für sich und ihre Zukunft Perspektiven finden. Gefragt waren deshalb Ideen, Initiativen, Aktionen und Projekte zu Themen wie Zusammenleben von Alt und Jung, Schule, Bildung, Freizeitgestaltung oder öffentlicher Verkehr. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs der Bundesregierung werden erst in den nächsten Jahren Wirkung zeigen.

Vor diesem Hintergrund wird es vor allem in Ostdeutschland, tendenziell aber auch in einigen Regionen Westdeutschland, allmählich eine Überversorgung mit Infrastrukturen im ländlichen Raum geben: Kindereinrichtungen, Schulen, Versorgungseinrichtungen des Gesundheitssystems, der Kultur- und Freizeitangebote und der Behörden. Diese werden so aber zunehmend in Mittelzentren konzentriert, so dass es in vielen kleinen Orten kaum noch Zugänge geben wird. Gleichzeitig wird aber auch die Mobilität immer stärker durch den Abbau des öffentlichen Verkehrs individualisiert. Das stellt Ältere, Kranke und Bedürftige vor große Probleme. Nicht umsonst beginnen Diskussionen über die Versorgungsstrukturen im Ländlichen Raum.

Insgesamt wird die Gesellschaft mobiler, die Menschen werden vermehrt zu den Jobs gehen, dabei werden besonders mobile Personen auch immer öfter ihre Wohnorte wechseln, da sie den attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten hinterher ziehen. Das ist auch nötig. Es wird boomende Regionen und Regionen des Stillstands sowie des Abbaus geben – in der Geographie spricht man schon unverblümt von neuen „Wüstungen“.

Die individuelle Fähigkeit zur Mobilität wird sich als Vorteil bei der Jobsuche und bei der Gestaltung zufrieden stellender Lebensverhältnisse erweisen. Wer dies nicht gewährleisten kann, aus welchen Gründen auch immer, der verharrt und muss sich

¹²⁶ <http://www.handwerkermarkt.de/nachrichten/beruf-und-ausbildung/lernen-im-leben-ausbildung-und-praktikum/bundeswettbewerb-201ejunge-menschen-gestalten-laendliche-raeume201c>

unter Umstände auf ein dauerhaftes Leben in prekärer Arbeit und Benachteiligung einstellen. Diese Fähigkeit zur Mobilität steht durchaus in einem direkten Zusammenhang mit Bildungsabschlüssen und sozialen sowie familiären Hintergründen. Damit aber wird die individuelle Mobilität eng an die Chance zur sozialen Mobilität geknüpft. Diese aber verteilt sich auch nach in wesentlichen Anteilen nach den Ungleichheitsmustern der Gesellschaft. Die Gesellschaft wird somit zugleich mobiler und immobil.

Arbeitsverhältnisse

Die vielfältige und umfassende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Tendenzen einer Spaltung der Arbeitswelt, die Ausweitung der Niedriglöhne und anderer prekärer Beschäftigung wurde schon ausführlich erörtert. Es ist insgesamt davon auszugehen, dass diese Formen zunehmen. Allerdings wird dies zugleich von einem wachsenden Fachkräftemangel begleitet.

Im Zukunftsszenario des Ökonomen Zimmermann sehen die Arbeitsverhältnisse wie folgt aus (siehe oben): Die Formen wie die Strukturen der Arbeit ändern sich. Nicht mehr Fabriken und Büros, nicht mehr feste Arbeitszeiten und Hierarchien bestimmen die Arbeit der Zukunft, sondern Information und Wissen, vernetztes Arbeiten, Denken und Handeln. Diese Fähigkeiten sind prinzipiell überall verfügbar. Dementsprechend werden die beruflichen Biographien vielfältiger, die Karrieren offener. Teamorientierte Projektarbeit ist auf dem Vormarsch, ebenso Arbeitsformen, die Beruf und Privatleben integrieren.

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Wissensarbeiter, der Kreativwirtschaft und der Dienstleister etablieren sich neue Erwerbsformen vor allem in Sektoren wie Banken, Versicherungen, Medien, Beratung und öffentlicher Verwaltung: allerdings in eher atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Honorar- und Zeitverträgen oder Projektvereinbarungen, das aber kann auch eine Zunahme der Niedriglöhne bedeuten. Generell wachsen flexiblere Personaleinsätze wie Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit und Minijobs.

Es wird nicht weniger Arbeit geben, aber andere Arbeit. Schon heute ist kaum ein Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland in klassischen Produktionsbetrieben tätig. Die Sorge ist berechtigt, dass Deutschland seinen industriellen Kern verlieren könnte. Gewinner sind die wissensbasierten Dienstleistungen. Auch die sozialen Dienste boomen: Pflege, Erziehung und Betreuung, Familien- und Nachbarschaftshilfe. Weitere Potentiale für wachsende Beschäftigung liegen in der Freizeit- und Gesundheitsindustrie, der Medizin- und Biotechnik. Verkehr, Logistik und Kommunikationstechnologie gehören gleichfalls zu den Jobtreibern. Die Seniorenwirtschaft, die Silver-Economy, eröffnet neue Marktchancen.

Bildung

Die Tendenzen des Bildungssystems wurden oben bereits ausführlich erörtert; der Zugang zu Bildung und die damit verbundene Qualifizierung werden sich noch stärker als bisher zur Klassenscheide formen. Allerdings ist die Politik durch die Diskussion der letzten Zeit stark sensibilisiert, das derzeit vorgelegte Bildungspakt der Bundesregierung, das eher als soziale Kosmetik zu sehen ist, wird noch lange nicht das letzte Wort sein. Der Einsatz von Schulsozialarbeitern in nahezu allen Schulen wird kommen. Auch wird es vermehrt Versuche geben, das dreigliedrige

Schulsystem allmählich doch noch aufzubrechen. Auch die Tendenzen zu Ganztagschulen werden sich aller Voraussicht nach in die Zukunft verlängern. Insgesamt wird die Vielfalt des deutschen Bildungssystems, seine Uneinheitlichkeit, vergrößert. Das aber bedeutet auch, dass es sich immer mehr in seiner Qualität scheiden wird - insbesondere auch durch den weiteren Ausbau privater Schulen und Universitäten.

Doch auch hier wird es heterogene und ambivalente Entwicklungen geben: Es wird und muss zugleich Reaktionen auf den diagnostizierten Fachkräftemangel geben, auch gibt es schon jetzt erkennbare Bemühungen die Zahl der Studierenden und damit die Zahl der akademisch gebildeten zu erhöhen. Auf der einen Seite werden dabei aber die Zahlen auf dem Niveau des ersten Abschlusses (BA) erhöht, und das bei gleich bleibenden oder sogar sinkenden Budgets; auf der anderen Seite aber werden sich aber auch die Tendenzen und Maßnahmen zur Förderung von Exzellenz verstärken, allerdings mit großen Investitionen in die Produktion von Elite auf MA-Niveau.

Insgesamt werden die Ausbildungsanforderungen an junge Menschen steigen und sich dabei zugleich immer stärker spezialisieren. Damit einhergeht, dass das Wissen sich in viel kürzeren Zeiträumen erneuert und zugleich erweitert, eine steigende Notwendigkeit lebenslanger Weiterbildung. Mit dem Ende der Normalbiographie ist auch das Ende der Normalbildungsbiographie eingeläutet; vielfältige Jobwechsel gehen mit einer Steigerung und Beschleunigung der Qualifikationen einher. Zugleich steigt aber auch der Bedarf an Niedriglöhnen, an einfachen Tätigkeiten, die von weniger Gebildeten ausgeführt werden können – allerdings auf einem extrem niedrigen Einkommensniveau. Die Spaltung des Bildungssystems hat Sinn und wird sich deshalb fortschreiben.

Das Wohnen der Zukunft wird vielfältiger

Um einen Blick in die mögliche Zukunft des Wohnens zu werfen sollen die Ergebnisse einer Studie, „Wohntrends 2020“, des Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW)n referiert werden¹²⁷. Der GdW hatte bundesweit Bürger befragt, welche Wohnwünsche sie haben und wie viel sie dafür ausgeben würden. Die Bedürfnisse der Menschen werden demnach künftig noch weiter auseinander gehen als bisher. Die einen arbeiten in den eigenen vier Wänden, andere lassen sich dort pflegen. Für einen Dritten ist ein Wohlfühlbad besonders wichtig, während der Nächste eine Wohnung voller Hightech bevorzugt, von der Alarmanlage bis zum Heimkino – und es wird jene geben, die in engen Verhältnissen, an den Rändern der Städte, in Enge und in schlechten Infrastrukturen leben müssen.

Das „solide-bescheidene“ Wohnkonzept, das vor allem Ältere mit nicht so viel Geld nutzen, ist zurzeit noch dominierend. Dieser Gruppe rechnet der GdW ein Viertel aller Haushalte zu. Zunehmend nachgefragt würden allerdings Wohnkonzepte, die die Studie als „kommunikativ-dynamisch“, „anspruchsvoll“ und „einfach-funktional“ beschreibt. Der Bundesverband sagt die folgende Wohntrends fürs kommende Jahrzehnt: voraus

- Verflechtung von Arbeiten und Wohnen

¹²⁷ http://www.gdw.de/index.php?mod=article_details&id_art=1898; Zugriff am 13.1.11

2020 werde jeder Fünfte zumindest teilweise von zu Hause arbeiten. Dabei reicht es nicht mehr, dass in der Ecke eines Raums eine Möglichkeit besteht, einen PC irgendwie unterzubringen. Vielmehr seien individuell gestaltbare Räume oder Raumteile notwendig.

- Energieeffizientes Wohnen:

Mieter schauen zukünftig verstärkt auf Heiz- und Betriebskosten und stellen entsprechende Ansprüche an die Energieeffizienz. Wohnungsunternehmen könnten auch in Sachen Energie beraten, empfehlen die Macher der Studie.

- Wellness und Pflege

Der Faktor Gesundheit wird auch in der Wohnung immer wichtiger. So entwickle sich das Bad vom Hygieneraum zum Gesundheits- und Wellness-Ort. Der Trend gehe zum großen Bad mit guter Aufenthaltsqualität.

- Das Ende der klassischen Seniorenwohnung

Die Zahl der Senioren steigt und mit ihr die Palette der Ansprüche. Ein barrierefreies Wohnumfeld wird immer wichtiger: Bäder mit Griffen zum Festhalten, keine Treppen ohne Lift etc. Zudem gewinnen elektronische Unterstützungssysteme wie der Funknotruf an Bedeutung.

- Soziale Netzwerke

Dem Trend der Individualisierung steht das Bedürfnis nach Gemeinschaft gegenüber. In Zukunft werden in verstärktem Umfang Wohnformen angestrebt, bei denen Gemeinschaftlichkeit in sozialer und ökonomischer Hinsicht eine wichtige Rolle spielt. Damit einhergeht auch der Wunsch in einer Nachbarschaft von Gleichgesinnten zu wohnen (z.B. autofreies Wohnen).

- Hightech

Das Multimedia-Wohnzimmer ist bei vielen heute schon Realität, und dieser Trend bleibt ungebrochen. Aber auch günstige Alarmanlagen sowie elektronische Heizungs- und Lichtsteuerungen werden gefragt sein.

- Demografische Faktoren

Aufgrund der demografischen Entwicklung gehen die Autoren der Studie davon aus, dass die Haushalte kleiner werden und die Zahl der Haushalte zurückgeht. Die Wanderungsbewegung aus den neuen in die alten Bundesländer werde sich abschwächen, auch weil der Anteil der mobilen Gruppe der 20- bis 45-Jährigen abnimmt.

- Bezahlbarkeit von Wohnungen

Die Studie sagt zudem voraus, dass der Anteil einkommensschwacher Haushalte bei rund 20 Prozent stagniert – aber eben auch nicht sinkt. Das aber lässt durchaus eine Verfestigung von Armenvierteln befürchten.

Gesellschaftliche Partizipation

Die Teilhabemöglichkeiten der Menschen, und dies wurde an vielen Stellen expliziert, werden sich immer mehr ungleich verteilen. Sie sind abhängig vom Einkommen, vom Status, von der individuellen Mobilität und von der Region, in der die Menschen leben. Das Ziel gesellschaftliche Partizipation für alle herzustellen bleibt weiterhin einer der wichtigsten Ansprüche einer modernen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland.

Welche Armutsgruppen lassen sich identifizieren?

Auch in Zukunft werden sich die „klassischen“ Armutsgruppen herausbilden, zumal sich, wie oben diskutiert, Armut im Generationenverhältnis tradieren wird. Diese Gruppen sind: Allein erziehende Frauen, Kinderreiche Familien: MigrantInnen, Kinder und Jugendliche sowie Menschen ohne Ausbildung. Die Lebensverhältnisse dieser Gruppen wurden dargestellt, an ihnen wird sich wenig ändern. Es kann allenfalls, da in diesem Bereich verstärkt Maßnahmen diskutiert und auch platziert werden, zu einer Reduktion der Folgen von Armut für Kinder kommen.

Gibt es neue gesellschaftliche Gruppen, die vorher nicht von Armut betroffen waren?

Hier wird die These vertreten, dass ein alleiniger Blick auf die Menschen, die unterhalb monetär definierter Armutsgrenzen leben, nicht weiter bringt. Nicht Armut ist das Problem sondern soziale Ungleichheit. Der Blick muss deshalb von der statistischen Armut auf das prinzipielle Lebensrisiko Armut und Benachteiligung ausgeweitet werden, auf Gruppen, die sich in der Nähe von Armut befinden bzw. tendenziell davon bedroht sind. Dann aber kommen neben den klassischen Gruppen noch weitere in den Blick.

Erschöpfte Familien,

Der von mir bereits diskutierte Begriff „erschöpfte Familie“, der eine Innensicht der Prekarisierung liefert und sich nicht spezifisch auf definiert Arme sondern auf Benachteiligte und Prekarisierte in einem erweiterten Blick bezieht, kann zugleich als Risikogruppe diskutiert werden, die sich stetig vergrößert, sich in Armutsnähe bewegt oder sich in verfestigter Marginalisierung eingerichtet hat.¹²⁸ Getragen werden diese Überlegungen vom vielfältig belegten Wissen, dass Familien im Kontext Sozialer Benachteiligung über unterschiedliche Ressourcen und Bewältigungsmuster

¹²⁸ Da bisher keine grundlegende Studie vorliegt kann auch keine ernsthafte Schätzung vorgenommen werden; deutlich wird aber, dass diese Gruppe mit der Verfestigung von Benachteiligung sprunghaft anwächst.

verfügen. Abhängig von einem in der Literatur so bezeichneten positiven und negativen Familienklima sind Familien in unterschiedlicher Weise fähig ihre Situation zu gestalten und die Kinder trotz Benachteiligung und Prekarisierung im Sinne einer Förderung von Resilienz stark zu machen, um trotz schlechter Ausgangsbedingungen dennoch am Chancenreichtum der Gesellschaft zu partizipieren.

Wenn Belastungen steigen, dann reagieren Eltern mit Erschöpfung, Apathie und Resignation; sie können kaum noch fürsorgliche Beziehungen entwickeln und sind nur bedingt in der Lage Verantwortung zu übernehmen. Distanz und Teilnahmslosigkeit gegenüber Kindern sind die Folgen, aber häufig auch aggressive Auseinandersetzungen in der Familie. Unberechenbare Erziehungsstile und häufiger Kontrollverlust sind Alltag.

Folgen dieser elterlichen Überforderung sind, bezogen auf Kinder, vielfältig:

- Vernachlässigungen und Beeinträchtigungen der körperlichen, gesundheitlichen, psychischen, kognitiven, schulischen, sozialen und emotionalen Entwicklung der Kinder;
- Auffälligkeiten im Verhalten wie Ängste, Depression, Rückzug, Selbstwertprobleme, Aggressivität, Unruhe, Konzentrationsstörungen, Dauerinfektionen, chronische Erkrankungen, Mangelkrankungen, frühe Suchterkrankungen.

Es sind Familien, die schon lange allein gelassen wurden, obwohl sie einen hohen Unterstützungsbedarf hatten. Es sind Eltern, die selber Leid erfahren und die zudem schon lange in Armut und Prekarisierung leben. Diesen Entmutigten fehlen Netzwerke, sie hatten kaum Unterstützung bei der Bewältigung von Krisen, sie verfügen über kein Brückenskapital, das Beziehungen über ihre eigene soziale Lage hinaus organisiert, Beziehungen, die wichtig sind um Unterstützung und Förderung zu erhalten. In diesen Familien verfestigen und tradieren sich schließlich fatale Muster, wie man sich in Armut und Benachteiligung einrichten kann.

Letztlich sind es vielfältige Überforderungen, die kumulieren und über ständige Entmutigungen schließlich zur Erschöpfung führen, die allerdings bei einer frühzeitigen und dauerhaften Unterstützung nicht eingetreten wären – das ist die hier vertretene These. Die diskutierten Risikofaktoren führen nämlich nicht automatisch zur Vernachlässigung der Kinder; Erschöpfung und daraus resultierende Vernachlässigung entstehen erst durch eine permanente Überlastung und durch Probleme, die Mütter und Väter nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können. Je mehr Belastungen, desto stärker die Kumulationen der Überforderung, desto größer die Risiken für Kinder, lautet die erklärende Formel für diesen Prozess.

Verlorene und abgehangte Jugendliche

Im Zusammenhang der Schilderung materieller Lebensverhältnisse wurde der Begriff Verlorene Jugendliche eingeführt. Dies sind vor allem Jugendliche, die an den Übergängen des Schul- und Ausbildungssystems scheitern und aus dem Blick der Sozialverwaltung verschwinden, da sie auch keinerlei Leistungen beanspruchen. Die Zahl dieser Jugendlichen wird, auch vor dem Hintergrund wachsender Zahlen von Schulabbrechern und Jugendlichen ohne Schulabschluss noch steigen. Sie haben individuell schlechte Startchancen; hier kommt dann auch die Herkunftsfamilie ins Spiel, sowie eine schwierige Bildungsbiographie. Sie sind vermehrt

Ausgrenzungsrisiken ausgesetzt, die sich in sozialen und kulturellen Benachteiligungen zeigen. Bei wiederholten Misserfolgen greifen sie vermehrt zu Strategien der Selbstausgrenzung. Sie verfügen kaum über Ressourcen einer angemessenen Bewältigung.

„Verlorengehen“ ist ein Prozess, der sich auf einem Kontinuum sozialer Desintegration und sozialer Ausgrenzung vollzieht. In seiner Konsequenz, und das hat die aktuelle Shell-Studie ergeben, fühlen sich bis zu 15% der Jugendlichen als „abgehängt“¹²⁹.

Minderjährige Mütter

Es gibt sie immer wieder, Mädchen, die noch vor ihrem 18. Geburtstag schwanger werden. Sie sind zwar in 2010 zahlenmäßig wieder etwas zurückgegangen¹³⁰, dennoch sind sie ein Phänomen, das sich in der Jugendhilfe immer wieder darstellt. Neben den „Verhütungsunfällen“ sind es immer wieder Mädchen, die sich bewusst auf eine Mutterschaft einlassen, um so einen sozialen Status jenseits der Arbeitslosigkeit oder des Verlorenseins zu erreichen, Geld zu erhalten und um sich von ihren Herkunftsfamilien abzukoppeln zu können. Sie sind zum Teil ein Armutsphänomen, da sie vielfach aus armen Familien kommen, sie formieren aber zugleich eine neue Armutsrisikogruppe. Wie sich diese entwickeln wird lässt sich allerdings nicht absehen.

Das Prekariat: Niedriglöhner und andere

Die Niedriglöhne, und das war ja schon vielfach Thema, haben sich in den letzten Jahren stark entwickelt und damit zugleich ein Ansteigen des Prekariats, der Armutsbedrohten, als einer neuen Risikogruppe befördert. Aktuell sind gut 21% der abhängig Beschäftigten in prekären Beschäftigungsverhältnissen.¹³¹ Die Zahl der Niedriglohn-Beschäftigten hat sich seit 1995 um rund 2,1 Millionen erhöht.

Diese Niedriglohnbereiche sind keine „irregulären“ Randbelegschaften“ neben „regulären“ Kernen; sie befinden sich in der Mitte der Unternehmen, in den Kernen. Mit der Expansion dieses Niedriglohnsektor wächst die Gefahr trotz Arbeit arm zu sein; auch stellen sie eine Ausdünnung der Mittelschichten dar. Klar ist zudem, dass Niedriglöhne nicht für eine inzwischen notwendige private Alterssicherung reichen und insofern ein Einstieg in die Alterarmut sind.

Unter den Niedriglohn-Beschäftigten finden sich immer mehr Akademiker und immer weniger Beschäftigte ohne Abschluss. Der Anteil der Niedriglohn-Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hat sich deutlich erhöht – von knapp 59 Prozent 1995 auf fast 71 Prozent 2007. Zählt man die Arbeitnehmer mit einem akademischen Abschluss hinzu, sind vier von fünf Niedriglohn-Beschäftigten in Deutschland formal qualifiziert. Nur knapp 21 Prozent aller Niedriglöhner haben keinen Abschluss.

¹²⁹ Siehe:

http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/media_centre/news_and_media_releases/2010/youth_study_2010.html, Zugriff am 10.9.2010

¹³⁰ http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/40471/Weniger_minderjaehrige_Muetter.htm; Zugriff am 8.1.11

¹³¹ Wuppertal Institut Arbeit und Technik; IAQ-Report 1/2008

Im erkennbaren Boom, der diskutiert wurde, war erkennbar, dass es neben raren Fachkräften vor allem auch Niedriglöhner und Teilzeitbeschäftigte sind, die neue Jobchancen haben werden. Damit wächst aber eine neue und große Risikogruppe in Armutsnähe heran, die immer von Armut bedroht ist, sobald die Wirtschaft auch nur ein wenig hustet. Die alte Rede von der „Reservearmee“ wird auf eine neue Art real. Dies aber ist ein Modell, das auf längere Sicht ökonomisch zukunftsfähig scheint, da es Krisen abfedern kann.

Dies gilt auch für das Modell der Kurzarbeit, das in der zurück liegenden Krise seine Feuertaufe erfuhr und erfolgreich Arbeitslosigkeit verhinderte. Die Betriebe haben es intensiv genutzt um ihre Belegschaften zu halten und dennoch Kosten zu sparen. Kurzarbeit heißt aber für die Betroffenen immer auch eine vorübergehende Reduktion des Einkommens, dies wird dann dramatisch, wenn entweder ein Abrutschen in die Schuldenfalle droht, da Verpflichtungen über einen gewissen Zeitraum nicht mehr vollständig abgetragen werden, oder wenn das Einkommen sich ohnehin bereits in Armutsnähe bewegt (Niedriglohn).

Rechnet man zu dieser Armutsrisikogruppe noch Aufstocker und Zeitarbeiter hinzu formiert sich eine erkennbare Gruppe schwankender aber wachsender Größe, die zwar, auf der Basis einer monetären Vorstellung von Armut, nicht arm ist aber in ihren materiellen Lebensbedingungen immer von Armut bedroht ist, wenn die Wirtschaft kriselt. Die erörterte Statusunsicherheit, die Wohlstandskonflikte, der Mittelschichten prägt das soziale und wirtschaftliche Leben dieser Prekarier umfassend.

Die Zeitarbeit hat sich seit 1998 fast vervielfacht, so sind inzwischen fast eine Million Menschen in diesem Sektor beschäftigt. Prognosen gehen in den nächsten Jahren sogar von einem Wachstum aus. Auch dieses Segment ist insbesondere in ökonomischen Krisen tauglich, da Betriebe sehr kurzfristig Personal abbauen können. Dabei gibt es zweifelsohne unterschiedlich hoch bezahlte und sogar sehr gut entlohnte Jobs, doch Zeitarbeit ist überwiegend in eher prekären Beschäftigungsverhältnissen angesiedelt.

Die Zahl der Erwerbstätigen, deren Einkommen nicht zur Deckung ihres lebensnotwendigen Bedarfes ausreicht, ist seit Einführung von Hartz IV kontinuierlich angestiegen. So erhielten im Jahr 2009 durchschnittlich 1,325 Millionen Personen aufstockendes ALG II, um ihr Existenzminimum zu sichern. Von diesen Aufstockern arbeiten derzeit gut 20% mehr als 35 Stunden die Woche, was als Vollzeitätigkeit zu verstehen ist; weitere 25% bewegen sich im Bereich von 15 bis 25 Stunden in der Woche und 55% arbeiten weniger als 15 Stunden in der Woche¹³². In Kombination mit einem weiteren Anstieg von Zeitarbeitern, der absehbar ist, aber auch im Kontext des Instrumentariums Kurzarbeit wird der Anteil dieser Aufstocker von derzeit 23,1% aller Hartz IV-Empfänger wahrscheinlich noch weiter steigen.

Altersarmut

Viele Experten rechnen damit, dass das Schreckgespenst der Altersarmut in Zukunft für viele Bürgerinnen und Bürger zur bitteren Realität wird¹³³. Es wird befürchtet,

¹³² <http://www.sozialleistungen.info/news/04.05.2010-hartz-iv-immer-mehr-aufstocker/>; Zugriff am 10.5.2010

Siehe auch: IAB Kurzbericht 1/2009

¹³³ http://www.finanz-ratgeber.de/news/prognose-altersarmut-auf-dem-vormarsch_2010-12-30.html;

dass der Anteil der über 65-Jährigen, die auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sind, sich von derzeit etwa 2,5 Prozent bis zum Jahr 2025 auf zehn Prozent oder mehr erhöhen kann.

Seit 2003 erhalten Menschen, die älter als 65 Jahre alt sind und deren eigene Mittel für den Lebensunterhalt nicht ausreichen, die von Rot-Grün eingeführte Grundsicherung im Alter. Alleinstehende bekommen den monatlichen Hartz-IV-Regelsatz sowie einen Miet- und Heizkostenzuschuss. Die Kosten der Grundsicherung tragen die Kommunen. Derzeit beziehen rund 400.000 Senioren diese Form der Sozialhilfe.

Gründe für den massiven Anstieg der Altersarmut liegen im Arbeitsmarkt, ein Arbeitsleben verläuft heute immer weniger kontinuierlich: wird die Erwerbsbiografie unterbrochen, fehlen die Beiträge für die spätere Rente. Ein weiteres Problem sind die Teilzeit- und Niedriglohnjobs, die sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet haben und ausweiten werden. Je niedriger das Einkommen dabei ist, umso geringer sind die Beiträge zur Rentenversicherung. In Kombination mit stetig steigenden Lebenshaltungskosten entsteht die Basis dafür, dass der Anteil der über 65-Jährigen mit Grundsicherung von derzeit 2,5 Prozent auf vermutlich zehn Prozent im Jahr 2025 steigen wird. Auch muss bedacht werden, dass Niedriglöhne unter 1.200 Euro Menschen nicht in die Lage versetzen eine private Altersabsicherung zu finanzieren.

Die Rückkehr weit verbreiteter Armut im Alter ist somit vorprogrammiert. Die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden dabei vor allem in Ostdeutschland für viele Rentner im Vergleich zum heutigen Stand drastisch fallen.

Eine neue Studie des DIW hat diese seit Jahren diskutierten Prognosen Anfang 2010 bestätigt¹³⁴. Hinter dem sperrigen Titel: "Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel - eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland" verbirgt sich sozialer Sprengstoff¹³⁵.

Millionen Menschen werden in den kommenden Jahren von ihrer Rente nicht mehr leben können, so die Autoren der Studie. Nach jahrelanger Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Ein-Euro-Jobs und Niedriglöhnen steuert ein großer Teil der Bevölkerung auf mitunter extreme Armut im Alter zu. Die vom DIW präsentierten Zahlen machen deutlich, in welchem Ausmaß das solidarische Sozialsystem in den nächsten Jahren für Seniorinnen und Senioren in Schieflage geraten wird.

Vor allem in Ostdeutschland werden viele Renten in die Nähe der Grundsicherung von 600 Euro oder sogar darunter absinken, bei Frauen gar unter 500 Euro. Die Studie analysiert zudem, welche Auswirkungen die Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Ost und West und die politischen Maßnahmen mehrerer Bundesregierungen auf die zukünftigen Rentenzahlungen haben. Seit mehreren Jahrzehnten führen die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, der starke Anstieg der Beschäftigung im Niedriglohnbereich, die Zunahme von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit dazu, dass sich die Beschäftigten nur noch geringere Rentenansprüche erwerben können.

<http://www.stern.de/panorama/kommunen-und-sozialexperten-warnen-vor-altersarmut-grundsicherung-wird-zum-finanziellen-sprengsatz-1638656.html>; Zugriff am 2.1.11

¹³⁴ <http://www.wsws.org/de/2010/mar2010/stud-m23.shtml>; Zugriff am 4.1.2011

¹³⁵

http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.349050.de/geyer_steiner_ltm_0110_ove_rlay.pdf; Zugriff am 7.1.11

Die Studie nimmt für die Untersuchung in ihrem Berechnungsmodell das Jahr 2005 und die Geburtsjahrgänge 1937 bis 1971, unterteilt in Gruppen von jeweils fünf Jahren, zur Grundlage. Sie schreibt die Erwerbsbiografien ab dem Basisjahr 2005 bis zum erwarteten individuellen Renteneintrittsalter unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren wie Arbeitsmarktentwicklung, Vollzeit-, Teilzeittätigkeit, Bildungsgrad fort. Bei der Einschätzung der Effekte der Rentenreformen der letzten Jahre geht die Studie davon aus, dass die Löhne sich jährlich um durchschnittlich 1,7 Prozent erhöhen.

Aufgrund dieser optimistischen Annahme einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 1,7 Prozent prognostiziert die Studie zumindest für Westdeutschland auch künftig noch relativ geringe Rentensenkungen bei den Männern. Bei den Frauen im Westen sagt die DIW-Studie einen leichten Anstieg der Rentenanwartschaften voraus, allerdings auf niedrigem Niveau.

In Ostdeutschland muss hingegen sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche der jüngeren Geburtsjahrgänge gerechnet werden. Die DIW-Forscher führen dies vor allem auf die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wende in den neuen Bundesländern zurück. Unterbrochene Erwerbsbiografien mit häufigem Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen der Arbeitsagenturen und Beschäftigung sind die Folge. Ein weiterer Faktor sind die geringen Löhne im Osten.

Erwerbsunterbrechungen und Arbeitslosigkeit beeinflussen die Rentenansprüche direkt über die Rentenversicherungszeiten. In Ostdeutschland generell und bei den Männern in Westdeutschland zeigt sich aber auch, dass jüngere Geburtsjahrgänge zu einem bestimmten Alter deutlich weniger Jahre in einer Vollzeitbeschäftigung verbracht haben und wesentlich länger arbeitslos waren als ältere Geburtsjahrgänge.

Außerdem machen sich längere Ausbildungszeiten bei der Anzahl der Beschäftigungsjahre bemerkbar. Männer in Westdeutschland sind in der Gruppe von 1967-1971 ungefähr drei Jahre weniger in Vollzeit tätig als die älteste Gruppe von 1937-1941. Diese Entwicklung verläuft bei allen Bildungsgruppen ähnlich. Dagegen steigt die Arbeitslosigkeit in der jüngeren Gruppe mit geringer Bildung auf mehr als sieben Jahre, verglichen mit drei Jahren bei Personen mit mittlerer Bildung und zwei Jahren bei Personen mit höherer Bildung.

Für Ostdeutschland ergibt die Vorausberechnung der Studie einen dramatischen Anstieg der Zeiten von Arbeitslosigkeit und einen Rückgang der Vollzeitbeschäftigung bei den jüngeren Gruppen. Dies gilt in der Tendenz auch für Frauen und Männer mit höherer Bildung. Bei der Gruppe ostdeutscher Männer in den Geburtsjahrgängen von 1967-1971 mit geringer oder mittlerer Bildung häufen sich die Jahre mit Arbeitslosigkeit auf mehr als neun Jahre.

Bei den ostdeutschen Frauen mit geringer oder mittlerer Bildung sinkt die Dauer der Vollzeittätigkeit von über 30 Jahren in der ältesten Gruppe (1937-1941 geboren) auf 24 Jahre in der jüngsten Gruppe (1967-1971 geboren), in der Gruppe mit höherer Bildung von ungefähr 35 Jahren auf weniger als 27 Jahre. Die Jahre der Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen in der jüngsten Gruppe erhöhen sich bei der Gruppe mit geringer oder mittlerer Bildung drastisch auf 13 Jahre, bei der Gruppe mit höherer Bildung immer noch auf sieben Jahre.

Die Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise und der tiefsten Krise des kapitalistischen Systems seit den 1930er Jahren sind noch gar nicht in die Ergebnisse der Studie eingeflossen. Schon vor den Effekten durch den Ausbruch der

weltweiten Krise von 2008 erreichen in Gesamtdeutschland in Zukunft vor allem gering Qualifizierte sehr viel schwieriger das bisherige Rentenniveau. Die überdurchschnittlich hohe Quote von Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten besonders in der Gruppe Jüngerer in Ostdeutschland, die erst in kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, bewirkt schon seit 20 Jahren geringe Einzahlungen in die Rentenversicherung und damit einen Rückgang der späteren Rentenhöhe.

Die älteren ostdeutschen Jahrgänge können heute durchschnittlich noch 900 bis 1000 Euro Rente erwarten. Für die zwischen 1962 und 1971 Geborenen wird nur noch mit Renten in Höhe der Grundsicherung von etwa 600 Euro gerechnet. Bei den Frauen steigen die Renten bis zu den Jahrgängen 1947-1951 an. Bei den darauf folgenden Jahrgängen fallen die Renten von einem Niveau von rund 800 Euro bis auf unter 500 Euro bei den jüngsten Jahrgängen. Selbst eine günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes, die die Autoren der Studie in einem Alternativszenario unterstellten, könnte den negativen Trend nicht stoppen und die bisherigen Einbußen durch lange Zeiten von Arbeitslosigkeit und geringen Löhnen nicht wieder ausgleichen.

Nur in der Gruppe der westdeutschen Frauen ist laut der Studie ein leichter Anstieg des durchschnittlichen Rentenzahlbetrags über alle Altersgruppen von im Schnitt 449 Euro auf 591 Euro möglich, d.h. von einem sehr niedrigen Niveau aus. Das kommt durch die durchschnittlich bessere Bildung sowie einer Zunahme der Erwerbstätigkeit zustande, besonders in der Teilzeitbeschäftigung. Mit Teilzeitarbeit sammelt man zwar auch nur unterdurchschnittliche Rentenansprüche, die jedoch zu einer relativen Verbesserung zu früheren Zeiten führen, als Frauen oft nicht erwerbstätig waren.

Die gesetzlichen Maßnahmen, die die Renten im Verhältnis zu den Löhnen langsamer anwachsen lassen, werden sich nach der Studie erst in Zukunft in größerem Maße bemerkbar machen. Bei den jüngsten Jahrgängen (1967-1971), die die Studie berücksichtigt, verursacht dieser Effekt eine 14prozentige Verringerung der Renten. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre mildert die Rentenabsenkung zwar etwas, führt aber immer noch zu einem Minus von etwa zehn Prozent.

Die DIW-Studie stellt fest: "Aus sozialpolitischer Sicht wird deswegen befürchtet, dass diese Arbeitsmarktentwicklungen in Verbindung mit den bereits beschlossenen Maßnahmen zur langfristigen Senkung des Rentenniveaus zu einer Zunahme der ‚Altersarmut‘ und steigenden Sozialtransfers führen könnten."

Diese zu erwartende Altersarmut geht aber auch, und das sei ergänzend erwähnt, mit einer Häufung chronischer Erkrankungen, Behinderungen, Psychischen Erkrankungen und Demenzerkrankungen einher.

*Hausangestellte*¹³⁶

Dieser Sektor, der bisher fast überhaupt nicht im Blickfeld der Forschung scheint, nimmt seit einigen Jahren mit dem Abbau staatlicher Dienstleistungen in ihrem Umfang eher zu als ab. Dieser wachsende Arbeitsmarkt für Frauen ist völlig unspektakulär, weil seine Deregulierung im Gegensatz zu anderen Bereichen hier immer schon als selbstverständlich galt.

Für Frauen ohne Papiere (Illegale) bedeutet diese Selbstverständlichkeit der Deregulierung sogar einen gewissen Schutz vor staatlicher Verfolgung, und viele

¹³⁶ <http://aktivgegenabschiebung.drittwelthaus.de/ohne/hausarbeit.html>; Zugriff am 4.1.2011

ziehen diese Arbeiten den öffentlichen Alternativen (Putzen/Küchenhilfe in Restaurants oder Imbissen, Arbeit für Reinigungsbetriebe usw.) deswegen vor. Die Arbeit in Privathaushalten bedeutet aber gerade ohne Rechtsstatus gleichzeitig auch extreme Schutzlosigkeit: Nicht zufällig enden viele Stellengesuche in Zeitungen mit: »Kein Sex«. Viele Frauen verzichten aufgrund der Erfahrung, sexuell belästigt oder mit der Erwartung sexueller Dienstleistungen neben der Putzarbeit konfrontiert worden zu sein, ganz auf die Arbeitssuche über Anzeigen, und ziehen es vor, Arbeit nur über persönliche Kontakte zu suchen, um damit eine gewisse soziale Kontrolle einzuschalten.

Schutzlos sind die Hausarbeiterinnen auch in Bezug auf jegliche arbeitsrechtlichen Konventionen: Oftmals sind weder die Arbeitsaufgaben noch die Arbeitszeiten klar definiert. Das spezifische an Hausarbeit ist, dass sie tendenziell grenzenlos ist – zum Putzen kommt dann noch Bügeln, Waschen und Haustiere pflegen, zum Babysitten noch Kochen, Telefonservice und Gäste bedienen usw. Dauerstress und extreme körperliche Belastung sind die Regel. Auch von den Arbeitszeiten her erwarten die Arbeitgeber oft extreme Flexibilität und permanente Verfügbarkeit.

In Deutschland scheint die Mehrzahl der im Privathaushalt arbeitenden Frauen stundenweise Jobs in verschiedenen Haushalten zu haben – dies erfordert neben vielen Fahrtwegen ein hohes Organisationstalent, um pro Woche genug und zeitlich zueinander passende Jobs zu arrangieren. Dieses Arrangement ist immer prekär, da wegen Ferien, Umzug, Änderung der Einkommensverhältnisse einer Familie usw. jederzeit unvermittelt wieder Jobs wegfallen können. Die Stundenlöhne variieren extrem – manche erreichen dabei Bezahlungen über 10 Euro pro Stunde, es gibt aber auch Jobs für 5 Euro und darunter.

Wie viele Frauen inzwischen ähnlich wie in anderen europäischen Ländern als Hausangestellte fest für eine Familie arbeiten und eventuell auch dort wohnen, ist noch immer schwer einzuschätzen. Beratungsstellen berichten von Frauen, die über Vermittlungsagenturen aus Osteuropa für die Pflege von Alten oder als Haushälterinnen alleinstehender Männer angeworben werden und dann oft jahrelang isoliert und ohne jegliche Rechte arbeiten.

Zeichnen sich soziale Dienstleistungsbedarfe für reiche/vermögende Menschen ab?

Die Bedeutung des Privathaushaltes wird wachsen, damit aber auch Dienstleistungen für diesen Haushalt, insbesondere für wohlhabende Haushalte. Das umfasst vor allem: Kinderbetreuung (Fahrdienste, Hausaufgabenbetreuung, Freizeit), Raumpflege und Kochen bis hin zum Einkauf, Pflege des Wagenparks, Sorge um die Sicherheit. Private Wachdienste werden, insbesondere in den diskutierten gated communities, von wachsender Bedeutung werden.

Da Städte eine neue Bedeutsamkeit entfalten, werden sich gerade in den Städten neue Jobs in den personen- und familienbezogenen Dienstleistungen, möglicherweise auch als Zeitarbeit, etablieren. Allerdings ist derzeit eher zu erwarten, dass diese vor allem gering entlohnt werden.

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Materiellen Lebensverhältnisse unter den Aspekten Migration/Wanderungsbewegungen, Aus- und Einwanderung?

Claus Leggewie und Harald Welzer haben in einem aufsehenerregenden Buch die Folgen des Klimawandels diskutiert, der immer mehr Katastrophen verursachen wird und somit auch Flüchtlingsströme bewirken wird (Leggewie/Welzer 2010). Migration und Wanderungsbewegungen werden auch die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland prägen. Überhaupt gehen die Szenarien des demografischen Wandels von einer jährlichen Zuwanderung von etwa 200.000 Menschen aus. Um allein dem Fachkräftemangel zu begegnen wird Zuwanderung nötig sein.

Angesichts der Probleme dieser Gesellschaft mit der Integration von Fremden wird kann dies zu massiven sozialen Problemen führen, die sicherlich auch Auswirkungen auf die materiellen Lebensverhältnisse haben werden. Wenn die Zuwanderer überwiegend hoch qualifiziert sein werden, bedeutet dies eine weitere Verfestigung bestehender sozialer Benachteiligung, die vor allem für die diskutierten Risikogruppen evident werden wird. Zugleich wird aber es aber auch eine weiter wachsende Gruppe schlecht Integrierter und ökonomisch marginalisierter Migranten geben. Darin aber liegt sozialer Sprengstoff.

Diese Trends werden die erkennbare Spreizung der Löhne und Gehälter, die Aufspaltung der Arbeitswelt in Fachkräfte und Niedriglöhnen, verschärfen. Damit aber kommt eine weiter Globalisierungsfolge in den Blick: ein weiterer Umbau des Sozialstaates hinsichtlich des Abbaus sozialstaatlicher Fürsorge für alle,

Wie wirkt sich die technologische Entwicklung auf die Unterschiede zwischen Arm und Reich /auf die Lebensverhältnisse armer Menschen aus?

Zugänge zu technologischen Entwicklungen, sei es nun in der Kommunikationstechnik oder in neuen Formen der Mobilität, werden stark an das Einkommen und die Kompetenzen gebunden sein, letztere sind dabei abhängig vom Zugang zu Bildungschancen. In einer sich verschärfenden Sozialen Spaltung wird sich die Nutzung neuer Technologien ebenfalls spalten. So können die derzeitigen Entwicklungen im Gesundheitssystem dazu führen, dass aufwändige und teure Behandlungen, die ein hohes Maß an Forschungs- und Entwicklungskosten hatten und die jeweilig technologische Spitze darstellen, nur noch für jene verfügbar sind, die sie es sich leisten und es somit bezahlen können. Der Weg in eine Klassenmedizin, der bereits erkennbar ist, wäre dann in seinen Konsequenzen weiter geführt.

Letztendlich werden Arme und Armutsrisikogruppen von der Spitze und der Nutzung technologischer Entwicklung in ihrer persönlichen Lebensführung, im Alltag, in der Versorgung, in Freizeit und Kultur, weniger profitieren als Wohlhabende. Auch hier werden sie, auf dem Weg in eine Ständegesellschaft neuer Güte und Ordnung, ganz allmählich „abgehängt“ werden.

Gibt es Vorstellungen davon, wie sich die staatliche Unterstützung für sozial Schwache entwickeln wird?

Diese Frage soll mit drei Beiträgen beantwortet werden, die sich der Thematik unterschiedlich stellen. Zunächst soll die Krise und die Zukunft des Sozialstaates kurz beleuchtet werden, in einem zweiten Blick wird das zentrale Paradigma des sozialstaatlichen Umbaus „Aktivierung“ diskutiert, schließlich findet eine Auseinandersetzung mit den sich etablierenden und verstärkenden Formen der Elendsverwaltung statt.

Krise und Zukunft des Sozialstaates

Mit *Krise und Zukunft des Sozialstaates* hat Christoph Butterwegge vor einigen Jahren eine Bestandsaufnahme herkömmlicher Kritiken am Sozialstaat vorgelegt, die angesichts der gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Gesundheitsreform aktueller ist denn je (Butterwegge 2005). Im Buch werden die wachsenden Angriffe auf den Sozialstaat, wie sie seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachten sind, diskutiert.

Diesen - bis in die Gegenwart anhaltenden - Übergang vom "Modellfall zum Auslaufmodell" bringt der Politikwissenschaftler mit einem politischen Zeitenwechsel in Verbindung, dem Triumph der neoliberalen Ideologie und Regulationsweise. Begleitet von einer zunehmend sozialstaatskritischen Medienberichterstattung sei die Macht neoliberaler Denkfabriken und Interessengruppen gewachsen, denen es einerseits gelang, Teile der Bürger zu verunsichern, die es aber andererseits bis in die unmittelbare Gegenwart nicht fertig brachten, offenkundige Akzeptanzprobleme des Sozialstaates in ein Mehrheitsprojekt umzuwandeln.

Die Folgen für die sozialstaatlichen Sicherungssysteme und die auf sie angewiesenen Bürger sind in dieser Sichtweise fatal. Inzwischen stellen sowohl liberale beziehungsweise neokonservative als auch sozialdemokratische oder grüne Argumentationslinien den "aktivierenden Staat", mehr "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" in den Vordergrund, wenn es darum geht, die sozialen Sicherungssysteme "zukunftsfest" zu machen.

"Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demografischer Wandel und der Veränderungsdruck der Globalisierung", hieß es schon in der Koalitionsvereinbarung von Union und SPD, "verlangen große politische Anstrengungen, um heutigen und künftigen Generationen ein Leben in Wohlstand zu sichern." Folgt man der Analyse Butterwegges, stecken hinter solchen Wortkaskaden in Wahrheit neue Kürzungen und weitere Belastungen der Bürger.

Der Autor zeigt im Überblick, dass seit mehr als 30 Jahren der deutsche Sozialstaat zurückgebaut wird und seine auf dem Solidaritätsprinzip beruhenden Verteilungsarrangements ad absurdum geführt werden. Dies aber wird zukünftig noch stärkere Auswirkungen auf die materielle Versorgung haben, die weiterhin, in der erkennbaren Logik des Umbaus, zur Disposition steht und auch noch weiter eingeschränkt und reduziert werden kann. Regelsätze und materielle Unterstützung werden sich auch in absehbarer Zukunft kaum am tatsächlichen Bedarf orientieren sondern eher politische festgesetzt werden. Die derzeitige Kritik am Hartz-IV-System wird die Politik noch über einige Jahre begleiten.

Letztlich wird sich dann aber das soziale Sicherungssystem von einem solidarischen zu eine der individuellen Vorsorge wandeln. Das aber könnte die Renaissance eines

alten Sicherungssystem befördern: Familie und Verwandtschaft könnten eine neue Qualität erlangen.

*Aktivierung*¹³⁷

Im Kontext eines Sozialpolitischen Paradigmenwechsel wird eine scheinbar „Neue“ Sozialstaatsphilosophie relevant. In einer Bewegung zurück zur „Ursprünglichkeit“ des Sozialstaatsprinzips, das nun aber nach vorne, in die Zukunft, entworfen wird, werden vor allem das so genannte „Aktivierungsparadigma“ und der Begriff der „Selbstversorgersubjekte“ zum essentiellen Moment. Das „Fördern und Fordern“ der AGENDA 2010, die implizite Philosophie und Anthropologie der „Hartz-Reformen“, wollen dabei die Versorgungsmentalität durchbrechen und die Menschen dazu aktivieren wieder stärker für sich selbst zu sorgen. Darin steckt zum einen eine klare Kritik an einem Sozialstaat, der offenkundig Menschen bisher nicht wirklich förderte sondern sie lediglich versorgte.

Es ist aber auch zum anderen eine Zumutung für diese Menschen, die sich auf gewisse sozialstaatliche Versprechen eingelassen hatten und nun mit völlig anderen Kontexten konfrontiert werden; ihr Protest ist zunächst nachvollziehbar. Doch in diesen neuen Konzepten steckt, jenseits ihrer bisher stümperhaften Umsetzung, auch ein Aufbruch in die Offenheit eines individuellen Lebens, das für sich selber einsteht. Und dieses Leben ist sui generis widersprüchlich.

Die Betonung des „ursprünglichen Prinzips“ besteht sicherlich in einer mitunter empfindlich und schmerzhaft verlaufenden Rücknahme staatlicher Verantwortung, die in einer weiten Garantie hinsichtlich sozialer Sicherheit und auch in einer dauerhaften Versorgung sozial Schwacher bestand. Stattdessen sieht sich der Staat nur noch als Garant von Rahmenbedingungen, in denen der Einzelne Verantwortung für sich und für andere gewinnen und übernehmen kann. Darin sichert er nur noch eine gewisse Grundversorgung und temporäre Nothilfen zu.

Bisher sorgte der Staat hinsichtlich der sozialen Absicherung für seine Mitglieder durch die Absicherung von Risiken, nun aber sollen die Gesellschaftsmitglieder immer mehr ihre eigene Selbstsorge mobilisieren und sich private Rentenansprüche aufbauen, immer mehr Kosten der Gesundheitsversorgung selber finanzieren und durch die Aufhebung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung des ALG II auf dem Niveau der bisherigen Sozialhilfe sich schneller um eine Integration in den Arbeitsmarkt bemühen - über den Zynismus des Letzteren angesichts fehlender Arbeitsmöglichkeiten soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden.

Neben die Begrifflichkeit des „aktivierenden Staates“ tritt in letzter Zeit aber auch die Metapher des „vorsorgenden Staates“. Es gehe dabei darum, so ist es aus Kreisen der Politik zu hören, "eine Klammer um die Gesellschaft zu legen", ohne eine Absage an den Wettbewerb zu formulieren, dieses Konzept erwarte von den Menschen "verantwortliches Handeln" und böte auf der anderen Seite aber auch "eine solidarische Absicherung gegen die großen Risiken des Lebens" wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit. Dies ist aber nur scheinbar ein Widerspruch: in der Vorsorge werden lediglich Garantien, Basisabsicherungen, formuliert, die aber dazu dienen soll jene Eigeninitiative und Verantwortung im Sinne einer „Aktivierung“ zu fördern.

¹³⁷ Siehe hierzu. Ronald Lutz: Das Mandat der Sozialen Arbeit, Wiesbaden 2011

Das Paradoxe an diese Debatte ist dabei aber, dass der Staat, trotz seines angeblichen Rückzugs, sich wieder stärker als der Regulator des öffentlichen Lebens darstellt und immer mehr Einfluss auf den Alltag der Menschen nimmt, so hinsichtlich öffentlicher Sicherheit, Erziehung und Familie¹³⁸.

Wir erleben insofern keine reine Abschwächung des Staatlichen sondern nur eine Veränderung der Prioritäten. Letztlich geht es darin um eine Aktivierung des Einzelnen zu mehr Verantwortung. Es wird das Bild des eigennützigen „Unternehmers“ leitend; in der sprachlich etwas seltsamen Konstruktion des „Arbeitskraftunternehmers“ wird dies deutlich¹³⁹.

Der Bürger wird als Subjekt auf einem anonymen Markt gedacht, auf dem er wie ein Unternehmen agiert, seine Fähigkeiten vermarktet und somit Einnahmen und Gewinne erzielt. Von diesen Einnahmen und Gewinnen muss er nicht nur seine laufenden Kosten finanzieren, sondern er soll auch investieren, in Weiterbildung und Qualifizierung, in Soziale Sicherheit und Erholung, um seine eigenen Marktchancen zu erhalten oder gar zu erhöhen, er muss aber auch einiges für spätere Zeiten, so für das Alter, zurück legen.

Auch muss er davon ausgehen, dass es auf dem Markt zu Krisen kommen kann und er dann „Rote Zahlen“ schreibt; auch für diese Zeiten muss er sich durch Rücklagenbildung rüsten. Wie relevant das ist zeigt ja die Praxis des ALG II, zunächst sind die Rücklagen aufzubrauchen. Das ist die Kapitalisierung, die radikale Vermarktlichung des individuellen Lebens, die Bürger sollen „marktfähig“ sein und bleiben. Diese Aktivierung zur „Verantwortung“, um als Subjekt selbständig auf dem Markt zu agieren, ist die Verlagerung der Risiken auf das Subjekt, die private Vorsorge zum Programm erhebt. Man kann es kritisch aber auch als Label für einseitige Leistungskürzungen und die Erhöhung des Arbeitszwanges werten.

Vor den Hintergründen eines paradigmatischen Wechsels und eines veränderten sozialstaatlichen Programms, das massive Auswirkungen auf die sozialpolitischen Zusammenhänge und auf die Lebenslagen insbesondere sozial schwieriger Lebenslagen hat, ist zwangsläufig nach den Funktionen und der Bedeutung Sozialer Arbeit zu fragen.

Erkennbar ist schon seit einiger Zeit, dass betriebswirtschaftliche Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Effektivität sowie Steuerungsmechanismen eines modernen Kontraktmanagements im Kontext von Leistungsvereinbarungen Einzug halten und Soziale Arbeit zudem immer mehr ihre Legitimation durch Wirkungskontrollen und Qualitätsdokumentationen nachweisen muss. Neuerdings sind Maßnahmen erkennbar, die den Charakter von Trainings haben, so Elterntrainings, die vor allem zur rationalen Steuerung des eigenen Verhaltens hinsichtlich seiner Folgen beitragen sollen. Die „Kunden“ Sozialer Arbeit“ sollen

¹³⁸ Dies zeigt sich aktuell auch an der Debatte über eine Verschärfung des Jugendstrafrechts anlässlich dramatischer Straftaten Jugendlicher

¹³⁹ Mit diesem Begriff wird der Typus von Arbeitskraft bezeichnet, der genötigt ist, mit seiner eigenen Arbeitskraft wie ein Unternehmer umzugehen. Der Arbeitskraftunternehmer könnte zu einem neuen gesellschaftlichen Leittypus des globalen Kapitalismus werden. Abgeleitet wird diese Vermutung von den Entgrenzungsprozessen im Bereich der Arbeitskraft, die die Industriosozologie in den letzten Jahren beobachtet und intensiv diskutiert hat. Der Arbeitskraftunternehmer zeichnet sich aus durch verstärkte Selbstkontrolle, erweiterte Selbst-Ökonomisierung, Selbst-Rationalisierung und Verbetrieblichung der Lebensführung. (Siehe auch: <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitskraftunternehmer> - Zugriff am 27.12.2006)

vermehrt befähigt, eben trainiert, werden, ihre Situation in eigener Verantwortung zu gestalten.

Allerdings ist dies keine besondere Neuerung, da dies schon immer zur Absichtserklärung Sozialer Arbeit gehörte, nur soll es jetzt verstärkt auch umgesetzt werden. Die Tage scheinen vorbei, da bestimmte Klientelgruppen von einer dauerhaften Versorgung durch Soziale Arbeit abhängig waren.

Die ökonomische Rationalität wird nicht nur zum essentiellen Paradigma neuer sozialpolitischer Programme, sie wird auch verstärkt zur Grundlegung einer betriebswirtschaftlich entworfenen Sozialen Arbeit. Der Arbeitskraftunternehmer und das Selbstversorgersubjekt werden zum Menschenbild Sozialer Arbeit addiert, die damit Anschluss an neuere Entwicklungen findet und sich als soziale Technik entwirft, die Auftragnehmer ist und sich damit als ausübendes Organ sozialpolitischer Programme zeigt.

Innerhalb der Sozialen Arbeit finden bereits seit geraumer Zeit rasante Veränderungen des Handlungsinstrumentariums in Richtung aktivierender Strategien statt; sie ist längst Akteurin hinsichtlich einer Neuprogrammierung des Sozialen geworden. Neuprogrammierung meint dabei, dass Soziale Arbeit im Kontext des Aktivierungsdiskurses sich funktional daran beteiligt, die Selbstverantwortung der Subjekte zu fördern und dies zu begleiten und zu steuern. Soziale Sicherheit, die bisher von außen garantiert wurde, wird nun zur inneren Aufgabe der Subjekte; die Bearbeitung sozialer Konflikte und Schwierigkeiten, die bisher durch Soziale Arbeit geleistet wurde, wird nun dementsprechend zur Aufgabe der Subjekte selbst, Soziale Arbeit leitet nur noch dazu an, sie unterstützt lediglich noch die Aktivitäten ihrer Klientel durch deren Aktivierung.

In dieser These einer Neusteuerung der Verhaltensweisen liegt zugleich aber auch die Vermutung, dass Soziale Arbeit zum Vollstrecker und zum Kontrollorgan staatlicher Bevormundung wird. Immerhin wird im Kontext der Programme Soziale Stadt, die ja explizit Aktivierung als Programminhalt umsetzen, auch von der Eigenproduktion von Sicherheit und Ordnung durch die Bürger im Quartier gesprochen, was zu einer stärkeren Disziplinierung sozial Auffälliger führen soll. Da ließe sich dann schon einmal fragen, welche Rolle Soziale Arbeit und insbesondere Mobile Arbeit in einer solchen „culture of control“ wirklich noch zukommt.

Die erkennbare Nähe Sozialer Arbeit zu Aktivierungsstrategien zeigt sich eben vor allem in der Aktivierung von Gemeinschaften wie es in den Programmen der Sozialen Stadt zur Hauptaufgabe des Quartiermanagement wird, das Methoden der Bewohneraktivierung aus der klassischen GWA¹⁴⁰ übernimmt aber weit davon entfernt ist deren Programmatik generell zu übernehmen. Quartiermanagement wird vielmehr als Moderation selbst tragender Prozesse verstanden, die von den Bewohnern eines Viertels immer stärker selbst zu organisieren sind. Verstand sich GWA noch als parteilicher Partner der Schwachen in einem Quartier, so ist Quartiersmanagement der strategische Partner der gesamten Bewohnerschaft und initiiert und begleitet lediglich die vielfältigen Kommunikationsprozesse, die in den Projekten stattfinden. Die darin zudem intendierte Aktivierung sozialer Netzwerke gilt als „Ersatz“ professioneller Hilfen.

Es lassen sich aber noch weitere Aktivierungsdiskurse in der Sozialen Arbeit finden, die sich auch als Prävention und Vorsorgeprogramme verstehen, so Elterntrainings,

¹⁴⁰ GWA = Gemeinwesenarbeit

oder Armutsbewältigungsprogramme, aber auch aktivierende Jugendhilfe und Familienaktivierungsprogramme gehören zum Standardrepertoire. Insbesondere am Case Management, das in der Umsetzung von ALG II als Fallmanagement¹⁴¹ neu entworfen wurde zeigt sich wie Aktivierung als Fallarbeit funktionieren soll (Kleve 2006):

- Die Beratung soll frühzeitig einsetzen, zugleich soll sie sich nach Erstgesprächen, die in einem Profiling-Verfahren eine Stärken- und Schwächenanalyse vornehmen, als eine intensive Betreuung gestalten, die das Ziel hat den Kunden für seine Selbstsorge zu motivieren und ihn in seinen Fähigkeiten zu bestärken und ihn somit zu aktivieren.
- Für die weitere Zusammenarbeit und zur Zielerreichung wird eine Eingliederungs- bzw. Leistungsvereinbarung als Vertrag abgeschlossen, der die Ziele und die Mittel festschreibt und zugleich einen Zeitschiene aufstellt, das übergeordnete Ziel heißt schnellstmögliche Reintegration bzw. Verselbständigung. Die Angebote des Dienstleisters und die Pflichten des Kunden sind darin genau definiert.
- Essentiell an dem Verfahren ist die detaillierte Festschreibung erwartbarer Eigeninitiative des Kunden.
- Ein regelmäßiges Monitoring soll die Fortschritte und den Erfolg der Zusammenarbeit und vor allem die Verselbständigung des Kunden kontrollieren
- Es wird auch die Möglichkeit einer Vertragsänderung oder gar einer Vertragsbeendigung vereinbart, falls unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten, das Ziel als nicht erreichbar erscheint oder die Mitwirkung des Kunden nicht den Vereinbarungen entspricht.

In diesem neuen Verhältnis der Sozialen Arbeit zum aktivierenden Staat wird zudem eine Tendenzen, die es schon seit geraumer Zeit gibt, verstärkt und weiter entwickelt Soziale Arbeit als Zwei-Klassen-Sozialarbeit

Zweiklassen-Sozialarbeit

In mehreren Publikationen habe ich die gegenwärtige Soziale Arbeit als gespalten analysiert, die neben lukrativen Bereichen immer mehr Bereiche der Elendsverwaltung bedient und darin eine Zwei Klassen Sozialarbeit entwickelt¹⁴².

Leistungen im System der Sozialen Arbeit werden sich zukünftig stärker daran orientieren, ob sie einen erkennbaren Erfolg garantieren. Dann ist zu fragen: Was ist mit all Jenen, die nicht mehr aktivierbar scheinen, die nicht zu den „Arbeitsfähigen“ gehören, die nicht durch Rente etc. abgesichert sind? Es zeichnet sich eine „Bruchstelle“ der modernen Sozialen Arbeit ab, die sich in einer „Zweiten Klasse“ der Maßnahmen an der Wiederkehr des Almosens und einer neuen Spendenökonomie für Bedürftige zu orientieren scheint und darin Unterstützungsmaßnahmen anbietet, die wenig dazu beitragen, die Situation der Betroffenen zu verändern, sie ist lediglich

¹⁴¹ Ein Ablaufschema organisierter und bedarfsgerechter Hilfeleistung, in dem der Versorgungsbedarf eines Klienten sowohl über einen definierten Zeitraum als auch quer zu bestehenden Grenzen von Einrichtungen, Dienstleistungen, Ämtern und Zuständigkeiten geplant, implementiert, koordiniert, überwacht und evaluiert wird.

¹⁴² Ronald Lutz: das Mandat der Sozialen Arbeit, Wiesbaden 2011

an Linderung orientiert und hinsichtlich einer selbständigen Lebensführung wenig zielführend.

Die Praktiken der Suppenküchen, Tafeln und der karitativen Notversorgung formen sich zu einer Basisversorgung für Menschen heraus, die in Armut bzw. in extremer Armut leben. Sie erfahren eine immer größere Nachfrage und scheinen unbestritten wichtig zu sein, sie stellen ein neues und essentielles Element im System sozialer Hilfen dar (Selke 2010). Doch sie führen eben auch Elemente der historisch rekonstruierten Armenspeisung mit sich. Neben der Bedeutung des Gebens sind, wie auch bei den historischen Vorläufern dieses Musters, vor allem die Modalitäten für die Vergabe generell ziemlich vage: die unregelmäßige und eher zufällige Spendenbereitschaft garantiert keine bedürfnisgerechte Unterstützung, die Vergabe richtet sich selten nach der individuellen Notlage, es wird zudem nur verteilt, so lange der Vorrat reicht. Darin lebt die Tradition der Armenspeisung fort – und insofern auch ein Blick auf Armut, der sich darin transportiert.

Doch es gibt gar keinen Zweifel: Gäbe es diese Angebote nicht, dann würde sich das Elend schlagartig erhöhen. Das ehrenamtliche Engagement der Akteure verdient die Hochachtung und den Respekt aller, die sich damit beschäftigen. Doch dies ist nicht alles, Skepsis und Zweifel sind angemessen, um das Geschehen in seinen Kontexten angemessen zu analysieren.

Zum einen ist dies keine professionelle Soziale Arbeit, die das Ziel der Integration und der Förderung von eigenständiger Lebensführung hat, es sind Gaben und Almosen, die lediglich versorgen und kaum zur Selbstorganisation der Menschen beitragen, sie befähigen nicht, sie lindern allerhöchstens Elend; zum anderen zeigt sich hierin eine Normalisierung von Armut, die schon gar nicht mehr verändert sondern in ihren Auswirkungen allerhöchstens begrenzt und punktuell gelindert werden soll. Zudem ist die Hilfe durch die Tafeln kein Anspruch, den Menschen haben, sie ist ein Almosen, das sie entgegen nehmen dürfen, wenn sie davon wissen, es in ihrer Nähe eine Tafel gibt und dann auch noch genügend da ist.

Das Fatale daran ist, dass diese Instanzen der Basisversorgung einerseits notwendig sind, sie verteilen ja nicht nur dringend benötigte materielle Güter, sie geben ja auch menschliche Wärme durch mitfühlende Zuwendung, manche Tafeln werben sogar damit; andererseits schreiben sie aber auch das Elend fest, indem sie es nur noch verwalten, besänftigen und lindern.

Das aber ist ja auch nicht ihr Ansatz: Sie können nicht an den Ursachen arbeiten, sie aktivieren keinen gesetzlich geregelten Anspruch, sie sind keine Instanz des wohlfahrtstaatlichen Arrangements, sie ergänzen und ersetzen lediglich. Sie wollen und können Menschen nicht durch professionelle Soziale Arbeit bemächtigen, sich selbst zu helfen, sie wollen einfach nur da sein, helfen und Leid (vor allem Hunger) vermindern. Das aber ist essentiell für die Zweite Klasse der Sozialen Arbeit und es zeigt schonungslos den Charakter des Almosens: dass die Empfangenden auch davon abhängig werden bzw. sich darauf einstellen können. Letztlich lässt sich dies mit Sennet zuspitzen: Almosen („Sozialhilfe“ im weiten Sinn) können leicht zum „Synonym für Demütigung“ werden; durch sie werden Menschen mitunter zu bloßen Zuschauern ihrer eigenen Bedürfnisse, zu Konsumenten der ihnen gewährten Hilfe (Sennet 1998, 131).

Elend wird so aber verfestigt, Menschen verweilen weiterhin in ihrer Marginalisierung und haben eigentlich keine Chancen mehr ihren Verhältnissen zu entkommen. Mit dem regelmäßigen Almosen werden diese zu Nehmenden, die auf die nächste Mahlzeit warten. Armut wird verstetigt und die Betroffenen werden noch mehr zur

Randgruppe der Armen und Überflüssigen. Damit konnte man sich vielleicht noch in früheren Zeiten abfinden, in einer modernen Gesellschaft kann dies nicht das Maß aller Dinge sein. Und doch scheint es diese Richtung zu nehmen.

Soziale Arbeit spaltet sich: Eine Zwei-Klassen-Sozialarbeit hat zwei Elemente, die sich sozusagen polar gegenüberstehen, diese stellen sich in zwei Klassen der Unterstützung und der Hilfestellungen dar: Zum einen eine professionelle und individuelle Beratung und Betreuung auf einer sozialwirtschaftlichen Basis, die jene Förderung und Unterstützung bietet, die zur Zielerreichung der Hilfe, zur adäquaten Umsetzung des Hilfeplans, notwendig sind; zum anderen eine Grundversorgung durch Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern, Almosen und kommunale Notunterkünfte, die wesentlich ehrenamtlich oder auf einem eher niedrigen professionellen Niveau organisiert und angeboten wird, deren Ziel aber lediglich Versorgung und Linderung somit aber kaum Aktivierung und Integration sind.

Soziale Arbeit kommt dort an, wo sie schon immer stand, nur wird dies jetzt deutlicher: Aktivierung und Training der Fähigen und Erfolgversprechenden auf der einen Seite, Versorgung und Verwaltung des Elends auf der anderen Seite. Das Erste ist für die Träger und Einrichtungen auch weiterhin lukrativ, da es über Leistungsvereinbarungen abgerechnet werden kann, es ist zudem methodisch hoch professionalisiert und wird durch die derzeitigen Reformen verstärkt. Das Zweite lebt von niedrigen Budgets, von Spenden, von Almosen und wesentlich von Niedriglöhnen, die es auch in der Sozialen Arbeit immer mehr gibt, und vom Ehrenamt.

Dieses neue Management des Elends bedient erfolgreich das schlechte Gewissen einer eigentlich reichen Gesellschaft, wie es ja für die gesellschaftliche Almosenpraxis seit dem frühen Mittelalter vielfältig analysiert wurde. Barmherzigkeit erlebt eine faszinierende Renaissance.

Der Arme wird so auch in unseren Zeiten wieder zur notwendigen Entlastung der Wohlhabenden; Armut erhält funktional jene brisant alte und zugleich neue Bedeutung: über die Gabe an den Armen kann sich eine wohlhabende Gesellschaft entlasten ohne sich zu ändern. Barmherzigkeit reagiert auf einen erkennbaren Bedarf und fördert zugleich den Status derer, die geben. Allerdings fragt Barmherzigkeit kaum, woher ihr Anlass, die Armut eben, kommt. Diese ist da, einfach nur noch da, sie gehört zum Leben wie der Wohlstand auch. Dass sie dabei etwas mit diesem zu tun haben könnte, gar von ihm ausgelöst oder zumindest verstärkt wurden, das interessiert kaum noch jemand, allerhöchstens Akteure aus dem Bereich kritischer Wissenschaft und kritischer Politik; es schert aber schon gar schon gar nicht jene, die spenden und sich darüber freuen, dass sie ein gutes Werk getan haben.

Schluss: Satire oder Vision?¹⁴³

Unweit von Braunschweig-City liegt die größte Müllkippe Niedersachsens. Arbeitsplatz und Zuhause für viele Hundert Menschen. Außer dem Atommüllager in der Asse ...

Wer in den Armenvierteln Braunschweigs scheitert, dem bleibt als allerletzte Zuflucht nur die Deponie " Albabeet ". Mit bloßen Händen und oft barfuss durchsuchen die Bewohner die riesigen Müllberge nach Verwert- oder Essbarem. Als der 14-Jährige Allrounder zur Arbeit geht, neben ihm ein 80-Jähriger Rentner in Begleitung von drei ehemaligen Hartz-IV-Empfängern, sind die Geier, Hunde, Krähen und Möwen schon da. Im Morgengrauen hocken die Aasfresser bereits scharenweise im Müll und rupfen an den Kadavern zweier toter Katzen und Lebensmittelresten der sogenannten " Wohlstandsgesellschaft ". Den sich nähernden Jungen nehmen sie kaum war. Am Horizont rollen Dutzende Lastwagen heran, die breite Staubwolken hinter sich herziehen. Der kleine Allrounder läuft blitzartig los, hechtet barfuss durch ein Meer von Holzbrettern, Blechbüchsen und Pappkartons. Er will der Erste sein, wenn die Trucks wieder mehrere Tonnen Müll abkippen. " Wenn du dich beeilst, findest du die besten Sachen ", erklärt er stolz, als er eine halbe Stunde später hustend aus einer dunklen Staubwolke hervortritt und zwei prall gefüllte Abfallsäcke davonschleppt.

Müllmenschen

Der Junge, über dessen schmalen Schultern ein gefälschtes Eintracht-Trikot schlabbert, kennt sich aus auf der größten Müllkippe Niedersachsens. Sie ist sein Zuhause. Die Luft ist stickig, verraucht und stinkt süßlich-faul. Er nimmt das schon lange nicht mehr war. Bei der Suche nach weggeworfenen Lebensmitteln muss man besonders schnell sein. Müllmenschen werden Leute wie der Allrounder genannt. Sie leben und arbeiten dort, wo der Abfall der Stadtbevölkerung landet. Wie viele es sind, können auch die Behörden und Jobcenter nicht ermitteln. Angeblich sollen es mehr als 10.000 sein, die meistens davon früher Hartz-IV-Empfänger. Für sie gibt es in der Stadt kein Geld, kein Essen und kein Dach über dem Kopf. Deswegen durchwühlen sie Tag für Tag den aufgetürmten Abfall nach allem, was man irgendwie verwerten kann. Dafür bekommen sie von Händlern ein paar Cents. Flaschen und Dosen sind gut, die wird man immer los. An normalen Tagen verdient er mit zehn Stunden Knochenarbeit kaum mehr als zwei Euro. Tag für Tag geht es nur ums Überleben. Bei der Arbeit kann jeder falsche Schritt, jede unüberlegte Handbewegung tödlich enden. Blutvergiftungen und Infektionen gehören auf der Müllkippe zum Alltag.

Die Mafia - Profit mit " schmutzigen " Geschäften

¹⁴³ <http://4allrounder.blogspot.com/2010/12/arbeit-2020-das-leben-der-anderen.html>; Zugriff am 6.1.11

Ein staubiger Feldweg am Rande der Deponie, hier haust die Familie in einer der vielen Holz- und Wellblechhütten oder Bruchbuden aus Papier und Karton. Aus denen der Geruch von faulem Essen und Fäkalien dringt. An Hygiene ist kaum zu denken, schon gar nicht an fließendes Wasser oder Strom. Im Winter sind warme Abfälle die einzige Wärmequelle. Dennoch klingt der Allrounder beinahe dankbar, wenn er über sein Zuhause spricht: " Weil wir für die Mafia arbeiten, lässt man uns hier wohnen ". Mit der Mafia meint er jene Leute, die das Geschehen auf der Müllkippe organisieren und kontrollieren. Die " Dons " von der ehrenwerten Energie-, Entsorgungs- und Abfallwirtschaft, Lobbyisten und Politiker aller Couleur. Sie sollen mittlerweile ein Vermögen verdient haben - mit schmutzigen Geschäften im doppelten Sinne. Denn profitabel erscheint der Handel mit dem Abfall vor allem dank der Müllsammler, den denkbar billigsten Arbeitskräften.

Alles nur Vision? Oder doch schon teilweise Realität! Nacht für Nacht durchsuchen schon jetzt tausende die Flaschen und Müllcontainer in Deutschlands Städten...

Literatur

- Bauman, Zygmunt: Flüchtige Moderne, Frankfurt am Main 2003
- Bauman, Zygmunt: Verworfenes Leben, Hamburg 2005
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986
- Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft, Frankfurt am Main 2008
- Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst, Frankfurt am Main 2007
- Bude, Heinz: Die Ausgeschlossenen, München 2008
- Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Opladen 2005
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2008
- Chasse, Karl-August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm, Opladen 2003
- Davis, Mike: Planet der Slums, Berlin 2007
- Dörre, Klaus: Armut, Abstieg, Unsicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33-34/2008, S.3-6
- Dörre, Klaus /Castel, Robert (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Frankfurt am Main 2009
- Häußermann, Hartmut: Stadtpolitik, Frankfurt 2008
- Holz, Gerda/Skoluda, Susanne: Armut im frühen Grundschulalter, Frankfurt am Main 2003
- Hübinger, Werner: Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18/1999, S. 18-26
- Leggewie, Claus / Welzer, Harald. Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt am Main 2010
- Lutz, Ronald: Erschöpfte Familien, in: Soziale Arbeit 6.2010, 234-240
- Merkle, Thomas./Wippermann, Cornelia (Hg.): Eltern unter Druck, Stuttgart 2008
- Opaschowski, Horts W.: „*Deutschland 2020: Wie wir morgen leben - Prognosen der Wissenschaft*“, Wiesbaden 2004
- Rosa, Hartmut: Beschleunigung. Die Veränderung von Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main 2005
- Sassen; Saskia. Metropolen des Weltmarktes, Frankfurt am Main 1997
- Sennet, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998
- Selke, Stefan (Hrsg.): Kritik der Tafeln in Deutschland, Wiesbaden 2010
- Siebel, Walter: Die europäische Stadt, Frankfurt am Main 2004

Vogel, Berthold: Wohlstandskonflikte. Soziale Frage, die aus der Mitte kommen, Hamburg
2009